

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljahr 2,50 RM, monatlich 1,10 RM, wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus, Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 1,10 RM pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Ausschluss für Deutschland und Österreich, Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

# Vorwärts

**Die Interaktions-Gebühr**  
 beträgt für die frühgestaltete Kolonelle ober deren Raum 10 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (selbstgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Zusätze für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.  
 Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Erscheint täglich außer Montags.

**Berliner Volksblatt.**  
**Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.**

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Sonnabend, den 5. Mai 1906. Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

## Die Jahresberichte der kgl. preussischen Regierungs- und Gewerbeämter und Bergbehörden für 1905.

Die preussischen Inspektionsberichte sind in diesem Jahre etwas früher als sonst erschienen und haben in dieser Beziehung die Berichte der badischen, württembergischen und sächsischen Gewerbeaufsichtsbeamten überflügelt. Auch ist der Preis der Berichte auf 2,80 M. herabgesetzt worden. Auf diesem Wege sollte weiter fortgeschritten werden. Die Berichte müßten unmittelbar nach dem Jahresabschluss gedruckt und verschickt, und der Preis noch mehr verbilligt werden. Ferner sollten die Einzelberichte entweder unentgeltlich oder zum Selbstkostenpreis abgegeben werden, damit alle Arbeiter, die ein Interesse dafür haben, sich mindestens den Bericht ihres Bezirkes verschaffen können.

Der Gewerbeaufsicht in Preußen waren nach den Aufzeichnungen der Beamten unterstellt:

Fabriken und diesen gleichgestellte Anlagen	129 838	mit 2 838 925 Arbeitern im Jahre 1905
gegen	124 580	2 704 045
Mitfin vom Jahre 1904 auf 1905 eine Zunahme von	5 258	mit 133 880 Arbeitern.

Im Gewerbeaufsichtsdienst standen am Schlusse des Jahres 1905 im ganzen 252 Beamte gegen 245 im Vorjahre. (Seitdem sind — am 1. April 1906 — noch 4 weitere Beamte hinzugekommen.) Von den Aufsichtsbeamten wurden 64 352 Fabriken und diesen gleichgestellte Anlagen = 49,6 Proz. der Gesamtzahl dieser Betriebe revidiert. Gegen das Vorjahr ist zwar eine kleine Besserung eingetreten, da damals nur 47,5 Proz. der Betriebe revidiert worden sind; trotzdem ist die Zahl der vorgenommenen Revisionen noch immer viel zu gering. Jeder revisionspflichtige Betrieb müßte mindestens einmal jährlich besichtigt werden. Dasselbe gilt für die Kontrolle derjenigen Anlagen, die zwar nicht zu den Fabriken gerechnet werden, für die aber vom Bundesrat besondere Arbeiterschutzbestimmungen erlassen sind. Die Zahl dieser Anlagen ist allerdings in jedem Bericht für den einzelnen Bezirk angegeben, aber nicht für ganz Preußen zusammengerechnet. Macht man sich die Mühe, dies nachzuholen, so findet man, daß im ganzen circa 27 000 derartige Anlagen aufgeführt sind, von denen nur circa 8000 revidiert wurden. Dieses ungünstige Verhältnis bestätigt, daß in Preußen viel zu wenig Gewerbeaufsichtsbeamte tätig sind.

Daneben darf auch nicht veräußert werden, diejenigen Betriebe öfters zu revidieren, bei denen sich dies als notwendig herausstellt. Nun wurden im Laufe des letzten Jahres revidiert:

einmal . . . . .	57 133	Betriebe gegen	52 536	im Vorjahre
zweimal . . . . .	10 701	„	10 085	„
drei- oder mehrmals	6 129	„	5 944	„

Die Zunahme in der Zahl der einmaligen Revisionen ist verhältnismäßig größer als die in der Zahl der zwei- und dreimaligen Revisionen. Hoffentlich werden nicht die mehrmaligen Revisionen, obgleich sie notwendig wären, deshalb unterlassen, um mit der größeren Zahl der einmaligen Revisionen den Prozentsatz der revidierten Anlagen zu vergrößern. Von den Revisionen wurden 2190 in der Nacht und 3851 an Sonn- und Festtagen vorgenommen, gegen 2204 bzw. 3602 im Vorjahre. Die Revisionen in der Nacht sind also im letzten Jahre etwas seltener vorgenommen als im Vorjahre; die Zahl der Revisionen an Sonn- und Festtagen weist aber eine Zunahme auf, die der Zunahme in der Zahl der einmal revidierten Anlagen entspricht.

Der Verkehr der Gewerbeaufsichtsbeamten ist noch immer mit den Unternehmern viel lebhafter als mit den Arbeitern. Im Landespolizeibezirk Berlin z. B. sind die Beamten von über 2600 Arbeitgebern und sonstigen Gewerbeunternehmern aufgesucht worden, in etwa 150 Fällen öfter als im Vorjahre. Die überwiegende Mehrzahl der Industriefirmen erscheint, um sich in irgend welchen Angelegenheiten Rat zu holen. Der einzelne Arbeiter dagegen, heißt es in dem Berliner Bericht weiter, vermeide nach wie vor den Besuch auf dem Amtszimmer. Es sind im letzten Jahre nur 192 Besucher (im Vorjahre 210) zu verzeichnen. Auf schriftlichem Wege haben sich 339 Arbeiter an die Gewerbeinspektoren gewandt. Von größerer Bedeutung für die Fühlung mit den Arbeiterkreisen sei der Verkehr mit den Organisationen. Bevorzugt werde auch hier bisher der schriftliche Verkehr. Es seien 154 Schreiben von Organisationen eingegangen, wovon allein 90 auf die Berliner Gewerkschaftskommission entfielen; der Rest verteilte sich auf Arbeiterverbände und Gewerkevereine verschiedener Art und politischer Richtung sowie auf sogenannte Vertrauenspersonen. Die Mehrzahl der Schreiben betreffe Beschwerden, die in Form von vorgegedruckten und ausgefüllten Fragebogen eingingen. Doch würden auch andere Fragen erörtert und Auskünfte eingeholt. Die meisten Beschwerden erwiesen sich als begründet. Sie behandelten gewöhnlich Mißstände in Fabriken und Werkstätten und berücksichtigten erschöpfend alle Verhältnisse des Betriebes. Doch würden öfters auch unzutreffende Dinge vorgebracht, oder es werde stark übertrieben. Der mündliche Verkehr stehe hinter dem schriftlichen zurück.

Zimmerhin sei bemerkenswert, daß allein bei einer Gewerbeinspektion 17 Vorstandsmitglieder von Organisationen erschienen waren.

So wie hier in Berlin, liegen freilich die Verhältnisse nicht überall. Dort, wo die Gewerkschaften es erst zu schwachen Anfängen gebracht haben, ist auch der Verkehr zwischen ihnen und den Gewerbeaufsichtsbeamten ein geringerer. Aber fast überall scheinen die Beamten in der letzten Zeit mehr als früher die Bemühungen der Gewerkschaften im Interesse eines wirklichen Arbeiterschutzes anzuerkennen. Auch unterlassen sie jetzt meistens jene törichten Ausfälle gegen die „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften, durch die früher mancher Beamte seine „gute“ Gesinnung bekunden zu müssen glaubte. Dagegen verüben sie die Herren auch jetzt noch nicht, wenn sie berichten, daß sie in Gewerkschaften Vorträge gehalten haben, ausdrücklich hinzuzufügen, daß es sich nur um Hirsch-Dundersche oder „christliche“ Gewerkschaften gehandelt habe! Mit der Zeit werden die Herren wohl auch das noch begreifen, daß sie durch Vorträge in den freien Gewerkschaften sich nicht nur nichts vergeben, sondern sich vielmehr die Möglichkeit einer wirksameren Tätigkeit erschließen.

Unter den Unternehmern gibt es noch immer solche, die, wie in dem Casseler Bericht gesagt wird, die Tätigkeit der Gewerbeaufsichtsbeamten teils der entstehenden Kosten wegen, teils aus dem Grunde völlig verkennen, weil sie nicht einsehen, daß die auf ihre Betriebe angewendeten Vorschriften, die in ihrer Jugendzeit nicht bestanden haben, jetzt notwendig sein sollen. Der Berichterstatter für den Regierungsbezirk Wiesbaden sieht es als selbstverständlich an, daß unter den Tausenden von Arbeitgebern immer einige sind, welche in jeder Ausgabe zum Schutze ihrer Arbeiter lediglich eine unerwünschte und unnötige Belastung erleben, der sie sich mit allen Mitteln zu entziehen suchen. Diesen gegenüber, heißt es in dem Bericht dann weiter, bleibt nur der polizeiliche Zwang übrig. Manche Unternehmer versprechen auch bei den Revisionen bereitwillig die Erfüllung der gegebenen Anregungen und antworten auf spätere schriftliche Anfragen sogar, daß alles erledigt ist, während sich bei einer Nachrevision herausstellt, daß es nicht oder wenigstens nur ganz unvollständig geschehen ist. Derartige Erfahrungen hätten dazu geführt, daß die Beamten zur Erreichung ihrer Ziele häufiger die Mitwirkung der Polizeibehörden in Anspruch genommen haben. — Nach unserer Beobachtung ist die Mitwirkung der Gewerkschaften in solchen Fällen am besten angebracht.

In mehreren Berichten wird angeführt, daß polizeiliche Verfügungen notwendig waren, um Unternehmer zu zwingen, den Anordnungen der Gewerbeaufsichtsbeamten nachzukommen. — Im Regierungsbezirk Minden mußte in 2 Fällen, in denen es sich um die Beseitigung erheblicher, das Leben und die Gesundheit der Arbeiter gefährdender Mißstände handelte, den Betriebsinhabern schon bei Erlass der polizeilichen Verfügung angedroht werden, daß die zwangsweise Schließung der in Frage stehenden Teile ihrer Betriebe erfolgen werde, sofern nach Ablauf der gestellten Frist nicht der geforderte gefahrlose Zustand hergestellt sei. — In den Regierungsbezirken Hildesheim und Coblenz nahmen es sich Unternehmer heraus, den Aufsichtsbeamten den Eintritt zu ihren Betrieben zu verweigern. Im letzten Falle ließ sich der Unternehmer auch noch dazu hinreißend, den Beamten zu beleidigen. Er wurde angezeigt und mit einer — Geldstrafe von 30 M. bestraft. Hier merkt man nichts von der Schärfe, welche manche Gerichte gegen streifende Arbeiter betätigen. — Im Regierungsbezirk Potsdam hatte ein Gewerbeinspektor die Bestrafung des Betriebsleiters einer Ziegelei wegen verschiedener Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen der Gewerbeordnung veranlaßt. Als er am Tage nach der Verurteilung eine Revision der Ziegelei vornehmen wollte, wurde er von dem Betriebsleiter und dessen Ehefrau beleidigt und von den Arbeitern bedroht, so daß er polizeiliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Gegen die schuldigen Personen ist das Strafverfahren wegen Beleidigung und Bedrohung eingeleitet worden. — Ganz besonders bedauerlich ist es, daß es noch so unaufgeklärte Arbeiter gibt, die in einer solchen Weise gegen ihr eigenes Interesse handeln.

Wie berechtigt die Scheu vieler Arbeiter ist, direkt mit den Gewerbeaufsichtsbeamten in Verbindung zu treten, mußten sogar ein Meister und „christliche“ Arbeiter erfahren. Der Gewerbeinspektor in Schwelm wurde von dem Meister eines Eisenwerks ersucht, ihm schriftlich zu bescheinigen, daß er keine Fühlung mit dem Beamten gehabt habe. Dem Meister waren nämlich, als er nach Erkrankung und Ablauf der erfolgten Kündigung den Rest seines Lohnes erheben wollte, von dem Besitzer und dem Direktor des Werkes heftige, aber ungerichtete Vorwürfe darüber gemacht worden, daß er sich mit dem Gewerbeinspektor in Verbindung gesetzt und demselben Betriebsmängel mitgeteilt habe. — Der Bericht für den Regierungsbezirk Köln teilt mit, daß es auf Grund einiger Anzeigen zu gerichtlichen Verurteilungen von Unternehmern wegen ungesetzlicher Beschäftigung von Arbeitern gekommen sei. Durch die Zeugenvernehmung, bemerkt dazu der Berichterstatter, sei den Arbeitgebern der eigentliche Ursprung der Maßnahmen nicht immer verborgen geblieben, und sei hieraus leider in Unternehmerrreisen eine ziemlich gereizte Stimmung gegen die „christlichen“ Verbände entstanden. — Ja, sobald die „Christlichen“ das mindeste im

Interesse der Arbeiter leisten, ist es mit dem Wohlwollen der „christlichen“ Unternehmer gegenüber den „christlichen“ Gewerkschaften zu Ende.

## Maisfeier.

Die Maisfeier in der Schweiz hat dieses Jahr sowohl in Bezug auf die Zahl der Orte, an denen sie begangen wurde, als auch bezüglich der Zahl der Teilnehmer einen weiteren Aufschwung erfahren, wodurch der von den Gegnern beliebte Schwindel der Verleinerung und Schwächung der Maisfeier der Arbeiter am besten widerlegt ist; die Zahl der ersteren dürfte sich bald auf 100 erhöhen. In Zürich ist mit 10 000 Zugteilnehmern und über 12 000 Personen auf dem Festplatz das bisherige Maximum der Beteiligung erreicht worden. Die Festrede am Vormittag hielt Genosse Schneberger, Sekretär des Schweizerischen Metallarbeiter-Verbandes, am Nachmittage Genosse Bullschleger-Vofel. In Winterthur ist mit 2500 Personen im Zuge und 4000 auf dem Festplatz ebenfalls das bisherige Maximum erreicht worden, desgleichen in Bern und Basel mit je über 4000 Personen. In Genéve, St. Gallen, Schaffhausen und Lausanne beteiligten sich je 2000, in Luzern 1700, in Neuenburg 1000 Personen usw. Wie in Zürich, so ist mehrfach auch an anderen Orten der ganze Tag durch Arbeiterruhe gefeiert worden. Bemerkenswert ist die von Jahr zu Jahr zunehmende Beteiligung der Frauen und Kinder, die in den Festzügen besondere hübsche Gruppen bildeten, und ferner die der inaktiven Arbeiter. An den meisten Orten wurden neben deutschen oder französischen Festreden auch solche in italienischer Sprache gehalten.

In Ungarn wurde der 1. Mai bislang noch nie in solchem Maße gefeiert wie dies Jahr. Die Arbeit hat fast im ganzen Lande geruht. Die Feier wurde überall im Zeichen des allgemeinen Wahlrechts abgehalten. In Aufregungen kam es nirgends. In Debreczin wollte die Behörde, daß Blut fließe; doch die mächtige Arbeitermenge hat die fanatischen Koalitionslokalen in die Flucht geschlagen.

Kudapest: Seit dem 15. September 1905, als 100 000 Proletarier vor den Pforten des Klassenparlaments standen, hat kein Demonstrationenzug unserer Genossen so viele Teilnehmer aufgewiesen wie jetzt am 1. Mai. Sogar die bürgerliche Presse schätzte den Zug auf 60 000! Die Zahl der Reuterigen, die in den Straßen den Vorbeimarsch der Proletarier besichtigten, zählte beinahe ebensoviel. Als der mächtige Zug in das Stadtwäldchen gelangte, waren die 4 Sommerlokale, in denen die Festversammlungen stattfinden sollten, bereits überfüllt! Es mußten daher noch 8 Sommerlokale dazugewonnen werden.

Brassó (Kronstadt): Sämtliche Geschäfte waren geschlossen. Der Demonstrationenzug zählte diese Tausende. Das Versammlungsklokal konnte die Anwesenden nicht fassen.

Debreczin. Den Demonstrationenzug hat sowohl der Stadthauptmann wie der Stadtmagistrat verboten. Der Minister hingegen genehmigte ihn! Diese Plamage pochte jedoch der Polizei nicht in den Kram, und als der Zug bereits in Bewegung war, drangen aus einer Nebenstraße 6 Polizisten mit gezogenen Säbeln hervor und schlugen den Zug führenden Genossen blutig. Die Arbeiter setzten sich zur Wehr, und die Kosakenrüber suchten ihr Teil in der Flucht. Den Demonstrationenzug schätzte man auf 10 000 Personen.

Temesvár: Auch hier hatten die Stadtbehörden den Demonstrationenzug verboten, doch der Minister genehmigte ihn. Der Zug zählte mindestens 10 000 Teilnehmer.

In den skandinavischen Ländern wurde der 1. Mai, wie schon seit einer Reihe von Jahren, durch große Demonstrationenzüge gefeiert, die größtenteils kurz nach Mittag durch die Straßen marschierten, nach einem Versammlungsklokal oder auch hinaus ins Freie, wo Reden über die Bedeutung des Tages und die wichtigsten Forderungen der Arbeiterschaft des Landes wie des internationalen Proletariats gehalten wurden.

In der schwedischen Hauptstadt zählte der Zug diesmal, obwohl das Wetter nicht günstig war, über 30 000 Teilnehmer, fast 150 Organisationen waren vertreten. Viele Fahnen und Standarten wurden im Zuge getragen, darunter die alte Wahlrechtsfahne, daneben eine Standarte mit der Aufschrift: „Gerechtigkeit und Wahlfrecht für die Frauen!“ Auf anderen Standarten las man: „Nieder mit der Klassenherrschaft!“ „Nieder mit den Klassenfeinden!“ „Auf zum Kampf gegen den Militarismus!“ usw. Die Polizei verhielt sich ruhig, einige „Gebeime“ notierten jedoch Namen und Adressen der Standartenführer und Trägerinnen — was meist nicht ohne energischen Widerspruch abging.

In Göteborg, in Malmö und selbst in Norrköping nahmen über 10 000 Personen an den Demonstrationenzügen teil. Ueber das ganze Land und bis hinaus in den höchsten Norden Schwedens wurde die Maisfeier in ähnlicher Weise unter gewaltiger Teilnahme begangen.

In der norwegischen Hauptstadt ruhte die Arbeit — von Mittag ab. — Der Demonstrationenzug umfaßte über 6000 Teilnehmer. Vorangetragen wurden 2 weiße Fahnen mit roten Aufschriften: „Acht Stunden Arbeitstag!“ „Auf zur Wahl!“ „Nieder mit der Reaktion!“ — In Bergen zählte der Zug 2400 Teilnehmer, in Trondhjem 3000, in Sarpsborg 2000, in Kalsund 700.

In Dänemark haben Maidemonstrationen in ungefähr 60 Städten und Orten stattgefunden. Am großartigsten war selbstverständlich der Demonstrationenzug in Kopenhagen. Er bewegte sich am Nachmittag vom Rathausplatz hinaus nach dem Rosenborg-Park. Im Zuge wurden viele Banner und Standarten mit Aufschriften getragen, die unter anderem auch auf die bevorstehenden Wahlen hinwiesen. Die Jungsozialisten trugen ein Banner mit der Aufschrift: „Nieder mit den organisierten Klassenmördern der herrschenden Klassen; dem Militarismus!“ Dies Banner wurde von der Polizei konfisziert. Die Jungsozialisten machten sich sofort ein Plakat mit der Aufschrift: „Die Polizei hat unser Banner gestohlen!“ Dies wurde nun an Stelle des Banners getragen.

In dem schönen Park am alten Schloß Rosenborg waren zwei Rednertribünen errichtet. Unter den Festrednern war auch der Bürgermeister Jensen.

## Der 1. Mai in Belgrad.

Am ersten Male feierte das serbische Proletariat den 1. Mai durch Arbeitsschreie. Um 8 Uhr morgens versammelten sich über 8000 Arbeiter und zogen in vollster Ordnung manifestierend durch die Stadt nach Topčider. Sämtliche Betriebe standen still! Die Stadt war wie ausgehoben; denn alle Arbeiter, die nicht verhaftet waren, (sämtliche Arbeitslosen hatte man 8 Tage vorher verhaftet!) gingen nach Topčider. Polizei und Militär standen gerüstet. Dem Minister des Innern genügte sogar das Belgrader Militär und die Polizei der Hauptstadt noch nicht. Er verdoppelte die Gendarmen durch Verstärkungen von außerhalb. Ein humoristischer Feuilletonist schrieb: die Gendarmen sei nicht der Sozialisten wegen nach Belgrad gekommen, sondern zu einem Gendarmenkonkurs, und sie habe beschloffen, jedes Jahr zum 1. Mai ihren Kongress in Belgrad abzuhalten.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 4. Mai.

### Der Kampf um die Zigarette.

Wohl keine andere Steuervorlage hat die Öffentlichkeit so viel beschäftigt, wie die über die geplante Zigarettensteuer. Erklärlich wird dies, wenn man die Frivolität, mit der das Vandalensystem „auf's Tapet“ gebracht worden ist, in Betracht zieht. Nach der Ablehnung der Zollerhöhung auf Rohtabak, konnte es finanziell nicht so schwer ins Gewicht fallen, noch 12—14 Millionen Mark aus der Zigarettenindustrie für den Reichsfiskus herauszupressen und dafür eine Industrie teilweise zu ruinieren. Mit einem Federstrich hätte die Regierung mehr als diese 14 Millionen aus dem Erbschaftsteuergesetz erhalten können, wenn sie nicht im Interesse der besitzenden Klasse diese direkte Steuer lächerlich minimal gehalten hätte.

Es zeugt von der ganzen Leichtfertigkeit der Parteien, die dieses Gesetz in der Kommission beschloffen haben, daß sie den Widerstand der gesamten organisierten Zigarettenindustrie gegen dieses zerrüttende System unberücksichtigt ließen.

Heute geißelten die Genossen v. Elm, Mollenbuh und Schmalfeldt in gründlichen sachverständigen Auseinandersetzungen das Verfahren der Kompromißparteien und die Mängel, sowie die schädigende Wirkung des Gesetzeswurfes.

Nur die Redner des Zentrums und der Nationalliberalen traten für diese Schädigung der Zigarettenindustrie ein. Der Antisemit Zimmermann sprach ebenso gegen das Vandalensystem wie der Vole Graf Mielczinski.

Die freisinnigen Parteien ließen durch die Abgeordneten Wiemer und Potthoff ihre Gegnerschaft gegen die Vandalensteuer ausdrücken. Mehrere der angeführten Redner empfahlen, das Papiersteuersystem oder einen Zuschlag zum Rohstoff nochfalls in Rücksicht zu ziehen, weil diese Systeme weniger ruinierend für die Industrie seien. Besonders aber wurde von Mollenbuh die arbeitereindliche Politik des Zentrums festgenagelt, die den Arbeitern der gesamten Tabakindustrie mit dem Zigarettensteuergesetz eine stärkere Lohnrückbildung bereiten. Treffend meinte Mollenbuh, das Zentrum stimme schweigend diesem Gesetz zu, weil es diese arbeitereindliche Tat nicht zu verteidigen wagt und nicht verantworten könne. Die christlichen Arbeiter würden das ebenso empfinden, wie ihre übrigen Kollegen.

Die Debatte über die §§ 2 und 3 ist geschlossen, die namentliche Abstimmung wurde bis Dienstag ausgesetzt und die Sitzung vertagt.

Sonnabend: Zigarettensteuergesetz; Reichsstempelgesetz.

### Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus begann am Freitag die erste Lesung der Sekundärbahn-Vorlage, die Bewilligung von Mitteln für neue Nebenbahnen, zweite Gleise und Verbesserung der Betriebsmittel fordert. In der Debatte, die am Sonnabend fortgesetzt wird, wurde — wie alljährlich — über das rigorose Vorgehen des Staates gegenüber den Gemeinden beim Grunderwerb geklagt und eine Aenderung des Enteignungsverfahrens gefordert. Im übrigen vertraten die einzelnen Redner in der Hauptsache die Interessen ihrer Wählerkreise; nur wenige von ihnen raffen sich zu prinzipiellen Erörterungen über die Verkehrsverhältnisse im allgemeinen auf.

### Eine Extratour.

In der Marokkofrage herrschte innerhalb der Sozialdemokratie völlige Einmütigkeit. Es ist und nicht eine einzige sozialistische Fraktionierung bekannt geworden, in der nicht die deutsche Brisslerungspolitik die denkbar schärfste Verurteilung gefunden hätte. Auch nach dem friedlichen Ausgang der mit so viel Theaterdonner inszenierten Marokkokonferenz fanden sich die sozialdemokratischen Stimmen in dem Urteil zusammen, daß das Resultat dieser mit dem struppelosesten Mitteln arbeitenden Diplomatenintrigue ein schreiender Hohn auf den Aufwand an weltpolitischen Latendrang sei. Eine Auffassung, die oben durch die Erklärung Wilsons, Deutschland habe niemals daran gedacht, Marokkos wegen zu den äußersten Mitteln zu greifen, bestätigt wurde. Als faktisches Ergebnis des ganzen Marokkorummels für Deutschland betrachtete die deutsche Sozialdemokratie die ernste Beunruhigung des ohnehin durch Deutschlands weltpolitische Proklamationen und die heftigsten Marinerüstungen nerds gemachten Auslandes, die offenkundig gewordene Isolierung Deutschlands und den aus diesen Momenten sich ergebenden und von den herrschenden Parteien auch ganz unverblümt zugegebenen Anreiz zu immer intensiveren Rüstungen zu Lande und zu Wasser!

Man sollte meinen, ein solches Resultat der neuesten weltpolitischen Aktion Deutschlands müßte jedem Sozialisten die Notwendigkeit beweisen, die deutsche Weltpolitik noch viel energischer zu bekämpfen als bisher. Und doch hat sich ein Parteigenosse gefunden, der sich auch in der Marokkofrage wieder als Solotänzer produzierte zu müssen glaubt! Nämlich Genosse Calwer, den offenbar der Weisheit, den seine marinistische Extratour im bürgerlichen Lager gefunden, auch diesmal wieder zu einer eigenbrödlischen Stellungnahme verleitet.

Genosse Calwer ergeht sich in dem letzten Heft der „Sozialistischen Monatshefte“ in Betrachtungen, aus denen mit aller Deutlichkeit hervorgeht, daß er die Haltung der Partei gegenüber der Marokkofrage für eine gründlich verfehlte hält. Er ist kein unbedingter Bewunderer der Taktik des Fürsten Bülows, aber sein zusammenfassendes Gutachten über Deutschlands Vorgehen lautet doch wie folgt:

„Und wenn man fragt, ob das Ergebnis der Marokkofrage die politische und wirtschaftliche Entwicklung des kapitalistischen Systems in dem gekennzeichneten Sinne fördert, so kann man zwar als Sozialdemokrat dem ganzen Handel ziemlich passiv gegenüberstehen oder auch manche Nebenerscheinung scharf kritisieren, aber ein ausreichender Grund, die Aktion selber zu verurteilen, liegt nicht vor.“

Unter den „Nebenerscheinungen“ versteht Calwer in erster Linie die Kaiserreise nach Tanger und die Aufschonung des Konflikts durch die chauvinistische Presse. Auch nach Calwers Meinung wäre es besser gewesen, wenn Deutschland früher und in milder provozierender Weise seinen Protest gegen das französisch-englische Marokkoeffkommen eingelegt hätte. Den Protest selbst aber hält Calwer für durchaus berechtigt. Und wenn Deutschlands Protest unberücksichtigt geblieben wäre: „hätte Deutschland dann klein beigeben sollen?“ Wer das empfehle und sich nicht die möglichen Konsequenzen vergegenwärtige, der „hätte klüger gehandelt, wenn er Deutschland gleich von vornherein von jedem Einspruch gegen die erste Jurisdiktion abgeraten hätte“. Eine Vorsicht, die aber Calwer keineswegs für richtig hält!

Man sieht: Calwer teilt im Grunde völlig die Auffassungen der deutschen Bourgeoisie. Er überbietet schließlich noch unseren Bülow, der im Grunde gar nicht daran dachte, es Marokkos wegen zum Aeußersten kommen zu lassen. Der Reichsfiskus versuchte es mit einem groben bluff — wäre dieser bluff erfolglos geblieben, so hätte er sich mit diplomatischer Geschmeidigkeit aus dem gefährlichen Handel herausgewunden. Ja, eigentlich war ja das Kompromiß in Algeras nichts als solch ein diplomatisch maskierter Rückzug Deutschlands. Calwer dagegen ist der Meinung, daß Deutschland unter keinen Umständen „klein beigeben“ dürfen! Zu solchen Konsequenzen gelangt ein Sozialdemokrat!

Freilich: Calwers weltpolitische Auffassungen sind bei Nichtbeachten alles andere, nur nicht sozialdemokratisch, d. h. vom proletarischen Massenstandpunkt aus diktiert. Das beweisen schlagend diese Ausführungen:

„Die Entwicklung des privatkapitalistischen Regimes äußert sich zurzeit in einem starken Drang nach Expansion. Von dem Grad dieser Expansion hängt zu einem Teile auch wieder der wirtschaftliche Fortschritt ab, der die Voraussetzung für die Sozialisierung unserer Wirtschaftsordnung ist. Hätte ich nun der Regierung des eigenen Landes bei der Verfolgung des Expansionsdranges mit Erfolg in die Arme, indem ich dadurch gleichzeitig die Veräußerung des namentlichen Dranges seitens anderer Länder begünstige, so erreichte ich mit dieser Politik, daß die wirtschaftliche Entfaltung in den Konkurrenzländern größere und raschere Fortschritte macht als bei uns, daß dort die Vorbedingungen einer Sozialisierung rascher heranreifen als im eigenen Lande. Als deutscher Sozialist will ich aber, daß möglichst Deutschland an der Spitze des wirtschaftlichen Fortschritts marschieren soll. Das bedingt auch, daß Deutschland seine politische Macht entfaltet. Ich brauche mich für die Art dieser Entfaltung keineswegs zu engagieren, meine Haltung kann sogar sehr zurückhaltend und passiv sein, aber ich darf jedenfalls nicht durch meine Bekämpfung der eigenen auswärtigen Politik riskieren, daß das kapitalistische Ausland einen Vorsprung nach dem anderen vor Deutschland gewinnt. Von diesen Erwägungen ausgehend, muß man zu dem Schluß gelangen, daß Deutschland gegen das englisch-französische Abkommen vorzugehen nicht nur vollauf berechtigt, sondern auch vom Standpunkt seiner kapitalistischen Interessen aus verpflichtet war. Auch der Sozialist muß in dem vorliegenden Falle konzedieren, daß Deutschland die Achtung und Zurücksetzung seitens Englands und Frankreichs nicht schweigend hinnehmen konnte.“

Das ist ein rundes und nettes Bekenntnis zur kapitalistischen Weltpolitik! Die Sozialdemokratie darf dieser Weltpolitik nicht entgegenreten, weil dadurch — die Vorbedingungen für die Sozialisierung der Wirtschaftsordnung nicht rasch genug ausreifen! Die sozialdemokratische Auffassung und Taktik wurde dagegen bisher die, die kapitalistische Weltpolitik in allen Ländern so nachdrücklich wie möglich zu bekämpfen, da sie gerade in den weltpolitischen Rivalitäten das größte Hemmnis der proletarischen Klassenpolitik, der politischen Erstarbung der Arbeiterklasse erblickt! Und dieser Kampf gegen die kapitalistische Expansionspolitik war nach sozialdemokratischer Auffassung so zu führen, daß dem Proletariat jeden Landes die Pflicht oblag, im nationalen Rahmen der kapitalistischen Weltpolitik entgegenzutreten! Man sieht, welche Revolution ihrer fundamentalen politischen Taktik Genosse Calwer der Sozialdemokratie zumutet!

Trotz dieser unflüchlichen Tendenzen bleibt Calwer freilich in kläglicher Halbheit stehen.

Wenn das sozialistische Interesse wirklich die kapitalistische Expansionspolitik erforderte, so wäre die von Calwer empfohlene wohlwollende Neutralität der Arbeiterklasse der Weltpolitik gegenüber der ärgste Fehler. Dann müßte die Arbeiterklasse für die Weltpolitik eintreten und alle Mittel bewilligen, die eine solche Politik zu fördern geeignet wären. Dann müßte sie nach nationalsozialem Rezept alle Heeres-, Flotten- und Kolonialausgaben bewilligen und versuchen, durch eine Schacherpolitik nach dem Vorbilde des Zentrums Konzessionen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete zu erkämpfen!

Aber Calwer ist nun einmal kein „Konsequenzenmacher“. Er ist intellektuell und politisch bedürfnislos genug, den Gegnern der Sozialdemokratie wieder einmal etwelches Material zur Bekämpfung der Partei geliefert zu haben! —

### Die Prinzipienfesten.

Der Kampf um die Volksschule ist durch die Abstimmungen in der Schulkommission des Abgeordnetenhauses am 1. Mai in eine neue Phase getreten. Während die Konservativen den Gemeinden das Recht der Anstellung von Lehrern gänzlich nehmen wollten, hielten bekanntlich die Nationalliberalen an dem bisherigen Recht fest und stimmten schließlich nicht nur gegen den konservativen Antrag, sondern nachdem dieser trotzdem angenommen worden war, auch gegen das ganze Gesetz. Daraus hat sich zwischen Nationalliberalen und konservativen Prehorganen ein Kampf entwickelt, der durch die Art, in der beide Parteien sich als prinzipienfeste Vertreter des deutschen Volkinteresses aufspielen, geradezu zur Satire herauffordert. Die nationalliberale Presse wirft der konservativen Partei vor, das heilige Kompromiß zur Verfassung der Volksschule hinterlistig gebrochen zu haben, und appelliert mit schreien Worten an die Regierung, doch ein Einsehen zu haben und gegen die Extraseitensprünge der Konservativen einzuschreiten, während diese wieder die Nationalliberalen des Wortbruchs und der Verfolgung von Sonderabsichten beschuldigen. So schreibt beispielsweise die „National. Korresp.“:

„Es ist bedauerlich, daß augenscheinlich das gesamte preussische Staatsministerium der hohen politischen Bedeutung, die gerade dem Schulgesetz innewohnt, nicht die genügende Beachtung geschenkt hat. Sonst wären gewiß die vielen Ecken und Kanten vermieden worden, die gerade auf die politische Gesamtlage ihre Rückwirkung üben müssen. Das gilt insbesondere von den Bestimmungen über die Anstellung der Lehrer. Mag der Umstand, daß in vielen Fällen die Stadtverwaltungen größerer Städte die freisinnige Signatur aufweisen, der Regierung unerwünscht sein, so ist es jedenfalls im höchsten Grade unpolitisch, diese Städte dafür mit einer Entziehung von Rechten zu bedenden, die sie hundert Jahre unangefochten ausgeübt haben. Daß dies gerade in einem Moment geschieht, in welchem die freisinnige Partei durch eine veränderte Stellung zu den Heeres- und Flottenfragen der nationalen Regierungspolitik näher gerückt ist, in einem Momente, in dem sie durch ihr Eintreten das neue Kolonialamt vor der Ablehnung gerettet hat, ist bezeichnend für das politische Verständnis, das in

unseren Einzelressorts herrscht. . . Die Nationalliberalen werden sich jedenfalls weder an einer solchen unklugen Politik noch an einer solchen unbilligen Entziehung unserer großen Gemeinwesen beteiligen!“

Dagegen heißt es in einem fraktions-offiziösen Artikel der „Konserv. Korresp.“:

„Sie haben es dabei an Entgegenkommen im Rahmen des bekannten Schulkompromisses gegenüber den anderen Parteien, insbesondere den Nationalliberalen, wahrlich nicht fehlen lassen und es schließlich so auch erreicht, daß jenes Kompromiß in dem vorliegenden Gesetze tatsächlich zur Durchführung gelangt ist. Wenn darüber hinaus die Nationalliberalen Sonderbestrebungen verfolgen, indem sie — obwohl durch die Anträge der Konservativen die Wahl der Lehrer überall den Gemeinden, beziehungsweise Schulvorständen verblieben war — gleichwohl auch die Forderung der Regierung bekämpfen, wonach dieselbe die Anstellung der Hauptlehrer (Rektoren) im Interesse der Lehrerschaft und ihres gleichmäßig geordneten Aufstiegs innerhalb des gesamten Stadtbezirks in der Hand behalten wollte, bekämpfen und deswegen gegen das ganze Gesetz stimmten, so kann eine solche Handlung gegenüber einem so großen Gesetze und den damit verfolgten Zielen sachlich nicht als berechtigt, noch weniger als staatsmännisch angesehen werden. Sollte sich die genannte Partei nicht noch bei den Plenarberatungen eines Besseren bestimmen, so würde sie auch die politischen Konsequenzen einer solchen Handlung übernehmen müssen. In den letzteren dürfte es auch gehören, daß eine gemeinsame politische Arbeit der ehemaligen Kartellparteien, die aus manchen Gründen wohl erwünscht sein könnte, demnach doch der gebundenen Grundlage nachhaltiger gegenseitiger Verständigung zu entbehren scheint und somit wieder mehr in den Hintergrund unserer innerpolitischen preussischen Entwicklung tritt.“

Der Streit ist charakteristisch für die politischen Zwecke, die beide Parteien mit dem Schulgesetz verfolgen. Gegen die Verfassung der Volksschule haben die Nationalliberalen nichts einzuwenden; dagegen sind sie darüber empört, daß die Stadtgemeinden, in denen sie vielfach herrschen, sich nicht die Volksschullehrer nach ihrem Willen ausfinden sollen. Die Konservativen wiederum, die in den größeren Stadtgemeinden durchweg eine untergeordnete Rolle spielen, möchten das Recht der Rektoratsanstellung möglichst der Regierung vorbehalten wissen, damit diese in die Lage kommt, die Rektoratsstellen mit gefügigen Anhängern der Agrarier und protestantischen Orthodoxie zu besetzen. Ausgeschlossen erscheint übrigens keineswegs, daß sich beide Parteien doch noch wieder zu gemeinsamem heiligem Werk der Hebung der Volksschule zusammensuchen, denn Pakt schlägt sich, Pakt verträgt sich. —

## Deutsches Reich.

### Ein Krater der Roheit.

Die „Deutsche Tageszeitung“ ist verschumpft. Es hat sich ein Mann gefunden, der die Prügelstrafe zu beschimpfen wagt, noch dazu ein hoher Justizbeamter, ein Landgerichtsrat und Geheimrat (Justizrat) In der „Deutschen Justizzeitung“ hat der Geheimrat Justizrat Thomßen einen Artikel gegen die Prügelstrafe mit den Worten geschlossen: „Möge uns das Mißvergnügen erspart bleiben, auf deutschem Boden einen Krater der Roheit zu sehen.“

Das geht dem landbändlerischen Intelligenzblatt gegen den Strich. Es fängt sich gedrängt, die jüngerliche Ethik zu verteidigen: „Diejenigen Männer, welche trotz aller Schmähungen für die Wiedereinführung der Prügelstrafe bei vertierten Verbrechern und viehischen Roschlingen eintreten, glauben dadurch den „Krater der Roheit“, der allwärts gähnt und immer breiter fließt, nach und nach eindämmen und einigermachen zuzuführen zu können. Daß dieser Krater tatsächlich immer breiter geworden ist, weil die jetzigen Strafmittel für verrohte Durschen nicht genügend abschreckend sind, kann niemand rechtlich in Abrede stellen.“

Es lohnt sich nicht, gegenüber der hohen Behauptung der „D. Z.“ die unzählige Male angeführten Gegenbeweise zu wiederholen, aus denen für jeden, der sich überzeugen will, hervorgeht, daß die „abschreckenden“ Strafmittel gerade eine der Ursachen der zunehmenden Roheit sind. Aber die „Deutsche Tageszeitung“ behauptet, niemand könne ernstlich in Abrede stellen, daß die Roheit zunehme, wozu die Strafen nicht abschreckend genug sind. Wir können ihr jemand auf ihren Redaktionstisch legen, der die entgegengesetzte Ansicht öffentlich vertreten hat, und zwar einen Zeugen allererster Güte, nämlich — die „Deutsche Tageszeitung“ selbst!

Als nach dem Bremer Parteitag im Herbst 1904 bekannt wurde, daß die Sozialdemokratie sich intensiver als bisher um die heranwachsende Jugend kümmern wolle, brachte am 5. November 1904 die „Deutsche Tageszeitung“ einen Leitartikel über „das werdende Geschlecht“, in dem es hieß:

„Früher, als der Knabe noch in der Regel ein Handwerker lernte oder als lernender Jungknabe auf dem Bauernhofe tätig war, fanden Haus und Schule einen wenn auch nicht gleichwertigen, so doch annähernd wirksamen Ersatz in der Lehrlingszucht. Das Haus des Handwerkers, der Hof des Landmanns bot dem jungen Mann ein festes Heim, einen starken Halt; er war nicht auf sich allein gestellt. . . Jetzt haben sich diese gesunden Verhältnisse entweder ganz gelöst oder doch stark gelockert. Viele Knaben und Mädchen verlassen sofort nach der Schulentlassung das Elternhaus und gelangen an eine Arbeitsstätte, wo sie nur als Arbeitskräfte, nicht aber als erzählungsbedürftige Seelen gewedt und behandelt werden.“

Und an einer anderen Stelle desselben Artikels:

„Losgelöst von dem bisherigen Wurzelboden, werden sie (die aus der Schule entlassenen Knaben und Mädchen) leicht hinfällig; da die bisherigen Kräfte der Wahrung nicht mehr tätig sind, verwahrlosen sie einfach.“

Demnach sind an der angeblichen Verrohung der Jugend doch ganz andere Dinge schuld, als die ungenügenden Strafen? Ganz abgesehen davon, ob der damalige Artikel in seinen Einzelheiten recht oder unrecht hat, ganz abgesehen insbesondere davon, ob die vielgerühmte alte Lehrlingszucht wirklich so viel wert war, wie die „D. Z.“ behauptet — daß der Artikel die Ursache der Verrohung in den Umständen erblickt, in denen die jungen Leute aufwachsen und leben, und folglich nicht in zu milden Strafen, „kann niemand ernstlich in Abrede stellen“. Und da nach dem Zeichen des Artikels kein geringerer als Dertel der Korrupten selbst ihn verfaßt hat, so wird die „Deutsche Tageszeitung“ die Autorität des Artikelschreibers nicht bezweifeln.

### Eigenartige Polizeirecherchen.

Ein Berliner Rittungsblatt hatte an das Breslauer Polizeipräsidium die Anfrage gerichtet, welche Ergebnisse die bisherigen polizeilichen Untersuchungen über jenen beispiellosen Roheitsakt gehabt hätten, dessen Opfer der Arbeiter mit der abgehackten Hand, Bielowald, geworden ist. Die befragte Polizeibehörde hat darauf telegraphisch folgende lakonische Antwort gegeben:

Die Verschwiegenheit des Täters ist bisher hier unbekannt. Polizeipräsidium.

Es erscheint uns höchst seltsam, daß es der Breslauer Polizeibehörde bis heute noch nicht gelungen ist, den Täter zu ermitteln. Ob eine Konfrontation sämtlicher Polizeibeamter mit dem Opfer und den vom Justizrat Mamroth erwähnten „unbeteiligten und glaubwürdigen Zeugen“ so völlig ergebnislos geblieben wäre?

Eine noch befremdendere Nachricht erhält ein anderes Berliner Blatt aus Breslau. Sie lautet:

Breslau, 3. Mai. Gegen den gelegentlich des Aprilstrahlens am Striegauer Platz von einem Schühmann zum Krüppel geschlagenen, ganz unbeteiligten Arbeiter Diebold ist ein Strafverfahren eingeleitet worden.

Diese Nachricht klingt denn doch ganz unglaublich. Denn ein Strafverfahren gegen das Opfer des ungeheuerlichen Missetates setzt wirklich selbst den Breslauer Polizei- und Justizaktionen die Krone auf! Dagegen läge es um so näher, dem unbekannten Täter dadurch auf die Spur zu kommen, daß man schleunigst ein Verfahren gegen Unbekannt eröffnete — ein bei Verfolgungen gegen die sozialdemokratische Presse ganz gebräuchliches Verfahren — und Diebold und die übrigen Gewährspersonen als Zeugen vernähme! Wir sind überzeugt, daß bei einem solchen Vorgehen der Täter gar bald ermittelt werden würde. Unterbleiben diese Maßnahmen, so setzen sich die in Frage kommenden Behörden dem Verdacht aus, daß man den Täter nicht habe ermitteln wollen!

Die abgehauene Hand. In unserem gestrigen Auszug aus der Veröffentlichung des Justizrats Mamroth in der „Breslauer Zeitung“, die wir nach einer unvollständigen Wiedergabe der „Vossischen Zeitung“ zitiert hatten, sind noch folgende Äußerungen des Herrn Mamroth über die Rechtslage nachzutragen:

Strafrechtlich käme die Verfolgung des Schühmanns aus § 224 St.-G.-B. in Frage. Schritte nach dieser Richtung können erst getan werden, wenn die Person des Schühmanns festgestellt ist. Nachherden darüber wird im Gange.

Zivilrechtlich ist natürlich der Schühmann gleichfalls verantwortlich, wenn festgestellt wird, daß er eine strafbare schwere Körperverletzung begangen hat. Ob eventuell eine Haftung des Polizeipräsidenten aus dem Verschulden seines Beamten zu begründen ist, erscheint außerordentlich zweifelhaft.

Es folgt dann die gestern von uns wiedergegebene Bezugnahme auf die Gastpflicht der Gemeinde.

### Die amputierte Wahrheit.

Die abgehackte Arbeiterhand in Breslau ist ein so furchtbares Beweismittel sinnlosen Polizeivöllens, daß der Eifer der Scharfmacherpresse, eine solche aufregende Tatsache hinwegzulügen, nur zu begreiflich ist. Die Erklärung des Justizrats Mamroth hat diesem frechen Scharfmacherschwindel auch noch keineswegs ein Ende gemacht. Lesen wir doch in der „Tägl. Rundschau“:

Nachmals die „abgehauene Hand“. Justizrat Dr. Mamroth veröffentlicht über den bedauerlichen Vorgang in Breslau, bei dem einem Arbeiter die Hand durch den Säbel eines Schühmanns so verletzt wurde, daß sie abgenommen werden mußte, ausführliche Mitteilungen, die mit anderen Berichten nicht übereinstimmen. Danach soll der Vorgang sich in einem Hause ereignet haben, in das der Verletzte geflohen sei. Justizrat Mamroth gibt an, daß seine Mitteilungen auf den Aussagen des Verletzten selbst und einer Anzahl von unbeteiligten und vertrauenswürdigen Personen beruhen. Man wird nunmehr die gerichtliche Klarstellung des wahren Sachverhaltes abzuwarten haben.

Das Blatt für das gebildete Bürgertum und Achtgroßhungen-Halluzinationen besitzt also die Unverfrorenheit, trotz der Feststellung Mamroths, daß die Hand des ganz unbeteiligten glatt abgehauen wurde, noch immer von einer Verletzung und später amputierten Hand zu sprechen!

Muganewskisches. Die „Freie Deutsche Presse“, das führende Organ der „Freisinnigen Volkspartei“ liefert täglich durch hämische Beschimpfungen und niederträchtige Demunziationen den Beweis, daß sie seit dem Ausscheiden Eugen Richters aus der Redaktion auf ein noch tieferes politisches Niveau herabgesunken ist, so wenig glaubhaft das auch dem erscheinen mag, der die früheren polemischen Gepflogenheiten dieses Blattes kannte. So müht sich heute das Organ des Herrn Müller-Sagan, in einem Leitartikel „Aus dem Lager der Roten“, die Breslauer Justiz gegen die bekanntlich vollzählig inhaftierte Redaktion unseres Breslauer Brudersorgans vollends scharf zu machen. Das ungeheuerliche Urteil, das seinerzeit gegen den Redakteur Löbe gefällt wurde, erklärt das „freisinnige“ Zentralorgan damit, daß der inkriminierte Artikel „in der Tat manches aufreizend“ gewesen sei. Ferner behauptet es, daß seit dem 19. April, dem Tage des letzten Polizeimassakers, die „Volkswacht“, „wahre Organe der Aufreizung“ gefeiert habe. Solches Demunziantengeschmeiß nennt sich „freisinnig“!

Selbstverständlich erfordert es auch das Hausrechtverhältnis, in dem das führende Freisinnblatt zum Unternehmertum steht, die diebstahlartige Rauberei in der landstümlichen Weise herabzusetzen. Mit Behagen schwagt es der „Voss. Ztg.“ die unfählich alberne Behauptung nach, daß die Berliner Vormittagsversammlungen am 1. Mai von noch nicht 20 000 Personen besucht gewesen seien! Auch habe der „Vorwärts“ schon deshalb nicht von einem „Triumph der Arbeiter“ sprechen sollen, da er es ja selbst getadelt habe, daß in Baden — in den kleineren Orten! — die Arbeiter verspätet und verzeilt ständen. Man sieht, es läßt sich die Preisfrage aufwerfen, worin die „Freie Deutsche Presse“ Hervorragenderes leistet: in der Dummheit oder der Niedertracht!

Russische Politik. Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ brachten im November vorigen Jahres in ihrem Handelsteil einen Artikel, worin das Ergebnis einer Leipziger Sportfirma mit der russischen Zollbehörde in Alexandrowo geführt wurde. Der Firma war von der Zollbehörde mitgeteilt worden, daß ihre nach Moskau adressierte Seifenpulverlieferung nicht mehr zwei, sondern elf Kubel Zoll koste. Unter diesen Umständen verzichtete die Firma auf das Geschäft und verlangte die Rückerstattung von der Zollbehörde. Nach fünfmaliger Reklamation erhielt sie die Sendung — acht Monate später endlich wieder. Gewicht und Bomben waren in Ordnung. Aber nicht gering war ihr Erschrecken, als statt des abgeforderten Seifenpulvers ein — dreißig Pfund schwerer Feldstein zum Vorschein kam. In dem Artikel war nun die Vermutung ausgesprochen worden, daß die russischen Zollbehörden bei der Verwandelung des Seifenpulvers in einen Stein als Chemiker mitgewirkt hätten. Darauf erhielt der Zolldirektor Bescheid von der russischen Regierung den Auftrag, die „Neuesten Nachrichten“ wegen Verleumdung zu verklagen. In der Verhandlung vor dem Leipziger Schöffengericht gingen nun die Nachrichten einen Vergleich ein, der ihre Charakterfestigkeit selbst russischen Behörden im richtigen Lichte zeigt. Obwohl in der Verhandlung der chemische Prozeß, den das Seifenpulver an der russischen Grenze durchgemacht hat, unangeführt blieb, verpflichteten sich die Nachrichten doch, in ihrem Handelsteil zu erklären, daß sie die ausgesprochene Vermutung, die russischen Zollbehörden könnten als Chemiker mitgewirkt haben, nicht mehr aufrecht erhalten wollten.

Wegen Majestätsbeleidigung hatte sich dieser Tage vor der Strafkammer in Aresfeld ein Haidbergeselle zu verantworten. Er wurde zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt unter Anrechnung der Untersuchungshaft von etwas mehr als einem Monat. Der Ver-

urteil war auf eine eigenartige Weise zu der Ankage gekommen. Er hatte nämlich an einem Tanzvergnügen, das ein bürgerlicher Turnverein veranstaltet hatte, teilgenommen. Nach Mitternacht, als alles zum Ausbruch riefte und die meisten der Anwesenden des Guten zu viel getan, verspürte auf einmal ein Vorstandsmittglied einen Drang in sich, eine patriotische Rede von Stapel zu lassen, die natürlich mit einem Hoch auf Wilhelm II. endete. Der Führer protestierte gegen ein derartiges unqualifizierbares Verhalten. Er gab der Meinung Ausdruck, daß, wenn ein Kaiserhoch ausgebracht werden sollte, man das am frühen Abend hätte tun sollen, aber nicht in einer solchen Situation und rief zweimal „Psui!“ Ein anwesender Polizeibeamter, der Mitglied des Vereins ist, erstattete Anzeige und wurde der Führer in Untersuchungshaft genommen. Das Gericht schenkte seiner Aussage, daß seine Pflicht dem Redner gegolten hätten und er gar nicht beabsichtigt habe, den Kaiser zu beleidigen, keinen Glauben und kam zu der Verurteilung.

Preussisches Schulfeld. Seit Anfang vorigen Jahres macht sich der Mangel an Lehrern im schlesischen Kreise Striegau fühlbar. In Jarischau hatten in der katholischen Schule zwei Lehrer mehrere Monate etwa 200 Kinder zu unterrichten. Jetzt sind alle drei Stellen besetzt, die 2. Stelle verwaltet eine Lehrerin. Die einzige Lehrerstelle an der dortigen evangelischen Schule war Oktober 1905 hindurch unbelegt, so daß die Herbstferien von drei auf fünf Wochen verlängert wurden. — In Ober-Streit war die zweite Stelle an der evangelischen Schule ebenfalls mehrere Monate frei, so daß 100 Kinder von einem Lehrer in drei Klassen zu unterrichten waren. Da der zweite Lehrer aus Damsdorf die zweite Lehrerstelle in Ober-Streit übernahm, blieben dem ersten Lehrer in Damsdorf 220 Kinder in engen Schulkäusen zum Unterrichten. — In Lüssen ist der alleinige Lehrer an der evangelischen Schule wegen Krankheit auf längere Zeit beurlaubt. Da die Regierung einen Vertreter nicht senden konnte, unterrichtet jetzt der zweite Lehrer aus Gadersdorf täglich drei Stunden.

### Die volle Kompottschüssel in einem Reichsbetriebe.

Vor einiger Zeit wurde auf der kaiserlichen Werft in Danzig etwa 100 im Schiffbau beschäftigten Arbeitern wegen Arbeitsmangel gekündigt. Es wurden Leute auf Straßenspaziergang gesetzt, die schon fünf bis sechs bis acht Jahre auf der Werft tätig gewesen waren. Die Arbeiterentlassungen fanden statt, trotzdem der Reichstag viele Millionen Mark für Schiffbauten bewilligt hatte. Jetzt hatte man drei Arbeiter gekündigt, die schon 11 bis 13 bis 18 Jahre im Betriebe beschäftigt gewesen sind. Aufs Pflaster sind die Leute aber nicht geworfen worden. Man hat ihnen nämlich in Aussicht gestellt, sie weiter zu beschäftigen, wenn sie sich einen Lohnabzug von 2 Pf. pro Stunde gefallen lassen. Die alten Staatsflaven haben in den sauren Apfel beißen und die Erklärung abgegeben müssen, daß sie mit dem Lohnabzug einverstanden sind. Ebenso hat man sieben älteren Arbeitern aus dem Schiffbauressort den Lohn um 2 Pf. pro Stunde gekürzt. Anderen Arbeitern ist dieses Verfahren in Aussicht gestellt worden. Und das in einer Zeit, wo in der Privatindustrie die Arbeiter mehr Lohn verlangen und nötigenfalls erkrämpfen, weil der neue Zolltarif die Lebensmittelpreise in die Höhe getrieben hat! Den Staatsarbeitern werden keine Lohn erhöhungen gewährt, sondern Abzüge gemacht. So gab es bis zum Jahre 1904 bei einer siebenstündigen Arbeitszeit 50 Pf., bei einer achtstündigen Arbeitszeit 30 Pf. und bei einer neunstündigen Arbeitszeit 20 Pf. pro Tag Lohnzulage. Vom Jahre 1904 wurden die Sätze auf 60—40—20 Pf. erhöht. Die bürgerlichen Blätter priesen mit warmen Worten die Fürsorge für die staatlichen Werftarbeiter. Jetzt hat man die Sätze auf 50—30—10 Pf. herabgesetzt und die bürgerlichen Blätter sind gänzlich stumm geblieben. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen auf der Danziger Werft sind erheblich schlechter als auf der Meier Werft. Ebenso ist die Krankheitsziffer bedeutend höher. Im Jahre 1904 waren in Danzig von 100 Arbeiter 62 krank, während es in Kiel auf 100 Arbeiter nur 43 Kranke gab. — Vor einigen Tagen sind die Werftarbeiter übrigens vom Gericht in Danzig als „zufriedene Arbeiter“ erklärt worden. Drei Genossen hatten nämlich Strafmandate von je 106,50 M. erhalten, weil sie vor der kaiserlichen Werft Einladungen zur Märzfeier verteilt hatten. Sie wurden zu je 30 M. verurteilt mit der Begründung, daß die Strafmandate zu hoch bemessen waren, weil die „zufriedenen Arbeiter der kaiserlichen Werft“ die Flugchriften gar nicht lesen wollten.

Ein Sabbatgläubiger, so berichtet man uns unter dem 3. Mai aus Halle a. S., stand heute in der Person des Referenten Friedrich Scior vor dem Kriegsgericht der 8. Division, um sich wegen Ungehorsams und Beharrens im Ungehorsam zu verantworten. Als am Morgen des 21. April auf dem Truppenübungsplatz in Altemgrabow, wo der Angeklagte zu einer Übung eingezogen war, in der Kompagnie des Infanterie-Regiments Nr. 66 der Befehl erging: „fertigmachen zum Dienst“, erklärte Scior, er tue Sonnabends unter keinen Umständen Dienst, denn er sei Adventist vom siebenten Tage. Den Sabbat müsse er heiligen und wenn es ihm das Leben koste. Der Unteroffizier, der Feldwebel, der Leutnant, der Hauptmann und der Major gaben sich vergebliche Mühe, den Mann von seiner Ansicht abzubringen. Der Angeklagte ließ sich auch durch die Kriegsrichter „nicht irren machen“. Er gilt als guter Soldat und Kamerad, wurde aber wegen seines fanatischen Verhaltens zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

### Husland.

#### Frankreich.

Eine Bomben-Explosion ist im Bois de Vincennes erfolgt, bei der ein Russe namens Sokoloff oder Sutowarow schwer verwundet, ein zweiter namens Striga, getötet wurde. Die Polizei haussucht bei allen Bekannten und Verwandten der beiden.

Man wittert einen verunglückten Attentats-Versuch auf den Präsidenten der Republik oder dergleichen. Der Grund soll sein: Daß ein Teil der russischen Anleihe in Paris untergebracht wurde!

In der geheimnisvollen Angelegenheit wird sich erst klarer bilden lassen, wenn die ungeheure Aufregung, die im Augenblick noch in Paris herrscht, sich gelegt hat.

### Die absolutistische Demokratie.

Paris, 3. Mai. (Fig. Ver.)

Die „demokratische“ Regierung hat sich in den Augen aller freisinnigen Menschen unheilbar kompromittiert. Sie hat sich mit der albernsten Kompottgeschichte überall lächerlich und durch die skandalöse Vergewaltigung der Gewerkschaften bei der Arbeiterkassat verhaft gemacht. Paris und alle Industriorte sind seit einer Woche unter einer wahren Schreckensherrschaft. Noch immer steht Infanterie auf allen strategisch wichtigen Punkten der Stadt, noch immer reitet republikanische Garde und Kavallerie durch die Straßen. Und dabei war Paris nie so ruhig wie gerade jetzt! Wohl stehen gegen 50 000 Arbeiter verschiedener Gewerbe im Streik, aber die gewerkschaftliche Aktion vollzieht sich in vollster Ordnung. Man konnte es verstehen, daß die Regierung am 1. Mai Schutzmaßnahmen in manchen Stadtteilen für nötig gehalten hatte. In einer Stadt, wo 50 000 Protestierende und nicht viel weniger gewerkschaftliche Zuhälter wohnen und wo täglich Arbeitserzesse in Menge begangen werden, ist die Gefahr nie ausgeschlossen, daß das Lumpenproletariat für sich zu operieren beginnt. So war es diesmal auch an den Stellen, wo es am blutigen ging und die Polizei wirklich Gefahr liefen. Aber diese Gefährlichkeit vermischte sich fast nirgends mit den Arbeitern. Der „Apache“, wie sich der Pariser Juhälter stolz nennt, fühlt sich nicht mit dem Proletariat, sondern mit der Bourgeoisie

solidarisch, von der er parasitisch zehrt. Charakteristisch für die materielle Basis wie für die Psychologie dieser Schicht ist die Tatsache, daß am 1. Mai die Prostitution von den Straßen fast vollständig verschwunden war! Unter den 200 Millionen, die — wie die verschiedenen Blätter jammern — durch den 1. Mai „Verloren“ — d. h. den Händlern aller Art — verloren gegangen sein sollen, steht sicher die Einbuße des Straßenhandels der „Liebe“ mit an erster Stelle. Die Juhälter waren also begreiflicherweise auf die Arbeiter gar nicht gut zu sprechen. Ich hörte einen von dieser Juhälter, der seine Abendstunden mit dem Verkauf des „Intransigent“ ausfüllt, zu seinem Kollegen sagen: „Ich werde es morgen Rochefort schon sagen, wie die Zeitungen lägen, die immer sagen, wir machen die Manifestationen. Auf der Place de la République hat man lauter „Zylinder“ und nur drei „casquelles“ (Balkonmützen) arretiert...“ Der „Apache“ ist Nationalist wie — der Polizist.

Die Polizei hat sich schamlos benommen. Die Pariser Schulkinder sind lange verhaftet, aber derlei entsetzliche Brutalitäten wie am 1. Mai hat man hier noch nicht gesehen. Leute, die nicht das geringste verbrochen hatten, wurden zu Boden geschlagen, die Schulkinder traten ihnen auf dem Bauch, ja, auf dem Kopf herum!

Eingeweichte Leute versichern, C l e m e n c e a u sei mit dem Verlagerungsstande, der jetzt tatsächlich über Paris verhängt ist, nicht einverstanden gewesen, er habe aber der Majorität im Ministerium nachgegeben. Aber wenn ihm nicht die Urheberhaft zufällt, so hätte er eben in einem solchen Ministerium nicht bleiben dürfen. Der Deffentlichkeit erscheint er verantwortlich, besonders angeht die der notorischen Unbedeutendheit Sarricns. Eine schöne Rolle spielt auch Briand, der Generalkreisprediger a. D.

Die Leiter der Arbeitskonföderation, Griffuelhes und L e b y, sind noch immer in Haft, weil das Kompott-Märchen noch für die Wahlen herhalten soll. Andere Gewerkschaftsleiter teilen das Schicksal der beiden. Die Regierung hat telegraphische Anfragen von Provinzgewerkschaften an die Konföderation wegen deren Haltung angesichts der Verhaftungen einen Tag lang zurückgehalten! Gestern und heute wurden eine Menge Demonstranten vom Dienstag abgeurteilt. Ein einziger wurde freigesprochen. Die Strafen lauteten auf ziemlich hohe Geldbußen und Haft bis zu sechs Monaten. Strafausschub wurde fast nicht zugebilligt! Genosse Marie, der Gewerkschaftssekretär der Buchdrucker, bekam vier Monate! Eine Anzahl Ausländer, Spanier und Russen, wurden bereits an die Grenze gebracht.

Krieg gegen die Arbeiterklasse auf der ganzen Linie! das ist jetzt die Politik der herrschenden Clique. Und unter solchen Umständen appelliert man an die republikanische Disziplin der Arbeiterklasse zugunsten der Regierungsländelnden! Die politische Situation ist ganz unglücklich verworren, zur Freude der Reaktionen — Dank der Unfähigkeit und Strupplosigkeit der Regierung.

Paris, 4. Mai. (V. S.) Die vier Schwurgerichtskammern von Paris verurteilten gestern wiederum circa 60 Personen, welche am 1. Mai wegen Verleumdung von Polizisten oder Tragen verbotener Waffen verhaftet worden waren, zu Gefängnisstrafen von vier Tagen bis zu einem Monat.

### England.

#### Ultimatum!

London, 4. Mai. Das „Reuter'sche Bureau“ erfährt: Die englische Regierung hat gestern an die Pforte eine Note gerichtet, die dem Inhalte nach gleichbedeutend mit einem Ultimatum ist und das letzte Wort Englands zu den türkischen Uebergriffen auf der Halbinsel Sinai darstellt. Sie verlangt die Zurückziehung der türkischen Truppen von dem ägyptischen Grund und Boden. Der französische und der russische Botschafter in Konstantinopel unterstützen die Vorstellungen des englischen Botschafters O'Conor betreffend die Besetzung von Ägypten gehörigen Gebietes durch die Türkei.

### Die Gewerkschaftsvorlage.

London, 2. Mai. (Fig. Ver.) Wenn auch etwas verspätet, so dürfte das folgende doch von Wichtigkeit sein.

Wie bekannt, lagen dem Unterhause zwei Gewerkschaftsvorlagen vor: Eine war von der Regierung eingebracht, die andere von der Arbeiterpartei. Der Premierminister schloß sich im Prinzip der Gewerkschaftsvorlage der Arbeiter an. Da aber eine von der Regierung eingebrachte Vorlage bessere und schnellere Aussicht hat, Gesetzeskraft zu erhalten, so kamen die Regierung und die Arbeiterpartei überein, die Regierungsvorlage zur Basis der parlamentarischen Verhandlungen zu machen und die strittigen Punkte ganz im Sinne der Arbeiter zu amendieren. Die Regierung gab im Parlamente das Versprechen ab, das alte, vor dem Taff-Bale-Entscheid geltende Recht wieder herzustellen.

### Der Etat für das Finanzjahr 1906/07.

London, 2. Mai. (Fig. Ver.)

Am 30. April legte Finanzminister Asquith den Etat für das kommende Finanzjahr vor. Seine Aufgabe war angenehm, da er mit Ueberschüssen operieren und Steuererhöhungen vornehmen kann. Der Etat für das verfloßene Finanzjahr (1905/06) stellte sich folgendermaßen:

Einnahmen	143 978 000 Pfund Sterling
Ausgaben	140 512 000 „
Ueberschuß	3 466 000 Pfund Sterling

Der Vorschlag für 1906/07 ist wie folgt:

Einnahmen:	
Zölle	34 290 000 Pfund Sterling
Einkommensteuer	31 500 000 „
Verzehrungssteuer	30 200 000 „
Erbschaftssteuer (für Reichszwecke)	13 200 000 „
Stempel	8 150 000 „
Grund- und Haussteuer	2 650 000 „
Post zc. zc.	24 000 000 „
Zusammen	144 890 000 Pfund Sterling
Ausgaben	141 786 000 „
Ueberschuß	3 074 000 Pfund Sterling

Der Ueberschuß wird benutzt zur Abschaffung des Kohlenausfuhrzollses, zur Herabsetzung des Zeezollses sowie zu anderen kleineren Erleichterungen.

Für lokale Zwecke werden noch etwa 10 Millionen Pfund Sterling aus der Reichseinnahme verwendet.

### Amerika.

Ueber die neue Taktik, welche der Amerikanische Arbeiterbund in der Politik einschlagen will, hat Samuel Compers, der Präsident des Bundes, der Presse ein Dokument zugehakt, um weit verbreitete irrige Meinungen richtig zu stellen. Man hatte vielfach angenommen, daß die „American Federation of Labor“ dem englischen Beispiel folgen und selbständige Arbeiterpolitik treiben wolle. Das auch an alle Gewerkschaften des Landes, an die Kongreßmitglieder und andere hervorragende Personen versandte Schriftstück stellt jetzt die Sachlage klar. Es handelt sich demnach im Prinzip um die Fortsetzung der alten Taktik und nur um neue Töne gegen die Republikaner und die Demokraten, um neue Phrasen, um neue Proben, denen die Kandidaten für die öffentlichen Ämter unterworfen werden sollen und die sie — immer gut bestehen werden. Die Kandidaten sollen Versprechungen machen, und das tun sie ja stets mit Vergnügen. Den alten Parteien untreu zu werden, daran denkt der Arbeiterbund nicht. — In der Einleitung sagt Compers: „Verkündet das ermutigende Lösungswort, daß wir treu zu unseren Freunden stehen und den Männern oder Parteien einen scharfen Tadel ausdrücken wollen, welche unseren Interessen gegenüber gleichgültig, nachlässig oder feindselig sich verhalten, und

daß wir, wo die Gelegenheit sich bietet, die Erwählung intelligenter, ehrlicher, ernstlicher Gewerkschaftler, die eine klare, unbestechliche, wohlbezahlte Verbandskarte in ihrem Besitz haben, sichern wollen."

Weiter wird das Wünschenswerte des Referendums und der Initiative erörtert und vorgeschlagen, diese Neuerungen mit Hilfe der — Farmer durchzusetzen! Damit aber jeder Zweifel über die Richtung seiner Politik behoben werde, betont Comper noch ausdrücklich: "Die Gewerkschaften wollen nicht etwa eine Arbeiterpartei etablieren."

Es bleibt also alles beim alten, und es wird auch fernertin, wie bisher, Sache der Sozialisten in den Gewerkschaften sein, für ihre Partei zu wirken und den sozialistischen Geist in die Gewerkschaften zu tragen, der die alte konservative Richtung schließlich besiegen wird.

## Gewerkchaftliches.

### Waisfeier-Nachläge.

Die Sorgen der Waisfeier ausgesperrten Berliner Buchbinder beschäftigten sich am Donnerstag in einer von etwa 1200 Personen besuchten Versammlung mit der gegenwärtigen Situation. Der Referent Mar wies nach, daß die Auffassung der Unternehmer, die Waisfeier sei ein "Tarifbruch", eine vollständig irrige ist. Darüber zu entscheiden haben die Unternehmer nicht allein, sondern in erster Linie das Berliner Tarifschiedsgericht und in letzter Linie das Tarifamt in Leipzig. Diese Institute sind von den Unternehmern, die sich hier als Hüter des Tarifs aufspielen wollen, nicht angerufen. Die Aussperrung hat schon weitere Kreise gezogen. Bei den Firmen, die nicht aussperrten und von den aussperrenden Firmen Arbeit übernahmen, legte auch dort das beschäftigte Personal die Arbeit nieder.

Am Freitagvormittag fand bei Feind eine öffentliche Versammlung der ausgesperrten Kupferschmiede statt, welche sich mit der Waisausperrung befahte. In der Versammlung, welche von circa 100 Kupferschmieden besucht war, wurde bekannt gegeben, daß folgende Firmen ausgesperrt haben: Vorsig, Union, Dainler, Stabelwerk Oberspre, Automobilfabrik, Edison-Werke, Lind, Bergmann u. Comp., Schulte, Beck u. Friede, Maschinenfabrik Orenstein und Koppel in Dreßwig. Die heutige Versammlung beschloß, alle Firmen, welche Aussperrungen vorgenommen haben, als gesperrt zu betrachten. Betreffs weiterer Hoerschau über die nach dem 7. Mai noch ausgesperrt bleibenden findet am Montag, den 7. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 7, eine weitere Versammlung statt. Ausgesperrt sind in Berlin und Dreßwig 102 Mann.

Wie im Vorjahre, haben auch in diesem Jahre wegen der Waisfeier die der Vereinigung der Goldbleifenfabrikanten Berlins und der Vororte — welche unter der Leitung des bekannten Landtagsabgeordneten und Stadtvorordneten L. Rosenow steht — angehörenden Fabrikanten die bei ihnen beschäftigten Goldbleifenarbeiter resp. Arbeiterinnen, circa 250 an der Zahl, auf zwei Tage ausgesperrt. Die nicht der Vereinigung angehörenden Goldbleifenfabrikanten haben anstandslos den 1. Mai freigegeben. — Ebenso hat die Kunstankast von B. Groß in Leipzig 88 Arbeiter wegen der Waisfeier ausgesperrt, darunter 87 Vergolder.

In Altenburg hat der Metallwarenfabrikant Otto Seyffart seine 18 Ciseleure und Graveure am 2. Mai entlassen, weil sie den 1. Mai feierten. In Eisenberg sind 150 Tischler, 100 Textilarbeiter und 850 Porzellanarbeiter ausgesperrt worden. Die Tischler und Porzellanarbeiter sind für einen Tag, die Textilarbeiter für 7 Tage ausgesperrt. In Meuselwitz hat die Maschinenfabrik Schmeier u. Pils ihre Ciseleure und Formen auf eine Woche ausgesperrt. In Sonneberg haben die Textilproben daselbst mit den feiernden Textilfabriken getan. Doch ist deren Zahl nicht besonders groß. In Eisenberg tragen sich die Unternehmer mit dem Gedanken, die Waisfeier — abzuschaffen.

In der Maschinenfabrik von Theodor Rongen in Rülheim am Rhein wurden sämtliche Formen und Gießereiarbeiter bis Montag ausgesperrt, weil sie den 1. Mai durch Arbeitsruhe gefeiert haben.

Bei der Aussperrung wegen Beteiligung an der Waisfeier in Hamburg marschiert die Hamburg-Amerika-Linie an der Spitze. Ihre Arbeiter sollen bis zum 11. Mai nicht beschäftigt werden. Für diese Linie trafen gestern, von Essen kommend, 150 Mann ein, die Schauermandarbeiten verrichten sollten. Als die Leute in Erfahrung brachten, zu welchem Zweck sie mißbraucht werden sollten, machte die Hälfte davon kehrt. Dann versuchte man, 250 Auswanderer zur Arbeit zu bewegen. Nachdem sie aufgestellt worden war, um was es sich handelte, verließen sie in großer Erregung den Dampfer, der sie an die Arbeitsplätze befördern sollte. — Mit allen Mitteln des Terrorismus, der Verurteilung usw. arbeiten die Aussperrungswüterer, um die widerhaarigen Koedereien zum Anschlag an die Aussperrung zu bewegen. Die Unternehmer dürfen sich bekanntlich alles das erlauben, was den Arbeitern verboten ist. Auch in Hamburg gilt der bekannte "Rechtsgrundsatz": "Wenn zwei daselbe tun, so ist es nicht daselbe."

Die ausgesperrten Arbeiter und Arbeiterinnen der Siemens-Schuckertwerke in Nürnberg erschienen am Donnerstag früh 8 Uhr geschlossen vor den Toren, wurden aber nicht eingelassen. Werkmeister hatten sich mit List aufgestellt, in die sich die Arbeiter einschleichen sollten. Anscheinend wollte man die auswählenden, die wieder eingestellt werden sollten. Darauf zogen sie geschlossen wieder ab und versammelten sich auf einer in der Nähe gelegenen Wiese, wo beschlossen wurde, nicht eher die Arbeit aufzunehmen, als bis sie sicher wissen, daß jede Maßregelung ausgeschlossen sei. Es wurde eine Kommission gewählt und mit diesem Ultimatum zur Direktion geschickt. Während die Unterhandlungen stattfanden, marschierten die Aussperrten in einem 8000 Personen starken Zuge von der Vorstadt Steinbühl durch die ganze Altstadt nach dem Bedengarten, wo bald darauf auch die Kommission erschien, um über die Verhandlungen Bericht zu erstatten. Die Direktion hatte erlaubt, daß sie keine Maßregelungen beabsichtige, jeder Arbeiter komme wieder an seinen alten Platz. Darauf wurde beschlossen, um 9 Uhr die Arbeit wieder aufzunehmen. Im Zuge ging es dann wieder durch die Altstadt nach Steinbühl zurück. Der Zug bewegte sich am Rathaus und an den Lokalen des freisinnigen "Fränk. Cur." und des parteilosen "Gen.-Anz." vorbei, die das Waisfest der Arbeiter zu verkleinern und als eine mihlungene Veranstaltung hinzustellen versuchten. Die Polizei beherrschte den Zug in keiner Weise, sondern ging ihm aus dem Wege.

### Berlin und Umgegend.

#### Eine Fanfare!

Der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller hat in den letzten Tagen in Berlin einen Schlachtplan gegen den Metallarbeiterverband beraten und veröffentlicht folgenden Beschluß:

In der Versammlung des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller vom 2. Mai haben von den 28 vertretenen Verbänden 26 mit 320 000 Arbeitern beschlossen, die Verbände

Hannover, Braunschweig, Dresden, Breslau, Frankfurt a. M. und Ostpreußen durch Arbeiteraussperrungen zu unterstützen. Sofern die Arbeiter der angegriffenen Verbände innerhalb einer in den nächsten Tagen festzusetzenden Frist die Arbeit nicht wieder aufnehmen, ist demgemäß mit Entlassung von Arbeitern der Metallindustrie in großem Umfange zu rechnen. Eine Kommission des Gesamtverbandes hat vor der Versammlung die Arbeitsbedingungen, insbesondere auch die Löhne und Arbeitszeiten geprüft und gefunden, daß sie keinen berechtigten Anlaß zu den Ausständen in den oben genannten Verbänden gegeben haben."

Die Herren Metallindustriellen mögen es sich wohl überlegen, daß das keine Kriegserklärung an den Metallarbeiterverband, sondern an die Gesamtarbeiterschaft Deutschlands ist! Die deutschen Arbeiter werden nicht Gewehr bei Fuß stehen, wenn man sich anstellt, eines ihrer stärksten Bataillone niederzuzermalen!

### Verfehlt Spekulation der Berliner Schlossermeister.

Vor einigen Tagen teilten wir mit, daß sich die Jungmeister der Schlosserinnung wegen Verlegung des gegenwärtigen Schlosserstreiks zu Verhandlungen vor dem Einigungsamt bereit erklärt hatten. Dem war auch tatsächlich so, denn eine Generalversammlung der Meister hatte in diesem Sinne beschlossen. Doch die Generalversammlung beschloß, und der Innungspräsident pfeift auf die Beschlässe. Jedenfalls ist den Herren Oberpräsidenten von "außenstehender Seite" eingeklinkert worden, daß es in der Metallindustrie wegen der Waisfeier zu großen Aussperrungen kommen werde, wodurch dem Schlosserstreik dann das Geis gebrochen würde. Infolgedessen beizite sich der Obermeister Heinrich, der Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes per Hörsprechbrief mitzuteilen, daß die Meisterkommission am 26. April beschlossen habe, hinsichtlich eines (angebliebenen) Antrags des Verbandes vom 28. April die Verhandlungen unter Leitung des Herrn v. Schulz definitiv abzulehnen. Das Schreiben enthielt weiter die Erklärung, daß die Meister bereit seien, mit der Gesellenkommission in Verhandlungen direkt neu einzutreten, wenn Herr Cohen (der Bevollmächtigte des Metallarbeiterverbandes) von der Gesellenkommission ausgeschlossen und ein Ersatzmann für denselben gewählt wird, und wenn vor neuen Verhandlungen von der Gesellenkommission die §§ 1—4 des Meister-Tarifentwurfes (betreffend das Lohnangebot) infol. Ablehnung der Bonifolanzulage vorbehaltlos angenommen werden. Unter diesen Bedingungen" also wollte sich die ehrenwerte Meisterkommission großmütig zu Verhandlungen mit den Gesellen herbeilassen, wobei der Obermeister noch ausdrücklich bemerkt, daß vor Abschluß eines neuen Tarifs auf keinen Fall die Aussperrungen aufgehoben werden dürfen."

Die nicht anders zu erwarten, rief dieser obermeisterliche Ertrag in der gestrigen Streikversammlung der Schlosser eine ausgelassene Heiterkeit hervor, die sich noch steigerte, als Cohen mitteilte, daß der Obermeister auch bereits den Vorstehenden des Einigungsamts dahin benachrichtigt habe, daß sich Verhandlungen vor dem Einigungsamt erübrigten, weil die Meister sich schon mit der Gesellenkommission verständigt hätten!

Die Streikleitung hat dem Herrn Obermeister denn auch prompt die entsprechende Antwort erteilt. In derselben heißt es: "Wir finden es eigentümlich, wenn Sie auf unseren angeblichen Antrag vom 28. April mit einem Beschluß der Meisterkommission vom 26. April antworten. Doch abgesehen davon haben wir Ihnen namens der Kommission und der Streikenden zu erklären, daß wir auf Ihre "Bedingungen" nicht eingehen können. Von allen Ihren Bedingungen können wir nur eine akzeptieren, nämlich die, daß Sie vor Abschluß der Verhandlungen die "Aussperrung" nicht aufheben wollen." Es wäre auch wirklich unbillig, wenn die Streikleitung die Aufhebung einer solchen Aussperrung verlangen würde. Der Stand der Bewegung ist für die Streikenden ein durchaus guter, und wird dieselbe durch die Waisausperrungen in keiner Weise beeinträchtigt. Alle diesbezüglichen Spekulationen der Meister werden sich als verfehlt erweisen."

Von der Lohnbewegung der Barbier berichtete Lix in einer Versammlung des Verbandes der Friseurgehülfen. Wenn man von denjenigen Bewilligungen absehe, die ebenso schnell wieder zurückgezogen werden, wie sie gegeben, so sind bis jetzt 300 reelle Bewilligungen eingelaufen. Daß diese ohne Kampf gemachten Zugeständnisse nicht größer sind, ist zu begreifen. Haben doch die Arbeitgeber in allen Stadtteilen beschlossen, die Forderungen der Gehülfen abzulehnen. In ihren Bestrebungen würden sie unterstützt einmal durch den Lokalverband deutscher Barbiergehülfen, welcher sich nicht dazu verstehen kann, die Beseitigung des Logiswunders zu fordern, sondern durch seine Tätigkeit dazu beiträgt, die Bewegung illusorisch zu machen. Auf der anderen Seite gefellen sich die sogenannten Innungsgehülfen als Bundesgenossen hinzu. Von denselben wird folgendes Schriftstück, wahrscheinlich mit Zustimmung des Obermeisters, verfaßt:

### An die Innungsgehülfen Berlins!

#### Werte Kollegen!

Von seiten einer politischen kleinen Gehülfenvereinigung Berlins werden wiederum unsere Innungsmeister mit Forderungen belästigt, welchen wir nicht in allen Sachen zustimmen können, wir geben vielmehr die Erklärung ab,

daß wir mit diesen politischen Gehülfen nichts zu tun haben.

Wir stehen nach wie vor auf seiten der Innungsmeister und bitten auch Sie, sich nicht den Bestrebungen jener Gehülfen, welche viel versprechen und wenig halten, anzuschließen, sondern die Innungsmeister weiter zu unterstützen, welche bis jetzt stets getan haben, was in ihren Kräften steht, um

1. die Innungsgehülfen in jeder Weise zu unterstützen und
2. die geschäftlichen Prinzipien hochzuhalten und die Wege zu ebnen, einstmals eine bessere Existenz zu erringen, damit wir später nicht gezwungen sind, für 10 Pf. und 5 Pf. zu rafteren!

Innungsgehülfen! Unsere Pflicht ist es, die Meister zu unterstützen und hiermit zu erklären, daß wir und mit diesen sogenannten Organisierten, welche bei

5 und 10 Pf.-Barbieren arbeiten, nicht identisch erklären.

### Der Innungs-Gehülfen-Anschluß

#### der Barbier-, Friseur- und Perrückenmacher-Innung zu Berlin.

#### J. A. Friz Thiel, stellvert. Anführer.

Hierzu ist zu bemerken, daß die Innungsgehülfen nur in zwei kleinen Vereinigungen vereinigt sind. Dagegen hat der Zweigverein vom Zentralverband von den ungefähr 1300 beschäftigten Gehülfen 608 Mitglieder. Die Behauptung, daß die gewerkschaftlich organisierten Gehülfen nur bei Friseur- und Barbieren arbeiten, ist unwar. Vielmehr ist es gerade die sogenannte Altschule der Barbier-Innung, welche solche Geschäfte unterhält, und sind es demnach Innungsgehülfen, die bei diesen arbeiten. Ganz abgesehen davon, daß die Gehülfenschaft überhaupt keinen Einfluß auf die Preisfestsetzungen hat, noch auch wünscht. Angesichts dieser Sachlage wird der Kampf ein erster werden und es ist nicht ausgeschlossen, daß es auch zum Streik kommt. Beschlossen wurde, die neuen Bedingungen mit dem 14. d. M. in Kraft treten zu lassen und die bewilligten Geschäfte durch Plakate kenntlich zu machen.

Achtung, Barbier! Der unterzeichnete Verband hat den Arbeitgebern Berlins und Umgegend seine Forderungen unterbreitet und sind dieselben so entgegenkommend, daß ihre Bewilligung jedem Arbeitgeber möglich ist. Die Forderungen müssen bis 8. Mai in unserem Bureau, Schillingstr. 15/16, unterzeichnetlich anerkannt sein. Sollten die Forderungen einige Arbeitgeber nicht erreichen, so liegen dieselben noch in unserem Bureau zur Unterschrift aus. Die

Firmen, welche die Forderungen anerkannt haben, werden durch Plakate kenntlich gemacht.

Verband deutscher Barbier-, Friseur- und Perrückenmacher-Gehülfen Berlins.

Bureau: Schillingstr. 15/16; Bureauzeit: 9—1 und 2—4 Uhr.

Die Situation im Streik der Charlottenburger Schuhmacher ist unverändert. Die Streikenden haben sehr über den Terrorismus der sich unter dem Schutze von Polizei und Unternehmertum sicher fühlenden "Arbeitswilligen" zu leiden. So bedroht der Schuhmacher Bräuer, der bei der Firma W. Kemlin, Sophie-Charlottenstr. 24, Arbeitswilligendienste verrichtet, die Streikposten mit einem Gummischlauch.

### Deutsches Reich.

Die Biegelarbeiter in Halle (Kreis Zeltow) befinden sich in einer Lohnbewegung und bitten um Fernhaltung des Zuzuges.

Bergarbeiterstreik. Die Belegschaft der "Grube am nassen Fleck" bei Guben, Herrn Hugo Lehmann gehörend, hat am Montag infolge Lohnminderungen die Arbeit niedergelegt. Die Belegschaft fordert eine 15 prozentige Lohnzulage bei Beibehaltung des jetzigen Pensums, Abänderung der Arbeitsordnung, deren Annahme die Belegschaft feinerzeit verweigert hat, Regelung der Lohnzahlung, Zurückführung des zu verbauenden Holz und Anerkennung der Organisation. Herr Lehmann bewilligte die letzten drei Punkte, lehnte dagegen die Lohnhöhung und die Abänderung der Arbeitsordnung scharf ab. Die Belegschaft hat das Einigungsamt angerufen. Die Stimmung der Belegschaft ist gut, und da dieselbe bis 95 Proz. organisiert ist, hoffen die Arbeiter, ihre Forderungen durchzudrücken.

Kampf in der Stolper Holzindustrie. In Stolp i. B. werden bis zum 12. d. M. circa 300 bis 325 Bau- und Holzfachler die Arbeit niedergelegt haben, da bis zu dieser Zeit die eingereichten Kündigung abgelaufen sind. Beteiligt an diesem Kampfe sind der Deutsche Holzarbeiterverband mit circa 250 Mann und der Ortsverein der Tischler und Dreßler (H.-D.) mit ungefähr 75 Mann. Die Forderungen der Arbeiter sind Erhöhung des Akkordlohnes um 15 Proz. sowie Anerkennung des Tarifes. Der neu gegründete Arbeitgeberverband hat bis jetzt die Arbeiter einer Werkstätte ausgesperrt. Die Firma Merer Stolp, circa 75 Mann, sind bereits seit ungefähr 5 Wochen im Streik. Hier handelt es sich um Erzielung eines Minimal-Stundenlohnes und Anerkennung des Tarifes. Der Arbeitgeberverband verhindert die Unterhandlungen mit den einzelnen Meistern und ist zu keinem Entzweien kommen zu bewegen. Es wird ersucht, Zuzug von Bau- und Holzfachlern und Zimmerern nach Stolp mit allen geschlichen Mitteln fernzuhalten.

Achtung, Steinarbeiter! Bei der Firma Bruno Freitzer in Kleinrentberg traten am 30. April die gesamten Steinarbeiter in den Streik. Am 2. Mai sperrten die Arbeitgeber im Gewerbegebiet Wenda-Brandis sämtliche Arbeiter aus, weil diese einhellig den 1. Mai feierten. Die Firma Bruno Freitzer sucht sehr längerer Zeit überall, im Auslande sowohl wie im Inlande, billige Arbeitskräfte anzuwerben. Darum werden alle Arbeiterblätter um Warnung vor Zuzug ersucht.

## Berthold in Darmstadt gewählt!

Trotz der demagogischen Agitation des Reichsverbandes oder vielleicht besser gesagt, durch das wüste Gebahren der auf den Mann dreijährigen Wanderapostel ist in der gestrigen Stichwahl uns der Sieg geworden. Das Frohlocken der Gegner über die Niederlage, die wir uns bei der Stichwahl holen würden, war etwas verfrüht. Wie uns ein Privattelegramm aus Darmstadt meldet, hat Genosse Berthold 16 656 Stimmen erhalten, während der Nationalliberale Stein es auf 15 921 Stimmen brachte.

Bei der Vorwahl am 25. April erhielt unser Genosse 13 855 Stimmen, der Nationalliberale 10 320 Stimmen und der Freisinnige 5828 Stimmen. Wir können wohl annehmen, daß unser Zuwachs sich aus den Reserven, die uns noch zur Verfügung standen, rekrutiert. Die übergroße Anzahl der "Freisinnigen" hat ihre Stimme dem Kandidaten der Nationalliberalen gegeben. Gegen die Wahl im Jahre 1903 haben wir einen Zuwachs von 2512 Stimmen zu verzeichnen; ein Resultat, das uns mit stolzer Freude erfüllen kann!

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Aussperrungsgelüste!

Breslau, 4. Mai. (W. T. V.) Der deutsche Metallindustrieverband hat die Generalaussperrung auf den 10. Mai festgesetzt, für den Fall, daß die Arbeiter in den Streikorten nicht bis dahin die Arbeit wieder aufgenommen haben.

### Dynamit-Explosion.

Halle a. S., 4. Mai. (W. T. V.) Auf dem Bohrturm der internationalen Bohrergesellschaft bei Pfaffendorf explodierte heute nachmittag bei Sprengarbeiten Dynamit, wodurch von den dabei anwesenden Personen vier getötet und drei sehr schwer verletzt wurden. Unter den Getöteten befindet sich Bergwerksdirektor Merkel aus Teutschenthal und unter den Schwerverletzten der Bergrevierbeamte Berggrat Deide aus Halle.

### Für den Achtsundentag.

Paris, 4. Mai. (W. T. V.) Die hiesigen Drucker, Zimmerleute, Klempner und Tischler haben den Entschluß gefaßt, bis zur Erfüllung ihrer Forderung der achtstündigen Arbeitszeit die Arbeit ruhen zu lassen.

### Attentat auf einen Eisenbahndirektor.

Warschau, 4. Mai. (W. T. V.) Als heute abend der Betriebsdirektor der Weichselbahnen, Prokurjafow, mit zwei Beamten in eine Droschke einstieg, wurde eine Bombe gegen ihn geworfen. Durch die Explosion wurde Prokurjafow verwundet, seine beiden Begleiter getötet, außerdem acht in der Nähe befindliche Personen schwer verletzt.

### Ende des Ausstandes in Riga.

Riga, 4. Mai. (Richtung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Arbeiterausstand ist heute beendet worden.

### Generalstreik.

Serajewo, 4. Mai. (W. T. V.) Gestern abend fand eine Zusammenkunft streikender Tabakarbeiterinnen und sonstiger Arbeiter statt, welche die Freilassung zweier wegen Verhinderung Arbeitswilliger verhafteter Tabakarbeiterinnen verlangten. Es kam zu äußerst erregten Szenen. Die einschreitende Gendarmerie wurde mit einem Steinbägel überschüttet. Als gegen dieselbe aus dem Publikum ein Revolverknall fiel, gaben die Gendarmen eine Salve ab, wodurch zwei Personen getötet und vier verwundet wurden. Mehrere Gendarmen wurden durch Steinwürfe mehr oder minder schwer verletzt. Heute wurde der Generalstreik proklamiert, dem sich alle Arbeiter angeschlossen haben. Die Zeitungen konnten nicht erscincinen, der Straßenbahnverkehr ist unterbrochen.

### Attentatdemonstration gegen den "kranken Mann".

London, 4. Mai. (Richtung des Reuterschen Bureaus.) Die Wütermeisung, daß das an die Türkei gerichtete Ultimatum in zehn Tagen abläuft, wird amtlich bestätigt.

Kalta, 4. Mai. (Richtung des Reuterschen Bureaus.) Vier Kreuzer und eine Flotille von Torpedobootzerörern gehen heute abend nach dem Pirat ab.

Reichstag.

94. Sitzung vom Freitag, den 4. Mai, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratssitz: Hr. v. Stengel, Hr. v. Rheinbaben. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Beratung der Reichs-Finanzreform, und zwar Besteuerung der Zigaretten.

Die Beratung über § 1 wird zurückgestellt, die Diskussion über die §§ 2 und 3 wird verbunden. In § 2 beantragt die Kommission, an Stelle der von der Regierung vorgeschlagenen Stempelsteuer auf Zigarettenpapier eine Besteuerung der Zigaretten auf dem Wege des Vanderolensteuersystems für 1000 Stück steigend von 1 M. bis 10 M. nach dem Preise der Zigaretten im Kleinverkaufspreise; für Zigarettenpapier von 0,50 M. bis 5 M. für ein Kilogramm, steigend nach dem Kleinverkaufspreise; für Zigarettenhilfen und zugeschnittene Zigarettenblätterchen von 0,80 M. für 1000 Stück. In § 3 der Kommissionsbeschlüsse wird bestimmt, daß die Steuer mittels Anbringung von Steuerzeichen an den Packungen zu entrichten ist. Gegen Sicherheitsstellung ist die Steuer für eine Frist von sechs Monaten zu stunden.

Abg. Jäger (Z.) bleibt bei der im Hause herrschenden Unruhe auf der Tribüne völlig unverständlich. Präsident v. Kallstrem: Keine Herren! Ich bitte um etwas Ruhe; Sie haben ja einen so schönen Raum zum Plaudern: die Wandelhalle. (Weiterkeit.)

Abg. Jäger (Z., auf der Tribüne weiter unverständlich). Der Präsident v. Kallstrem teilt mit, daß die Abstimmung über § 2 auf Antrag Singer eine namentliche sein wird.

Hr. v. Stengel:

Die Zigarettensteuer ist ja nicht gerade mit Jubel begrüßt worden; das geschieht bei keiner Steuer (Weiterkeit), aber nicht einmal die beteiligte Industrie hat prinzipiellen Widerspruch erhoben. Der Streit der Meinungen dreht sich nur um die zweckdienlichste Form. Zu dem von der Kommission vorgeschlagenen System haben die verbündeten Regierungen noch nicht Stellung genommen, doch ich habe Grund, zu vermuten, daß sie sich damit einverstanden erklären werden, sofern der zu erzielende Ertrag der Steuer derselbe bleiben wird wie bei der Regierungsvorlage. Gut wäre es, wenn das Haus bald zu endgültigen Beschlüssen käme, damit die beteiligten Kreise sich darauf einrichten können.

Abg. v. Elm (Soz.):

Die gegenwärtige Vorlage ist wieder einmal ein Beweis dafür, wie bedenklich es ist, wenn eine Kommission, die das Regierungssystem abgelehnt hat, ein eigenes System zu bringen versucht. Die Kommission hat die von der Regierung beantragte Tabakfabriksteuer abgelehnt und ihrerseits das Vanderolensteuersystem vorgeschlagen. Heute nehmen wir gleichsam die erste Lesung der neuen Vanderolensteuer vor. Ueber das

System der Vanderolensteuer

fehlt und jegliches Material, es fehlt uns jede Rechnung über den Ertrag der Steuer, alles ist völlig unsicher. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) So große Mühe selbst wir Sozialdemokraten uns in der Kommission gegeben haben, die Fehler und Mängel aus dem Entwurf auszumergen, so merkt man ihm noch deutlich an, daß er keineswegs auf genügenden Vorarbeiten beruht. Auch wie er heute aussieht, ist er praktisch undurchführbar. Alles mögliche bleibt zur näheren Bestimmung dem Bundesrat, ja der Steuerbehörde überlassen. Sogar generelle Bestimmungen können von der Steuerbehörde ohne Zustimmung des Reichstages getroffen werden! Man beruft sich darauf, daß sich die Vanderolensteuer in anderen Ländern gut bewährt habe. Ich möchte wirklich wissen, in welchem Lande das ist. Amerika hat seinerzeit, 1866, die Werbervanderolensteuer eingeführt und sie im nächsten Jahre als undurchführbar wieder aufgegeben. Es ist durchaus unmöglich, daß sich dieses Steuerstystem in irgend einem Lande der Welt gut bewährt hat. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Mehrheit ist geradezu verblödet gewesen in die progressive Staffelung, weil sie damit auch dieser Vorlage wieder ein sozialpolitisches Mäntelchen umhängen konnte. Aber diese progressive Staffelung, die die teure Zigarette auch mit dem höheren Steuerfuß treffen soll, ist gerade der Fluch dieser Vorlage (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten); denn sie muß dazu führen, daß bei den besseren Preislagen die Qualität herabgemindert wird. Wenn die Steuer von 10 auf 25 Proz. des Wertes im Einkaufspreis von 16 auf 40 Proz. im Großverkaufspreis steigt, so muß ein derartig hoher Steuerfuß auf das Rohmaterial die Qualität des Fertigproduktes herabmindern. So werden wir in Zukunft eine Zigarette in der Qualität der bisherigen Dreipennig-Zigarette für vier Pfennig erhalten. Praktisch wird das einfach dazu führen, daß die höheren Preislagen aus dem Verkehr verschwinden. Wer Qualitätszigaretten rauchen will, wird sie sich aus dem Auslande verschaffen. Die Zigarettenfabrikanten haben die Lorbeer begangen, nach einem höheren Schutz Zoll zu streben, aber auch in seiner sechsten Höhe kann der Schutz Zoll nicht verhindern, daß große Quanten Zigaretten aus dem Auslande eingeführt werden. Jeder, der zahlen kann, wird sich — wie gesagt — die Zigaretten aus dem Auslande beschaffen, und hier im Inlande werden die Raucher, wie in anderen Ländern, zur Selbstanfertigung der Zigaretten übergehen. Man kann sich ja Qualitätstabak kaufen, und da keine große Kunst dazu gehört, das Wickeln von Zigaretten zu erlernen, sie sich selbst herben.

Man sprach davon, daß die Steuer dem Bedürfnis der Industrie angepaßt werden müsse. Nach der Reichsfinanzreform machte sich schon dieses Argument zu eigen. Aber durch die Werbervanderolensteuer werden gerade die Großbetriebe bevorzugt, die kleinen vollständig vernichtet.

Wenn auch die jetzige Vorlage die Bestimmung enthält, daß der Steuerbetrag dem Fabrikanten gegen Sicherheitsleistung sechs Monate lang gestundet werden soll, so kann das den kleinen Fabrikanten nichts helfen; denn sie haben nicht die Staatspapiere, die hinterlegt werden müßten, und ein kapitalkräftiger Mann wird sich hüten, jetzt einem Kleinindustriellen der Tabakindustrie Kredit einzuräumen. Es wird ferner bei dem geringen Nutzen, der unter diesem Steuerstystem dem Fabrikanten verbleibt, die Handarbeit völlig beseitigt und an ihre Stelle Maschinenarbeit gesetzt werden müssen. Die Maschinen aber sind so teuer, daß die kleinen Fabrikanten sie sich nicht anschaffen können. So werden sie im Konkurrenzkampfe jede Existenzfähigkeit einbüßen. Die kleinen Betriebe machen heute aber sogar noch den größeren Teil der Produktion aus. Von 5 Millionen Mille Zigaretten werden noch 2,8 Millionen Mille durch Handarbeit und nur 2,4 Millionen Mille durch Maschinenarbeit hergestellt. Die Vorlage mit ihrer progressiven Staffelung wird die Handarbeit aus der Zigarettenindustrie ohne weiteres beseitigen. Noch weit größer ist die Gefahr, daß

die ausländische Konkurrenz

allmählich den Markt an sich zieht. Schon jetzt hat der „American Trust“ in Deutschland zwei große Fabriken: eine in Berlin mit etwa 200, eine in Dresden mit 6—700 Arbeitern. Bisher hat sich die Zigarettenindustrie in Deutschland noch mit Erfolg gegen die Verdrängung gewehrt, und zwar mit Unterstützung des Publikums. Das Vanderolensteuersystem aber begünstigt die Verdrängung. Der „American Trust“ arbeitet mit einem ganz ungeheuren Kapital, mit dem die deutsche Zigarettenindustrie auch in ihrer Gesamtheit nicht konkurrieren kann! Was macht sich der „American Trust“ daraus, zunächst vielleicht einige Millionen zu ver-

lieren? Weiß er doch zu genau, daß er später ein Vielfaches davon einnimmt. Der „American Trust“ hat ein besonderes System, um vorwärts zu kommen: Zunächst wird eine ungeheure Reklame gemacht. Dann macht man den Abnehmern Geschenke, z. B. goldene Uhren — ich kenne hier in Berlin eine ganze Reihe von Leuten, die goldene Uhren vom „American Trust“ in der Tasche haben. Dann wird ein höherer Rabatt und sogar eine Gewinnbeteiligung in Aussicht gestellt, alles unter der Voraussetzung, daß der betreffende Verkäufer nur Marken vom „American Trust“ führt. Auf diese Weise hat der „American Trust“ den sehr kapitalkräftigen „Imperial British Trust“ in Indien und England schon so geschlagen, daß der letztere auf ein Kompromiß mit dem ersteren eingegangen und also zugunsten von diesem verschluckt worden ist. Nun hat man uns aber in der Kommission gesagt: „Was wollt Ihr Sozialdemokraten denn? Dann segeln wir ja direkt in den Zukunftsstaat hinein, wenn Eure Prophezeiungen in bezug auf

die Verdrängung

richtig sind.“ Das ist allerdings richtig. Wir sind keine Gegner der Konzentration des Kapitals, soweit sich diese aus der natürlichen Entwicklung ergibt. Aber wir wollen nicht, daß dies durch eine Reichssteuergebung mit einem Male geschieht. Wir sind gegen derartige plötzliche Eingriffe durch die Steuergebung und beweisen damit, daß wir die eigentlichen Freunde des Mittelstandes sind.

Welche

Wirkung auf die Arbeiter

würde das Gesetz nun haben? Zunächst würde, wie ich schon sagte, die Handarbeit bei dem vorgeschlagenen System vollständig verdrängt werden. Welcher Unterschied ist nun zwischen Maschinen- und Handarbeit in bezug auf die Kosten für die lebendige Arbeit? Eine Maschine liefert 70 Mille brauchbare Zigaretten pro Tag. Was sie eventuell mehr liefert, ist Ausschuss. Zur Bedienung einer Maschine gehört 1/4 Maschinist, da ein Maschinist vier Maschinen bedient. Das macht für 1/4 Maschinist 10 M. pro Woche. Ferner gehört dazu eine Aufseherin, eine Abnehmerin a 14 M. die Woche, so daß die Ausgabe für die lebendige Arbeit bei einer Maschine im ganzen 88 M. pro Woche beträgt. 70 Mille pro Tag werden hergestellt, das macht also pro Mille neun, höchstens zehn Pfennig Kosten für die lebendige Arbeitskraft! In der Zigarettenfabrik werden dagegen für Handarbeit bezahlt: 2,20, 2,60, 3.—, 3,50 M. per Mille, in der Heimarbeit etwa 50 Pf. weniger. Nun ist das Rechenexempel ganz follos! Bei einem Quantum von — sagen wir — 2,6 Millionen Mille macht das bei der Handarbeit, wenn wir einen Durchschnittspreis von 2,50 M. annehmen, 6 1/2 Millionen Mark Kosten für die lebendige Arbeit. Bei der Maschinenarbeit ist das selbe Quantum für eine Viertel Million hergestellt! Also über sechs Millionen Mark werden auf diese Weise den Arbeitern an Arbeitslohn genommen. Ich weiß nicht, wie das speziell das Zentrum verantworten will. Nach den Feststellungen der Tabakberufsgenossenschaft des Jahres 1904 betrug der Durchschnittsverdienst in der Zigarettenbranche mit Einschluß der jugendlichen Arbeiter 673 M. Rechnen wir gar den Durchschnittsverdienst mit 800 M., so werden 7000—8000 Arbeiter brotlos gemacht werden. Die Regierung hat seinerzeit erklärt, daß, wenn es sich herausstellen sollte, daß Leute durch das Gesetz brotlos würden, sie das Gesetz nicht aufrecht erhalten würde! Die Zahl derjenigen, die ihre Arbeit verlieren werden, wird eher größer denn kleiner sein, als ich es hier angegeben habe. Auch durch die

Einführung von Packmaschinen,

die schon jetzt den Fabriken empfohlen werden, werden noch mehr Arbeiter brotlos gemacht werden. Dazu kommt der Kniff in den in Mitleidenschaft gezogenen Industrien, wie der Holzindustrie, der Kartonnagenindustrie usw. In der Kommission hat man einfach bestritten, daß Arbeiter durch das Gesetz brotlos werden, aber man hat es dennoch abgelehnt, die brotlos werdenden Leute zu entschädigen. Diejenigen, die uns heute noch widersprechen, haben gegenüber unseren Darlegungen die Pflicht, rednerisch den Beweis zu liefern, daß es möglich sei, auch wenn die Vorlage Gesetz wird, noch Handarbeiter in der Industrie zu beschäftigen. Wir kommen mit positiven Berechnungen und müssen von Ihnen auch Beweise verlangen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn man gesagt hat: die Leute finden ja leicht ein Unterkommen, sie können Dienstwärtinnen werden und sich als Mägde bei den Herren Landwirten vermieten lassen, so stehen die Argumente nach meinem Dafürhalten auf keiner besonders hohen Stufe. Diese Leute verdienen doch 14—15 Mark die Woche. Das ist ein Verdienst, wie ihn ein Dienstmädchen und auch eine Magd auf dem Lande nie erhält. Dazu kommt, daß diese Mädchen, sobald sie aus der Industrie herausgerissen werden, ihrer Familie, die sie vielleicht bis dahin unterhalten haben, nichts mehr nützen. Und endlich sind auch Mädchen, die bis dahin in der Fabrik gearbeitet haben, für die Landwirtschaft nicht tauglich. Was wird also übrig bleiben für diese 7—8000 Mädchen, wenn sie in anderen Branchen, die auch größtenteils überfüllt sind, keine Unterkunft finden, als daß sie der Prostitution in die Arme getrieben werden? Ja bitte insbesondere die Herren vom Zentrum, sich dieser Verantwortung bewußt zu werden. Das heißt wahrhaftig nicht die Sittlichkeit fördern, wenn man einer so großen Masse von Mädchen die Existenzmöglichkeit raubt.

In der Kommission hat mein Freund Mollenhuth die Werbervanderolensteuer eine

„Prämie auf Lohnreduktionen“

genannt. Mit jeder Mark Lohn, die der Fabrikant spart, zahlt er weniger Steuern, da in dem Preise auch der Arbeitslohn enthalten ist. Die angeblich so sozialpolitischen Amerikaner haben aus diesem Grunde, wie ich schon erwähnte, ein ähnliches Gesetz nach einem Jahre schon wieder über den Haufen geworfen, und so wird es auch hier sein. Wenn Sie die Probe auf dem Exempel machen, so werden Sie sehen, was Sie mit diesem Gesetz für einen Sturm von Entrüstung bei den Arbeitern erregen werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Dasselbe Resultat: daß unter allen Umständen eine Lohnreduktion eintreten muß, würde sich ergeben bei einer prozentualen gleichmäßigen Staffelung, wenn also 10 Proz. vom Verkaufspreis als Steuer erhoben werden. Die Folge wäre sein, daß die Anfertigung der Zigaretten vollständig in die Heimarbeit hineingedrängt wird; denn die Konsumenten werden immer mit der Hand gedrehte Zigaretten den maschinenmäßig hergestellten vorziehen. Und wie man in der Heimindustrie die Kontrolle durchzuführen will, ist eine zweite Frage. Jedenfalls werden die Arbeiter dadurch mindestens 1 M. per Mille verlieren. Nun hat man uns auch darauf hingewiesen: wir möchten ja sonst immer auf die Macht der Gewerkschaften. Es ist aber ganz unmöglich, daß gegenüber einem derartigen plötzlichen, gewaltsamen Eingriff, wenn eine so große Zahl von Arbeitern entlassen wird, eine Arbeiterorganisation umstände sein soll, die Löhne durch einen Streik aufrecht zu erhalten — (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) ganz abgesehen davon, daß die heimindustriellen Arbeiter so gut wie gar nicht organisiert sind.

Wenn man schon zu einer gleichen Besteuerung kommen wollte, weshalb will man denn nicht bei dem alten System der Gewichts- und die Freunde der Kommissionsbeschlüsse behaupten, dieses System passe sich nicht so gut den Interessen der Industrie an wie die Vanderolensteuer. Die Nachteile sind anderer Meinung. Die Tabakindustrie ist groß. Es kommt nicht bloß die Zigarettenindustrie, sondern auch die Rauchtabakindustrie in Frage. Diese Industrien haben freis gesagt, daß das System der Gewichtssteuer dasjenige sei, welches die größte Freiheit gewähre und es ermöglichen, bessere Qualitäten herzustellen; sie ziehen der jetzt vorgeschlagenen Steuer noch immer die Erhöhung des Gewichtsmaßes vor. Für die Entwicklung der Industrie würde zweifellos dieses System noch minder

gefährlich sein. — Man soll doch auch nicht vergessen, daß das vorgeschlagene System große Ausgaben nötig macht. Es wird ein großer Kontrollapparat erforderlich sein. Die Ausgaben werden, gering geschätzt, 3—4 Millionen betragen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Der Kontrollapparat

wird auch noch immer größer werden.

Wir haben 1500 Zigarettenfabriken, 16 000 Zigarettenhandlungen, 200 000 Gastwirtschaften, die Zigaretten verkaufen. Dazu kommen noch die Kolonialwarenhandlungen, die mit diesem Gegenstande handeln. Das ergibt über eine halbe Million Geschäfte, die der Kontrolle unterstellt werden. (Hört! hört! b. d. Soz.) Und da glauben Sie, die Kontrolle mit geringen Mitteln durchzuführen zu können? Je mehr Defraudationen vorkommen, desto größer muß der Kontrollapparat werden. Dabei muß man noch berücksichtigen, daß Geldstrafen bis 100 000 M. und Gefängnisstrafen bis drei Jahren vorgesehen sind! Die Zigarettenhändler haben überhaupt noch keine Ahnung davon, was ihnen bevorsteht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie eine Ahnung davon hätten, würden sie sich wie ein Mann gegen dieses System erheben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Bisher bestimmte der kleine Händler seine Preise selbst entsprechend den Spesen. Das hört in der Folge vollständig auf. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Bestimmende wird in Zukunft der Erzeuger, der Fabrikant sein. Wenn gesagt wird, dieser werde nur die Grenzlinien angeben, so bedeutet das de facto ganz dasselbe. Einige große Fabrikanten werden immer mehr an Einfluß gewinnen und diese werden dann in der Lage sein, die Preise vorzuschreiben. Es ist ja vorgesehen, daß eventuell der kleine Händler sogar die Kosten einer Verhaftung tragen muß! Wenn er die Beamten ernähren muß, wird er natürlich ruiniert. (Sehr wahr! links.) Der unredliche Händler wird die Schachteln öffnen und Defraudation üben. Der reelle Händler muß darunter leiden.

Es ist meine feste Überzeugung: Wenn die Vorlage Gesetz wird, so wird das zu so vielen praktischen Schwierigkeiten führen, daß man das Gesetz bald wieder abschaffen wird. — Ferner ist der Ertrag der Steuer sehr fraglich. Ich glaube nicht, daß die erwarteten 12 Millionen einkommen werden; denn der gewalttätige Eingriff in die Industrie muß notwendig zu einer Konsum-einschränkung führen. Die Kleinbetriebe werden durch die Vanderolensteuer erdrückt werden. Die Handarbeit wird durch Maschinenarbeit ersetzt werden. 7—8000 Arbeiter werden brotlos werden. Deshalb bitte ich Sie, die Vorlage abzulehnen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Held (noll.): Ich bedauere, daß die Sachkenntnis des Abg. v. Elm uns in der Kommission gefehlt hat; unsere Arbeit wäre, wenn wir seine Sachkenntnis zur Verfügung gehabt hätten, eine leichtere gewesen. Seine Beschränkungen über die Nichtdurchführbarkeit und über die Folgen der Steuern sind weit übertrieben. Die Zigarette ist ein Genussmittel und mer eine teurere Zigarette kauft, kann auch eine größere Steuer zahlen. (Widerspruch links.) Der Fortschritt zur Maschinenarbeit läßt sich nicht aufhalten. (Zuruf: Mittelstandsfreund!) Darum handelt es sich nicht; dieser Fortschritt ist eben eine Tatsache. Die Vanderole ist aber das einzige System, welches eine progressive Staffelung gestattet; deshalb haben wir sie gewählt. Ich bin überzeugt, daß die Steuer getragen werden kann, und bitte Sie, die Steuer anzunehmen.

Abg. Wiener (fr. Sp.): Der Bericht des Abg. Held war kein Geldstück. (Weiterkeit.) Die stärkste Kritik übte er selbst am Ende seiner Rede, indem er vom Bundesrat eine Definition verlangte, was eigentlich eine Zigarette ist. (Große Weiterkeit.) Also man macht eine Steuervorlage und weiß nicht einmal, was man besteuern will! Wir verwerfen die Steuer, weil wir überhaupt keine indirekte Steuer wollen. Unsere Bedenken gegen die Steuer werden verstärkt durch die Art der vorgeschlagenen Besteuerung. Die Einführung der Vanderolensteuer wird die Entwicklung der Zigarettenindustrie schwer schädigen, die kleinen und mittleren Betriebe werden ausgelöscht werden. (Sehr richtig! links.) Der amerikanische Trust wird davon Vorteil haben, die heimische Industrie dagegen wird durch diese Steuer geschädigt. Die Vanderolensteuer scheint uns daher durchaus unerwünscht; ein kleineres Uebel erdient uns ein Zusatz zur Kohlensteuer, und diese Frage sollte der Reichstag ernstlich erwägen. Ich glaube auch, daß die Industrie sich nicht beruhigen wird, schon aus Furcht vor der Ausdehnung der Vanderole auf die Zigarren. Nur in einer Beziehung wird Ruhe eintreten: für zahlreiche Menschen die Ruhe des Grabes, der Selbsttötung und der bürgerlichen Existenz. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Hr. v. Stengel erklärt, daß Zigarillos nicht Zigarren sind!

Es wird für sie noch einer besonderen Bestimmung bedürfen!

Abg. Zimmermann (Ant.): Meine Freunde werden die vorgeschlagene Steuer ablehnen; denn die Wirkung der Vanderolensteuer wird eine Schädigung des Mittelstandes und eine Förderung des amerikanischen Trusts sein.

Abg. Graf v. Brudzewo-Mielzynski (Pole): Die Proteste gegen die Steuer will die Regierung unmöglich machen; so ist in Polen einem Kaufmann befohlen worden, ein Plakat, das einen Protest gegen die Steuer enthielt, aus seinem Schaufenster zu entfernen! Die Ausführungen und Berechnungen des Abg. v. Elm über die unheilvollen Folgen der Steuer waren so klar, daß auch der Abg. Held sie nicht bestreiten sollte. Weiter empfiehlt der Redner im Falle der Annahme der Steuer ein von ihm gestelltes Amendement zu § 3, wonach die Packungen durch die Steuerzeichen, über deren Anbringung nach dem Kommissionsantrag der Bundesrat Bestimmungen zu treffen hat, verwendungsmöglich bleiben sollen, widrigenfalls eine entsprechende Entschädigung zu gewähren sei.

Abg. Dr. Potthoff (fr. Sp.): Das große Schweigen rechts und im Zentrum beweist, daß die Vorlage hier ohne weiteres angenommen werden soll. Nichtsdestoweniger haben wir die Pflicht, unseren ablehnenden Standpunkt vor der Öffentlichkeit zu begründen: Nachdem die Tabaksteuer abgelehnt ist, müßte auch die Zigarettensteuer abgelehnt werden; denn alles, was gegen die Zigarettensteuer vorgebracht wurde, trifft auch, wenn auch nicht in ganz demselben Maße, gegen die Zigarettensteuer zu. Auch § 8 des Klottengesetzes steht mit dieser Besteuerung eines Konsumartikels im Widerspruch. Die Kontrollmaßregeln zeugen von engherzigem, bürokratischem Geist.

Direktor im Reichsfinanzamt Kühn: Gegen den Antrag des Abgeordneten v. Brudzewo-Mielzynski haben wir nichts einzuwenden. Der Antrag ist aber überflüssig. Wir wollen ein einfaches Steuerband herstellen, das sich leicht an den Schachteln anbringen läßt.

Abg. Mollenhuth (Soz.):

Die Vanderolensteuer beruht die Interessen der Arbeiter so schwer, wie kaum jemals irgend ein Sondergesetz. Sie treibt zahllose Mädchen der Prostitution in die Arme. Wenn Sie im Wahlkampf nach einer Entschädigung für diese antisozialen Steuererträge, für diese Förderung der Unsitlichkeit suchen werden, so sollen Sie sich nicht mit Ihrer Unwissenheit betrauen lassen, sich nicht darauf berufen können, daß wir Ihnen die Folgen Ihrer Gesetzgebung nicht mit aller Klarheit vor Augen geführt hätten. (Wiesaches Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Dieses Gesetz ist eine ganz neuartige Erscheinung in der deutschen Gesetzgebung. Es wird beraten, ohne daß eine erste Lesung vorgenommen wird, es ist das erste deutsche Gesetz, zu dem

keinerlei Motive

vorliegen. Wir haben uns alle erdenkliche Mühe gegeben, etwas über die Gründe zu erfahren, die Sie zur Annahme dieser Steuer veranlaßt haben. Wir haben sogar den ersten Bericht des Berichterstatters zurückgewiesen. (Lebhafte Hört, hört! links.) Wir haben jetzt zwar einen

# Die Revolution in Rußland.

Das neue Ministerium.

Petersburg, 4. Mai. (Von einem besonderen Korrespondenten.) Es bestätigt sich, daß Wittes Demission angenommen ist. Als Mitglieder des Kabinetts Goremykin werden außer den früher gemeldeten noch Stischinski für Landwirtschaft und der ehemalige Minister des Innern Graf Ignatiow als Oberprokurator des Heiligsten Synods genannt.

Petersburg, 4. Mai. Zu der gestern in dem Blatte „Nietich“ erschienenen Meldung über die Zusammenfügung des neuen Kabinetts bemerkt „Nowoje Wremja“, daß außer den bereits von „Nietich“ als in Aussicht genommen bezeichneten, dem Gouverneur von Saratow Stoljgin und dem Professor Schtscheglow, noch folgende Personen für die Ministerposten auszuwählen seien: der frühere Direktor der Expedition der Aufarbeitung der Staatspapiere Fürst Solizyn für das Unterrichtsministerium, Kolozew für Finanzen, Iswolski für das auswärtige, Kuchlow für Handel, Schwanebach für Reichsfinanzkontrolle. Die Minister für Krieg, Verkehr, Marine und noch einer anderen Person auch der Minister des auswärtigen bleiben, wie behauptet wird, auf ihren Posten.

Die „Russische Korresp.“ meldet:

Es werden ernannt: Goremykin zum Premierminister, der Saratower Gouverneur Stoljgin zum Minister des Innern, Justizministergehilfe Tscheglow zum Justizminister, Goremykin ist Blutsfreund Wittes, reaktionärer Charakter, ebenfalls Stoljgin, bekannt durch grausame Bekämpfung der Bauernbewegung und Revolutionäre. Er war einmal Gegenstand eines Mordattentats. Tscheglow ist ein angesehener Jurist, er war früher liberal, zuletzt einer der reaktionärsten Mitarbeiter Wittes und Durnow, bekannt als Schleppenträger der Kirche.

Konferenzen der bäuerlichen Abgeordneten.

Petersburg, 4. Mai. (B. S.) Die hier in großer Anzahl eingetroffenen bäuerlichen Mitglieder der Reichsduma halten seit zwei Tagen wichtige Beratungen ab, bei welchen der äußerst radikal gefinnte bäuerliche Abgeordnete Dnipro den Vorschlag.

Ausstand in Riga.

Riga, 3. Mai. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) 33 große Werke mit mehr als 18000 Arbeitern sind im Ausstand. Die Straßen werden von Patrouillen durchstreift.

Gefangenenerlassung in den Ostseeprovinzen.

Man schreibt uns aus Mitau:

Wie ich aus guter Quelle erfahre, hat der stellvertretende Generalgouverneur von Kurland, Repenin, den geheimen Befehl erhalten, Vorbereitungen zur Befreiung von 85 Proz. politischer Gefangenen am Tage der Eröffnung der Reichsduma (10. Mai) zu treffen. Die Zeitungsberichte über eine bevorstehende allgemeine Amnestie scheinen also verfrüht zu sein.

Die Gaponkomödie.

Petersburg, 4. Mai. (B. S.) Die Geliebte Gapons machte einem Reporter die Mitteilung, daß sie nunmehr genaue Beweise dafür habe, daß Gapon noch am Leben sei. Derselbe befindet sich in Finnland und agitiere dort in revolutionären (?) Sinne.

## Parlamentarisches.

Vierte Sitzung der Diätenkommission.

Die Kommission beendete gestern die erste Lesung über den Diätengesetzentwurf und über Änderung der Verfassung. Ohne Debatte wurde § 3 angenommen, der die Entschädigung für die Fälle regelt, wenn ein Mandat, während der Reichstag tagt, erlischt oder niedergelegt wird, oder der Reichstag während der Tagung aufgelöst wird.

§ 5 erhielt gegenüber der Regierungsvorlage eine präzisere Fassung. Bestimmt wurde, daß der Bezug von Diäten in den Landtagen den mit Doppelmandaten belasteten Reichstagsabgeordneten von deren „fälligen Entschädigungsraten“ in Abzug zu bringen ist. Desgleichen dürfen diese Abgeordneten für die Dauer der Gültigkeit der Eisenbahnfahrkarte in den Landtagen Fahrkosten auf der Eisenbahn nicht liquidieren.

§ 6 und 7 werden einstimmig angenommen. Ein Abänderungsantrag Semler: „Der Anspruch auf Aufwandsentschädigung ist unübertragbar; eine entgegenstehende Vereinbarung ist nichtig“, wurde mit 17 gegen 4 Stimmen abgelehnt.

§ 8 wurde, nachdem ein Antrag, der die Entschädigung für die jetzige Session von 2500 auf 2100 R. reduzieren wollte, zurückgezogen war, mit 19 gegen 2 Stimmen angenommen.

§ 9, der das Gesetz mit dem Tage der Verkündigung in Kraft treten lassen will, fand einstimmige Annahme.

Folgende Resolution, die von Mitgliedern aller Parteien unterzeichnet ist, wurde bis zur Erledigung der zweiten Lesung zurückgestellt:

„Der Reichstag wolle beschließen: Die Geschäftsordnungs-Kommission zu beauftragen, zu erwägen, ob die Bestimmungen über den Zeitpunkt der Einbringung von namentlichen Abstimmungen abzuändern sind und ob die Sonnabends- und Montagsitzungen in der Regel ausfallen können. Die hierdurch erforderlichen Abänderungsanträge sind tunlichst noch in dieser Tagung dem Plenum vorzulegen.“

Damit war die Diätenvorlage erledigt.

Bei der Debatte über den Entwurf betreffend die Abänderung der §§ 28 und 32 der Verfassung war die Mehrheit der Kommission der Ansicht, daß nach der durch die Kommissionsbeschlüsse abgeänderten Diätenvorlage eine Änderung des § 28 der Verfassung überflüssig sei. Die beantragte Herabsetzung der Beschlußfähigkeit wurde deshalb mit 5 gegen 16 Stimmen abgelehnt. Es verbleibt somit bei den seitherigen Bestimmungen über die Beschlußfähigkeit des Reichstages.

Die als Folge des Diätengesetzes sich ergebende redaktionelle Änderung des § 32 wurde mit 19 gegen 2 Stimmen beschlossen. Bestätigt wurde noch, von einem schriftlichen Bericht abzugehen.

Nächste Sitzung Dienstag, den 8. Mai — 2. Lesung.

Automobilgesetzkommission.

Die Reichstagskommission zur Vorbereitung des Automobilgesetzes begann gestern ihre Beratung. Beschlossen wurde, eine Generaldebatte und zwei Lesungen vorzunehmen. In der Kommission, der von sozialdemokratischer Seite die Genossen Herbert, Stadthagen und v. Wolmar angehören, wurden besonders die im Gesetz vorgesehenen Ausnahmen (Ausfluß des Schadenersatzanspruches für Reisende und Chauffeurs) sowie der Mangel einer Haftpflichtversicherung geltend gemacht. Der Staatssekretär der Justiz betonte, die Regierungen sähen das Gesetz nur als einen ersten Schritt an. Erwägungen über eine Haftpflichtversicherung seien angestellt. Ein Kommissar des Reichsamts des Innern erläuterte dies des näheren dahin, daß die Erwägungen, ob und in welcher Weise eine Haftpflichtversicherung vorzuschlagen sei, bislang nur zu dem Beschluß geführt habe, eine detaillierte Statistik einzuleiten, deren Ergebnis erst nach einigen Jahren zu erwarten sei. Danach dürfte die Hauptfrage für die Regelung des Automobilschadenersatzes, Statuierung eines leistungsfähigen Verpflichteten, wohl noch so lange auf sich warten lassen, bis einige Prinzipien, Geheimräte und Großgrundbesitzer von Automobilien umgesehen und die Verantwortlichkeit der Beurteilung eines nicht zahlungsfähigen Verpflichteten kennen gelernt haben werden. Die am Donnerstag vom Bundesrat beschlossenen Grundzüge für eine

umfangreicheren Bericht bekommen, aber von Notizen zum Nutzen dieser Vorlage steht nichts darin. (Sehr wahr! bei den Soz.) Alles, was an Argumenten für diese Vorlage vorgebracht worden ist, reduziert sich auf zwei: einmal wird gesagt: das Reich braucht Geld! Das ist kein Argument für die Zigarettensteuer, sondern ein leider veraltetes gegen die Notentlohnung. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es wird weiter gesagt: Die Zigarette ist kein Nahrungsmittel. Das stimmt ebenfalls. Aber es gibt noch eine ganze Menge anderer Dinge, von denen man sich auch nicht nähren kann und die deshalb doch keiner Sondersteuer unterliegen. Ueberhaupt werden bei uns manche Gegenstände versteuert, weil sie Nahrungsmittel, andere weil sie keine Nahrungsmittel sind! (Seiterkeit links.) Für die Freunde dieser Vorlage, deren Motive sich auf keine Weise ausfindig machen lassen, gilt also auch das Dichterswort: Geheimnisvoll am lichten Tag.

Nicht sich Natur des Schleiers nicht berauben, Und was sie Deinem Geist nicht offenbaren mag. Das zwingt Du ihr nicht ab mit Hebeln und mit Schrauben.“ (Große Heiterkeit.) Der Abg. Held hat sich feierlichst dagegen verwahrt, Vater dieses Gelegenheitsworts zu sein. Ich habe mir gleich gedacht, daß dieses Kind von armen Eltern ausgeht sein muß und daß der Abg. Held nur sein Adoptivvater ist, der von den Flecken und Mängeln seiner Herkunft nichts weiß. (Große Heiterkeit links.) Der Abg. Held hat sich darauf berufen, daß die Interessenten selbst nicht gegen das Gesetz sind. Ich wünschte, daß eine Abstimmung unter den Zigarettenmachern veranstaltet würde. Die paar, die dafür stimmen würden, haben gar keine Ahnung, wie schädigend das Gesetz wirken wird; es ist ein Strich nicht nur für die Zigarettenfabrikation, sondern für die gesamte Arbeiterklasse.

Der Staatssekretär sagt: die Zigarillos sollen nach dem Gesetz nicht besteuert werden, aber in letzter Instanz entscheidet hierüber nicht der Staatssekretär, sondern das Reichsgericht! Das Reichsgericht entscheidet darüber, ob dieser oder jener, der wegen Steuerdefraudation angeklagt ist, sich gegen das Zigarettensteuergesetz vergangen hat. Wie aber das Reichsgericht definieren wird, was eine Zigarette ist, vermag heute noch kein Sterblicher zu sagen, und wenn das Reichsgericht eine Definition der Zigarette gegeben hat, so zweifle ich auch noch, ob man dann wissen wird, was eine Zigarette ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das Reichsgericht hat eine Definition einer Eisenbahn gegeben, über die jeder Eisenbahner gerabezu erstaunt ist. Der Herr Staatssekretär kam und doch nicht die Sicherheit geben, daß die Staatsanwaltschaft ebenfalls die Zigarillos für eine Zigarette halten werden. Es ist daher dringend notwendig, daß in dem Gesetz selbst eine Definition des Begriffs „Zigarette“ gegeben wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Im Gesetz steht nichts darüber, Motive gibt es nicht! Die Herren haben in diesem Gesetz etwas beantragt, ohne zu wissen, was sie beantragt haben. Es heißt im § 2 Abs. 4: „Der Bundesrat ist ermächtigt, Tabakzeugnisse von der Art und Form der Zigarette, bei denen das Papierabblatt fehlt oder durch eine andere Decke ersetzt ist, der gleichen Steuer zu unterwerfen.“ Damit ist die Tür geöffnet, durch welche die Steuer auch auf Zigarren übertragen werden kann. Schon heute ist die Grenze zwischen Zigarette und Zigarette vielfach sehr schwer zu ziehen; wie viel mehr wird sie sich noch verwickeln, wenn der eine Teil mit einer hohen Steuer belastet, der andere steuerfrei ist! Ich behaupte: noch kein Gesetz ist für die Tabakindustrie so verderblich gewesen wie diese aus dem Handgelenk gemachte Vorlage. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ebensonstige wie der Begriff der Zigarette steht der des feingehackten Tabaks fest. Steuerpflichtig soll ein höchstens drei Millimeter breit geschnittener Tabak sein. Es ist aber sehr wohl möglich, daß als Feinstabak etwas über drei Millimeter breit geschnittener Tabak später beim Händler eintrodnet und so von einem steuerfreien zu einem steuerpflichtigen wird! Genau kann der Schnitt überhaupt nur in den mechanischen Schnittmaschinen der großen Fabriken gemacht werden. Bedenken muß auch die ungeheure Kompliziertheit des vorgeschlagenen Steuerregimes erregen. In Amerika, wo man ein ähnliches System hat, hat man sechs bis sieben verschiedene Steuerrollen. Sollte dagegen die Kommissionsfassung angenommen werden, so müssen bei uns

20 verschiedene Steuerrollen

gedruckt werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn der Abg. Held sagt, er fürchte sich nicht vor dem American Trust, da wir ihn so wie so schon in Deutschland hätten, so ist demgegenüber schon darauf aufmerksam gemacht worden, daß gerade die Vertreter des Trusts sich für das Steuerregime ausgesprochen haben! — In der Begründung der Vorlage finden sich Sätze, aus denen hervorgeht, daß die Regierung dabei nur an die Fabrikation im großen gedacht hat! Das Großkapital wird vielleicht in der Lage sein, dem Händler trotz der Steuer die Zigaretten zum alten Preise zu liefern unter der Bedingung, daß der Händler seine gesamten Zigaretten nur von ihm bezieht. Dadurch wird die Kleinindustrie schwer geschädigt. Wenn der Abg. Held glaubt, solche Abmachungen können nach dem Gesetze vom unläuteren Wettbewerb bestraft werden, so glaube ich nicht daran. Als Grund für das Steuerregime wird angeführt, daß man innerhalb dieses Systems die Steuer nach dem Werte absteuern kann. Nun kann man ja sagen, der Raucher teurerer Zigaretten könnte ganz auf eine höhere Steuer tragen. Wie sind denn nun aber die sozialpolitischen Wirkungen einer solchen Staffelung? Die Wertsteuer bedeutet einen Zuschlag zu den Arbeitskosten. Gelingt es den Fabrikanten, durch Lohnrückerei die Arbeitskosten zu verringern, so kann er die Zigaretten billiger verkaufen, braucht also weniger Steuern zu zahlen. Die Wertsteuer bedeutet also eine Staatsprämie auf Lohnrückerei. Das war auch der Grund, warum die Wertsteuer in Amerika sofort wieder abgeschafft wurde. Am 1. August 1896 trat eine solche Steuer in Kraft, und am 1. März 1897 wurde sie schon wieder beseitigt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Sie aber wollen eine Vorlage annehmen, die eine Staatsprämie für Lohnrückerei darstellt. (Verfall bei den Sozialdemokraten.) Und dafür will auch das Zentrum stimmen? Und wird womöglich noch den Arbeitern sagen, die Vorlage sei ein Ergebnis des sozialen Gedankens!

In der Kommission wurde gesagt: wenn die Fabrikanten den Lohn drücken können, tun sie es sowieso. Dem stimme ich vollkommen zu. Aber wie war es denn 1879, als damals die Steuererhöhung auf Tabak kam, möglich, die Löhne der Tabakarbeiter so erheblich herabzusetzen, daß die ganze Steuer auf sie abgewälzt wurde? Die Sache ist sehr einfach: Vorher, bevor die Steuererhöhung in Kraft trat, hatten sich alle Interessenten reichlich mit Zigarren versorgt, sodas mit Eintritt der neuen Zölle eine Arbeitslosigkeit eintrat, und diese Arbeitslosigkeit wurde benutzt, um die Löhne stark herabzubringen. Die Fabrikanten hatten ihre Vorrechte damals aus Genuß bezogen, wo die Löhne niedriger waren als in Norddeutschland, und sie benutzten die eintretende Störung der Fabrikation, die Löhne auch hier erheblich zu drücken. Heute sind die Zigarettenarbeiter, die früher zu den bestbezahlten Arbeitern gehörten, so gestürzt, daß sie um 400 M. niedriger entlohnt sind, als viele andere Gruppen. Genau dasselbe wird eintreten, wenn jetzt das Gesetz in Kraft tritt. Die meisten Zigarettenfabriken werden ihren Bedarf vorher beden, es wird dann eine kurze Zeit eintreten und es ist doch selbstverständlich, daß man in einer solchen Zeit die Löhne drücken kann. In der Kommission ist gesagt worden: „Sollten aber doch wider Erwarten einige Entlassungen von Arbeiterinnen stattfinden, so ist das kein Unglück. Die jungen Mädchen würden im Haushalt, wo an geeigneten Hausmädchen direkt Mangel ist, freudig Aufnahme finden.“ Nun — stellen Sie sich bitte die Folgen vor, die wirklich eintreten würden, wenn in einer Stadt wie Dresden tausend Zigarettenarbeiterinnen brotlos würden. Zunächst würden alle diejenigen, die ihre Arbeit behalten wollten, billiger arbeiten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Dann würden die Fabrikanten eine ganze Reihe von Zigaretten, die sie ebenso billig jetzt verkaufen wollen, entweder durch Maschinenarbeit oder durch Heimarbeit herstellen lassen. Und drittens würde es aller Wahrscheinlichkeit nach der Zigarettenindustrie so gehen, wie 1879 der Zigarettenindustrie, daß sie aus den Großstädten aus-

wandert. Aber die Unternehmer werden dann die Arbeiter ebenso wenig mit sich nehmen, wie das die Hamburger Zigarettenfabrikanten getan haben, als sie nach Westfalen auswanderten. Sie werden neue Arbeiter und Arbeiterinnen anlernen und, statt der Landwirtschaft Arbeiter zuzuführen, werden sie sie ihr entziehen. (Wielcheses Sehr richtig! links.) Die Zigarettenarbeiterinnen aber werden arbeitslos in den Städten zurückbleiben, wie damals die Zigarettenarbeiter in Hamburg und Bremen. Als Hausmädchen zu gehen, dazu werden die meisten schon deshalb unfähig sein, weil sie als Kinder in die Fabriken gekommen sind. Sie können nichts anderes als Zigaretten arbeiten! In dem Augenblick, wo man ihnen die Gelegenheit raubt, Zigaretten zu machen, raubt man ihnen das ganze Leben und jede Existenzmöglichkeit. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Darum wird für viele kein anderer Weg übrig bleiben als die Prostitution. Die Not ist der erfolgreichste Kuppeler. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wer Tausende von Menschen der Not preisgibt, der — er mag es zugeben oder nicht — leistet dem Kuppeler Handlangerdienste. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie (zum Zentrum) wieder einmal mit einer Leg. Heine gegen die Unfähigkeit einzuweichen wollen, werden wir Ihnen zeigen, was Sie hier geleistet haben. Ich würde, wenn der Entwurf angenommen wird, den Antrag stellen, daß nach Inkrafttreten des Gesetzes die Sittenpolizei in München, Hannover und Dresden einmal feststellt, wie viel von den hier zum erstenmal vorgeschlagenen Mädchen früher in der Zigarettenindustrie gearbeitet haben. (Wielcheses sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie das täten, würden Sie selbst erklären über die Wirkung Ihrer Gesetzgebung. Wie denken denn darüber die christlichen Arbeiter? Man sagt, die Zigarettenmacher freuten sich über die Mehrbelastung der Zigarette. Aber wenn die Zigarettenarbeiterinnen die Möglichkeit, haben einen neuen Beruf zu ergreifen, so ist es der: Wickelmacherinnen in der Zigarettenindustrie zu werden. So läßt man den schlecht gelohnten Tabakarbeiter also auch noch diese billige Konkurrenz auf den Hals. (Wielcheses Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Aber selbst wenn das nicht wäre, sehe ich auch bei den christlichen Arbeitern so viel kameradschaftliches Gefühl voraus, daß sie nicht wollen, daß ein Reichsgesetz Bekommen auf Lohnabzüge gibt und Tausende von Arbeiterinnen der Prostitution in die Arme treibt. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Sobald die Vandalensteuer Gesetz geworden ist, werden die Zigarettenfabrikanten ihr Produkt den Erzeugnissen der Zigarettenindustrie anpassen. Dann wird man die Vandalensteuer noch weiter ausdehnen müssen. Dann wird sie ein gewisses Hindernis sein, an irgend eine Aufbesserung der Löhne überhaupt zu denken. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Denn für jede Zigarette wird der Preis so gestellt werden, daß sie eben gerade noch mit der 6 M.-Steuer durchgeht. Dann können sich die Arbeiter auf den Kopf stellen, um 50 Pf. Lohn mehr zu erhalten! Sobald der Fabrikant es ihnen bewilligt, müßte er zugleich bei dem Steuererheber 4 M. mehr Steuer zahlen, und das wird er unter keinen Umständen tun wollen und tun können. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die miserablen Löhne, die jetzt in den schlechten Zeiten herausgeschunden werden, werden also dauernd die Normalhöhe für die Zigarettenindustrie und die Zigarettenarbeiterinnen bleiben! Deshalb sage ich, daß ein so arbeiterfeindliches, so antisoziales Gesetz wie dieses kaum jemals den Reichstag beschäftigt hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sie sagen nicht, daß Sie eine ungeheuerliche Sündigkeit der Arbeiter vornehmen wollen. Aber Sie wollen es tun, weil jedes Jahr Vandalensteuer die Kosten für ein Drittel Panzergeschiff aufbringt. Daß deswegen Zehntausende von Arbeitern der Not und dem Elend preisgegeben werden, mag mit Ihrer ganzen politischen Anschauung übereinstimmen, aber schon das wenige, was ich angeführt habe, wird Ihnen zeigen, daß das in den Arbeiterkreisen die heftigste Opposition erwecken muß. Sie bekämpfen dieses ganze System der Arbeiterausbeutung und Kulturfeindlichkeit, und weil wir dieses ganze System bekämpfen, bekämpfen wir dieses Gesetz in allen seinen Teilen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schmalfeld (Soz.):

Die gründliche Arbeit der Kommission soll unter anderem daraus hervorgehen, daß nach § 2 Abs. 2 der schwarze, krause, das ist der Kautabak freigelassen sein soll. Diese Befreiung des Kautabaks von der Vandalensteuer soll mit Rücksicht auf die Hafenstädte erfolgt sein. Dieser Zweck ist aber nicht erreicht; der Verkauf vollzieht sich in kleinen Quantitäten; 30 Gramm für 10 Pf., er fällt also wegen der 3 M.-Grenze fürs Alto unter die Vandalen! Die 3 M.-Grenze ist also jedenfalls zu niedrig. Andererseits würde dieser schwarze Krause als Kautabak völlig ausbleiben, da er nicht verpackt werden kann. Seine Eigenart bedingt, daß er in feuchtem Zustand aufbewahrt werden muß, und zwar wird er in porösen Steinkübeln aufbewahrt; denn er verliert seinen Wert, sobald er trocknet. — Dasselbe trifft für den Rauchhag für kurze Pfeifen zu. Auch dort ist die Maximalgrenze von 3 M. zu niedrig. Der Referent sagte, eine große Mannheimer Firma habe erklärt, unter 3 M. habe sie nur 3 Proz. des gesamten Umsatzes verkauft, das ist erklärlich, da in Süddeutschland das Rauchen teurer Shag-Tabake und überhaupt die kurze Shag-Pfeife nicht üblich ist. In den Hafenstädten liegt die Sache anders, dort hat der Arbeiter sich an einen guten Rauchhag gewöhnt: „Moosrose“ hat einen Verkaufspreis von 3,50 M., „Goldrose“ von 3,70 M. pro Kilo. Auch diese Tabake haben also hohe Preise einen höheren Wert als in Baden. Eine kleine Fabrik hat über 8 Proz. ihres Umsatzes in diesen besseren Tabaken gehabt. Wenn diese Tabake im allgemeinen auch nicht zu Zigaretten verarbeitet werden, weil sie dafür zu bitter sind, so ist damit doch nicht gesagt, daß nicht hin und wieder sich jemand Zigaretten daraus macht. Nachzuweisen, daß dies nicht geschieht, wie es § 2 Absatz 2 verlangt, damit die Steuer fortfällt, das ist einfach unmöglich.

Redner geht auf die sozialen Wirkungen des Gesetzes über: Die Folgen dieses Gesetzes werden dieselben sein wie 1879: Die Arbeiter, welche die Zigaretten nach dem Gefühl gemacht hatten, wurden den ärgsten Schikanen ausgesetzt. Ich mußte selbst als Werkmeister zweimal an Tage mit der Waagschale herumgehen; alles Grus und die Stengel wurden — im Gegenfall zu früher — genau abgemessen werden, ja, es wurde scharf kontrolliert, ob nicht eine einzige Zigarette von den Arbeitern zu viel geraucht wäre! (Hört! hört! bei den Soz.) Eine große Anzahl der Arbeiter mußten infolge der damaligen Steuererhöhung ihr Vaterland verlassen. Alle diese Folgen werden sich auch bei diesem Gesetze einstellen. Alle Leute, die sich mit einem kleinen Laden eine jämmerliche Existenz gegründet haben, denken jetzt mit Schrecken an die Zeit, wo ihnen auch diese jämmerliche Existenz genommen wird. Aus Bremen ist mit eine von 4000 Personen unterschriebene Petition zugegangen. Das ist kein „Entrüstungsrummel“, wie man es bei der Viehsteuer genannt hat, nein, diese Leute wehren sich mit aller Kraft, weil sie Hunger und Elend für die Zukunft vor Augen sehen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Leute, die schwer gekämpft haben, wird durch die Steuer das Lebenslicht ausgeblasen.

Reine politischen Freunde werden mit allen Kräften dahin zu wirken suchen, die Steuer wenn irgend möglich zu Falle zu bringen. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß wir wenigstens nicht mitschuldig werden wollen, wenn Tausende von Arbeitern ihr Brot verlieren. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Hiermit schließt die Debatte. In einer persönlichen Bemerkung bestrittet

Abg. Held (nat.), gesagt zu haben, es sei ihm egal, ob der Mittelstand zugrunde gehe.

Präsident Graf Ballestrem teilt mit, daß gemäß einer Ueber-einkunft mit dem Abg. Singer die namentliche Abstimmung über den § 2 ausgelegt werde, und schlägt als Termin für diese Abstimmung den Beginn der nächsten Dienstsitzung vor.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Sonn- und Montag, 11. Uhr. Nachher: Stempelsteuervorlage.

Schluß 6 1/2 Uhr.

einheitliche Regelung der Polizeivorschriften über Automobilverkehr sollen den Kommissionsmitgliedern demnächst zugänglich gemacht werden. Nächste Sitzung: Donnerstag.

Die Kommission für Maße und Gewichte setzte die Beratung fort. §§ 17, 18, 19 wurden einstimmig angenommen. Bei § 20 stellt Engelen die Anfrage, wer bei Vereinen strafbar ist. Stolle fragt an, ob auch diejenigen bestraft werden, die aus Unkenntnis ein falsches Maßgerät benutzen.

Der Regierungsvertreter erklärt, es müsse auch hier von den allgemeinen Grundsätzen ausgegangen werden; im übrigen wird auf die Motive zu § 20 verwiesen, wo dem Täter Vorsatz oder Fahrlässigkeit nachgewiesen werden muß.

Stolle führt aus, das Gesetz habe eine große Lücke, da die in der Landwirtschaft gebrauchten Meßgeräte nicht der Eichpflicht unterliegen, sobald nur „Gelegenheitsläufe“ stattfinden. Gelegenheitsverkäufer sei aber auch z. B. ein Bauer, der seine ganze Kartoffelernte nach Ailo oder nach Litern verlaufe; hier müsse unbedingt Wandel geschaffen und das Publikum vor Betrug geschützt werden. Der Regierungsvertreter erwidert, daß es gerade ein Vorteil dieses Gesetzes sei, daß die Landwirtschaft mit unter das Gesetz falle.

Wärwinkel führt aus: Wenn der Bauer einen Sack Kartoffeln auf den Markt bringe und der Händler kaufe ihn, so werde der Händler die Ware schon nachwiegen und dem Bauer eventuell Abzüge machen. Daher habe der Bauer nicht nötig, vorschriftsmäßige Gewichte zu halten!

Stolle, Zubeil, Birk wenden sich gegen die Ausführungen sowohl der Regierungsvertreter als auch der „Freunde“ der Landwirtschaft a la Wärwinkel. Sie führen aus: Es solle der Landwirtschaft wieder eine Extrawurst gebraten werden. Jeder, der verkaufe, solle auch verpflichtet sein, richtige Maße und Gewichte zu halten.

Der Antrag Stolle: Die Kommission wolle beschließen: „Im § 20 hinter den Worten „eines Gewerbes“ einzuschalten: „oder eines landwirtschaftlichen Betriebes“, wird mit 5 gegen 8 Stimmen abgelehnt und der § 20 der Regierungsvorlage angenommen, ebenso die §§ 21, 22, 23.

Damit ist die erste Lesung beendet. Von Zubeil wurde noch die Frage angerechnet, ob nicht auch die Schankgefäße einer Revision unterworfen werden sollen; heute würden die Schankwirte bestraft, in deren Schankbetriebe sich Gefäße befinden, bei denen der Eichstrich nicht vorschriftsmäßig angebracht ist; nicht nur in Strafe werden sie genommen, sondern ihr Eigentum wird auch konfisziert! Die Frage wird das Plenum des Reichstages beschäftigen. Zweite Lesung des Gesetzentwurfes Dienstag, den 15. Mai.

Der Antrag Schiffer auf Abänderung der Verfassung, der den Zweck hat, die Verfassungsfrage bei der Schlichtungsstelle aufzuheben, wurde im Einverständnis mit den Vertretern aller Parteien und auch der Regierung gegen die Stimme des polnischen Mitgliedes der Kommission in der heute vor der Plenarsitzung abgehaltenen Sitzung der Kommission mit einer kleinen redaktionellen Änderung angenommen.

### Soziales.

#### Sum Gefindevermittler-Anwesen.

Die berechtigten Klagen über Ausbeutung der Gefinde- und anderer Vermittler sind zahllos. Die zur Eindämmung dieser Ausbeutung durch private Stellenvermittlung erlassene Ministerialvorschrift ist, wie wir wiederholt dargelegt haben, durchaus nicht ausreichend. Gegen Umgehungen selbst dieser minimalen Vorschriften hat eine Entscheidung des Kammergerichts am Donnerstag einen Niegel vorgegeben.

Nach § 18 der ministeriellen Vorschriften über den Gewerbebetrieb der Stellen- und Gefindevermittler, die auf Grund des § 88 der Gewerbe-Ordnung erlassen sind, dürfen diese Vermittler Gebühren oder sonstige Vergütungen, mit Ausnahme barer Aus-

lagen, nur nach Erledigung des Auftrages erheben. Insbesondere ist die Erhebung eines Einschreibegeldes verboten. Gegen diese Vorschriften sollte sich der Stellensuchende Niemand dadurch vergangen haben, daß er sich von einem Stellensuchenden als „Sicherheit“ 10 M. vor Erledigung des Auftrages geben ließ. Das Landgericht Halle sprach ihn frei, weil eine Sicherheit weder ein Gebührenvorbehalt noch eine Vergütung sei. Das Kammergericht hob indessen das Urteil auf, verurteilte im Einverständnis mit dem Vertreter der Oberstaatsanwaltschaft den Angeklagten zu der niedrigsten Geldstrafe und führte aus, daß nach der ganzen Tendenz der Bestimmungen des Ministers, die die wirtschaftlich Schwachen, die Stellensuchenden schützen wollten, und nach ihrem Wortlaut anzunehmen sei, daß auch die „Vorsicherung“ von sogenannten „Sicherheiten“ ausgeschlossen werden sollte. Der Kernpunkt der Bestimmungen sei, daß der Vermittler vorleiste müsse. Auch bare Auslagen könne er erst erstattet verlangen, wenn sie gemacht seien, und zwar mit dem Willen des Stellensuchenden. Wollte man sagen: „Ja, Vorsatz ist verboten, die Forderung einer Sicherheit aber nicht“, so würden die Bestimmungen damit tatsächlich durchlöcher. Eine Sicherheit werde gegeben, damit kein Schaden entstehe; bei Erledigung des Auftrages sei sie zur Anrechnung auf die Gebühren bestimmt. Es sei darum anzunehmen, daß eine „Sicherheit“ unter den § 18 der ministeriellen Vorschriften falle. Es könne gleich auf die niedrigste Strafe erkannt werden, da Angeklagter nur aus Rechtsirrtum sich gegen die Vorschriften vergangen habe.

Eine eigenartige Urteilsbegründung wegen Uebertretung der Sonntagsruhe. Der schon dreimal wegen deraußer Vergehen verurteilte Wurstfabrikant Rudolf Dietrich zu Breslau hat in der Nacht vom 9. zum 10. Dezember vorigen Jahres (einem Sonntag) seine Verkäuferinnen nach 10 Uhr abends im Laden arbeiten lassen, und bis nach 12 Uhr 20 Minuten ist von einer Kommission des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter beobachtet worden, daß Aufräumungsarbeiten vorgenommen wurden.

In der Verhandlung vor dem Breslauer Schöffengericht erklärten zwei als Zeugen geladene Verkäuferinnen, daß sie sich nach 12 Uhr aus dem Schaufenster Wurstwaren nur für sich zum Essen herausgenommen hätten. Das Gericht schenkte diesen Angaben Glauben, trotzdem ein anderer Zeuge auf das bestimmteste erklärte, Aufräumungsarbeiten nach 12 Uhr beobachtet zu haben. Der Staatsanwalt beantragte eine Geldstrafe von 120 M. Der Angeklagte wurde wegen Uebertretung der Sonntagsruhe freigesprochen, wegen der weiteren Uebertretung zu 50 M. Geldstrafe oder 10 Tagen Haft verurteilt. Als strafmildernd wurde angesehen, daß der vielfach wegen ähnlicher Delikte verurteilte Angeklagte immer „geständig“ gewesen sei. — Daß das Gericht die wiederholte Geständigkeit des oftmals verurteilten Angeklagten als strafmildernd ansieht, ist jedenfalls sehr interessant. Wir wünschen, daß die Gerichte bei Aburteilung sozialdemokratischer Preßlender ebenso milden Auffassungen huldigten.

### Gerichts-Zeitung.

#### Motorwagen und Husaren.

Eine in Unordnung geratene Husaren-Schwadron bildete die Grundlage zu einem Strafverfahren gegen den Straßenbahnfahrer A., der sich in der Berufungsinstante vor der 14. Strafkammer des Landgerichts II zu verantworten hatte. A., der auf dem Straßenbahnhof in Tempelhof angestellt ist, fuhr am 1. September vorigen Jahres auf der Linie Tempelhof-Großlichterfelde, als der von ihm geführte Motorwagen eine in der Richtung nach Tempelhof reisende Schwadron des Leib-Husaren-Regiments einholte. Etwa hundert Reiter vor Schluß des Militärzuges stellte A. seinen Wagen stromlos und fuhr nun in bedeutend erweiterter Geschwindigkeit an der Militärkolonne vorbei. Einige

Pferde wurden aber beim Herannahen des Straßenbahnwagens unruhig, so daß, wie der führende Rittmeister, Fürst von Schönburg-Waldenburg, als Zeuge ausfragte, nach dem Vorbeifahren des Motorwagens infolge der allgemein gewordenen Unruhe die Schwadron in Unordnung geriet. Ein Pferd sprang sogar über das Straßenbahngleise hinweg in den Chauffeegraben, wobei der Reiter vom Pferde stürzte, aber unverletzt blieb. Gegen das freisprechende Urteil des Schöffengerichts II hatte die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt. Bei der Verhandlung vor der Strafkammer behaupteten die militärischen Zeugen, daß der Motorwagen mit der Geschwindigkeit eines scharf trabenden oder gar galoppierenden Pferdes an der Schwadron vorbeigefahren wäre und dadurch die Unruhe der Pferde verursacht habe. Der Angeklagte, sowie der als Zeuge vernommene, seinerzeit den Motorwagen begleitende Straßenbahnschaffner erklärten demgegenüber, daß die Geschwindigkeit des Motorwagens nur diejenige eines mäßigen Trabtempo war. Das Gericht schenkte den Straßenbahnbeamten Glauben unter Anerkennung der Tatsache, daß Laien über die Geschwindigkeit eines Kraftwagens sehr häufig falsche Empfindungen hätten. Es nahm an, daß den Straßenbahnfahrer keinerlei Verdachten treffe. Dieser mußte vermuten, daß Schwadronspferde nicht ohne weiteres beim Vorbeifahren eines Motorwagens scheuen, wenn es sich auch in diesem Falle um Pferde der Potsdamer Garnison handelte — in Potsdam verkehren nur Pferdeabschnitten —, da auch die Potsdamer Pferde bei Uebungsritten häufig an Motorwagen vorbei kämen. Außerdem sahen auf den Pferden geschulte und disziplinierte Reiter, von denen der Fahrer erwarten konnte, daß sie die Tiere genügend in der Gewalt hatten, um ein Scheuwerden derselben anlässlich der Vorbeifahrt eines Kraftwagens zu verhindern. Aus diesen Gründen war der Angeklagte freizusprechen.

#### Ein polizeilicher Sozialkandidat vor Gericht.

Ein kleiner Polizeistand beschäftigte dieser Tage das Schöffengericht Nürnberg, wobei zwei Polizeigewaltige erheblich unter die Räder kamen. Der Baumeister Karl Hoffmann hatte vor einiger Zeit dem Gemeindebevollmächtigten Hecht gesprächsweise Mitteilungen über einige Beamte gemacht, die für die letzteren sehr gravierend waren. Hecht teilte diese Angaben brieflich dem Vorsitzenden dem Gemeindefollegium mit, worauf eine geheime Disziplinaruntersuchung gegen die Beamten eingeleitet wurde. Das Ergebnis war, daß einige „ermahnende Worte“ an sie gerichtet wurden. Im Verlaufe dieser Untersuchung erfuhr die Beamten auch, wer der Angeber sei, und sie stellten gegen Hoffmann Beleidigungsklage. Der Rechtsanwalt Wolrab zog es vor, seine Klage zurückzugeben, der Polizeikommissar Gerner und der Polizeisekretär Schlumberger hielten sie aufrecht. Das bekam ihnen aber schlecht. Der Beklagte wurde unter Jubilation des Schuffes des § 193 freigesprochen, da er als Gemeindeglieder berechtigt gewesen sei, Mißstände aufzudecken, außerdem sei für einen großen Teil der Behauptungen der Sachheitsbeweis erbracht. Gerner habe tatsächlich hoch gespielt und sich an Grundstückspekulationen beteiligt, auch das Verweilen in Kaffee- und Weinhäusern während der Amtszeit sei erwiesen. Gerner ist ein eifriger Polizeimann, der sich mit besonderer Schärfe gegen die Sozialdemokratie benahm. Er hat schon öfters Versammlungen aufgelöst, gegen vertriebene in der Agitation tätige Genossen Strafprozesse anstrengen lassen, die Erklärung des jetzt aufgelösten Gewerkschaftsausschusses zum politischen Verein ist auf ihn zurückzuführen usw. Jetzt dürfte ihm in dieser Richtung das Handwerk gelegt sein.

#### Eingegangene Druckschriften.

Plutus. Kritische Wochenchrift für Volkswirtschaft und Finanzwesen (Herausgeber: Georg Bernhart). 18. Heft. (Abonnement einschließlich der Plutus-Verlagszeitung vierteljährlich 3.50 M., direkt vom Verlag 4 M. Verlag Berlin-Charlottenburg, Goethestr. 69.)  
Graf v. Odenbroock. „Deutschland“, Monatschrift für die gesamte Kultur. Heft 1. Bezugspreis vierteljährlich 6 M., Einzelheft 2.50 M. Verlag C. A. Schwelbke, Berlin W. 35.

### Neues Theater.

Anfang 7 1/2 Uhr.

#### Ein Sommernachtstraum.

Sonntag: Ein Sommernachtstraum.  
Montag: Ein Sommernachtstraum.

#### Kleines Theater.

Anfang 8 Uhr.

#### Tragödie der Liebe.

Sonntag nachm. 3 Uhr: Nachtsyl.  
Abends 8 Uhr: Der Unverschämte.  
Hilse Bobbe. Die Schlangensame.

#### Theater des Westens

(Station Zoolog. Garten), Konstr. 12.

Sonabend nachm. 3 Uhr keine Preise: Frauenkampf.  
Abends 8 Uhr: 1. Gastspiel Sibona  
Hilbert: Fedora.  
Sonntag nachmittags 3 Uhr, halbe  
Preise: Der Waffenschmied.  
Abends 8 Uhr: Schützenlied.  
Fritz Werner a. G. Volkstümliche Preise.  
Montag: Lehtes Gastspiel Sibona  
Hilbert: Fedora.  
Dienstag: 25. Vorstell. im Dienst-  
tag: Abonnement: Der Freischütz.  
Volkstümliche Preise. Anfang 8 Uhr.

#### Komische Oper.

Sonabend, 5. Mai, abends 8 Uhr:

#### Hoffmanns Erzählungen.

Sonntag nachm. 3 Uhr ermäßigte  
Preise: Hoffmanns Erzählungen.  
Abends 8 Uhr: Hoffmanns Erzäh-  
lungen.  
Montag: Hoffmanns Erzählungen.

#### Apollo-Theater.

Vollständig neues Programm:

Gastspiel der amerikanischen Burlesk-  
Compagnie W. B. Crabtree

#### Vorn und Hinten.

Burlesk-Pantomime in 3 Akten.  
Die neuen Spezialitäten. II. a.:

#### Rece and Privost.

Excent. Creation Humstl. - Bumstl.  
Die Wandergrotte.  
Vorher 6 Uhr:

#### Elfentücke, Märchenpiel.

#### W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Hill. Brunnstr. 16.

Große Extra-Vorstellung:

#### Die Stiefmutter.

Lebensbild in 3 Akten v. R. Benedy.  
Vorher: Die Theaterprinzessin.  
Anfang 8 Uhr. Quire 30 Pf. Voll.

### Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).

Sonabend, abends 8 Uhr:

#### Die Nacht der Finsternis.

Schauspiel in 5 Akten v. Leo R. Tolstoj.  
Deutsch von Raphael Löwenfeld.

Sonntag, nachm. 3 Uhr:

#### Die Nacht der Finsternis.

Sonntag, abends 8 Uhr:

#### Romeo und Julia.

Montag, abends 8 Uhr:

#### Weh' dem, der lügt.

Schiller-Theater N. (Friedr. W. Th.).

Sonabend, abends 8 Uhr:

#### Der Militärstaat.

Lustspiel in 4 Aufzügen von Gustav  
v. Noter und Edo v. Trautz.

Sonntag, nachm. 3 Uhr:

#### Zapfenstreich.

Sonntag, abends 8 Uhr:

#### Der Velleinfresser.

Montag, abends 8 Uhr:

#### Der Vogel im Käfig.

### Castans Panoptikum

Friedrichstraße 165.

#### Kinematografische Vorstellungen.

#### Charivari-Abende.

Volkstümliches Kabarett.

Abends 6 Uhr u. a.: Der urkomische Bendix.

### Landes-Ausstellungspark.

Neu erbaut: Festsäle, Café u. Konditorei, gedeckte  
Gartenhallen, Fontaine lumineuse.

Dejeuners von 2.50 Mark an bis 2 Uhr nachmittags.  
Diners von 3.50 Mark, Soupers von 4 Mark an.

Täglich: Doppel-Konzert.

### Schmöckwitz Gasthaus zur Palme

an der Zebbinsee.  
(Endstation der „Stern“-Dampfer)

#### Hermann Peter.

Telephon: Grünau No. 39.

Empfehle mein allebekanntes, herrlich am Wald und Wasser gelegenes  
Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen.  
Kaufmannschaft und Dampferfahrer, Regeldampfer, große Kaffee-  
Säle, Hallen, großer schattiger Garten, 2000 Personen fassend.

### Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander.

Heute zum 8. Male:

Morgen und folgende Tage Anf. 8 Uhr

#### Viebestunft.

Romödie in 3 Akten v. Leon Kozof  
und Michel Carré.

### Passage-Theater.

Anfang 6 Uhr.

#### Das neue

#### Mai-Programm

14 erstklassige Spezialitäten

### Carl Weiß-Theater.

Gr. Franzfurterstr. 132.

Abends 8 Uhr:

#### Sherlock Holmes' Abenteurer

oder: Die Jagd ums Leben.  
Englisches Sensations-Schauspiel mit  
Gesang und Tanz in acht Bildern  
von J. Fog.

Morgen: Derselbe Vorstellungs-  
Programm im Garten: Spezialitäten-  
Vorstellung. Anfang 4 Uhr.

### Bernhard Rose-Theater

Gesundbrunnen, Badstraße 58.

Morgen Sonntag, den 6. Mai 1906:

#### Die Ketterin in der Not.

Vollständ. in 3 Akten von Heiligen.  
Auftritt erstklassiger Spezialitäten  
Großes Gartenkonzert. Anfang 4 Uhr.  
Bei ungünstiger Witterung findet  
die Vorstellung im Saale statt.

### Urania

Tauben-  
str. 48/49.

Abends 8 Uhr zum letztenmal:

#### Prof. Dr. Emil Deckert:

#### San Francisco und seine Erbeben.

Invaliden-  
str. 57/62.

### Sternwarte

### ZOOLOGISCHER

### ZGARTEN

Täglich nachm. 4 Uhr:

#### Großes

#### Militär-Konzert.

Eintritt 1 M., v. 6 Uhr ab 50 Pf.  
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

### Deutsch-Amerikanisch.

Theater. Köpenickerstr. 67/68.

Heute Abend 8 Uhr:

#### ARME MÄDCHEN.

Von Adolf Philipp.

Sonnt. nachm. 3 Uhr, halbe Preise  
Zum letzten Male:

#### Ueber'n großen Teich.

Abends 8 Uhr: Arme Mädchen.

### Metropol-Theater

Anfang 8 Uhr.

#### !Auf - in's Metropol!

Große Jahresrevue mit Gesang u.  
Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund.  
Musik von Viktor Hollaender.  
Rauchen überall gestattet.

### WINTER

### ZGARTEN

Neues Programm!

#### TORTAJADA

Spanische Tänzerin u. Sängerin.

Narrow Bros., komische Radfahrer.

Orsches-Bianca, französ. Duett.

Die Hartleys, Springer.

Bresina, Pariser Excentr. Sängerin.

Paity Frank-Truppe, Akrobaten.

König Dollar, englisches Ballett.

Imro Fox, Illusionist.

Die Brittons, Neger-Sänger und  
Tänzer.

Da Dio, Phantasia-Tänzerin.

Die Perseus, Kugelspieler.

Der Biograph.

### Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr:

#### Die von Hochsattel.

Morgen nachmittags 3 Uhr: Der  
Familientag. Abends 8 Uhr: Die  
von Hochsattel.

### Fröbels Allerlei-Theater

Schönhauser Allee 148.

Jeden Sonntag 4 Uhr:

#### Garten-Konzert

#### Theater, Spezialitäten

Am Saale Extratanz. Gr. Tanzmusik.  
Bei ungünstigem Wetter Vorstellung  
im Saal.

### Kasino-Theater

Lothringenstr. 37. Täglich 8 Uhr.

#### Madame

#### Bonivard.

— Vorher das bunte Programm. —  
„Zingabögelchen“ etc.

Sonntag 4 Uhr: Die Herren Söhne.

### Sanssouci.

Kottbusser-  
Straß 4a.

Dr. Wilhelm Reimer.

Sonnt. u. Donnerst.:

#### Hoffmanns

#### Norddeutsche Sänger

und Tanzkränzen.

Sonnt. u. Donnerst. 8 u. 11.

Neu! Neu!

#### Die Wahrgängerin.

### Dresdenerstr. 97.

### Colosseum

Spezialitäten.

Neues Programm.

10 1/2 Uhr:

#### Les Batignolles?

### Etablissement Buggenhagen

Horitzplatz.

Täglich im Garten beim

in den unteren Sälen

### Gottschalk Freikonzert

Wittmoß u. Sonnabend: Froitzanz.

**Reichshallen.**  
Stettiner Sänger.  
Zum Schluss:  
**Cinquantierung.**  
Mitt. um  
von 7 Uhr  
Anfang  
Bogensangs  
8 Uhr,  
Samstags  
7 Uhr.

**Neu eröffnet!**  
Welt-Ausstellungs-  
Biograph (St. Louis)  
Theater lebender  
Photographien mit  
abwechselnd, Abnormitäten-Progr.  
Verbindung mit grote. Films-  
Fabrik Frankreichs, daher täglich  
neueste Bilder.  
Den ganzen Tag Vorstellung.  
**Otto Pritzkow,**  
Munzstrae 16.

**Gustav Behrens**  
Spezialitäten-  
Theater  
Frankfurter  
Allee 85.  
Das vorzügliche Mai-Programm!  
Auftreten  
mit  
ersklassiger Spezialitäten.

**Eine Mark**  
wöchentliche Teilzahlung liefert  
elegante fertige  
**Herrn-Garderobe**  
— Ersatz für Ma. —  
Anfertigung nach Ma.  
Tadellose Ausführung.  
**Julius Fabian,**  
Schneidermeister,  
Groe Frankfurterstrae 37, II.  
Eingang Strauberger Platz.

**I. P. C. Berlin W.**  
Potsdamerstr. 35.  
Telephon VI, 289.  
Internationale Patent-Zentrale  
übernimmt Patent-Anmeldungen  
für alle Staaten, Finanzierung,  
Ausfuhre technischer u. patent-  
rechtlicher Art. 16476  
Grundgebühr: Mündlich 0,75 M.,  
Schriftlich 1,— M.  
(auch Briefmarken aller Länder.)  
Bureauszeit: 9—2, 4—8 Uhr.  
Sonntags 10—1 Uhr.  
Prospecte kostenfrei.

**Doppel-Kavalier**  
Uhrkette nur  
**98 Pfg**  
Als Geschenk  
eine Kavalier  
Gelduhr  
gratis

Diese prachtvolle, feuervergoldete Doppel-Kavalier-Uhrkette, genau  
wie Abbildung, kostet nur **98 Pfg.** 10 Stück auf einmal nur **9 M.** —  
Porto und Verpackung extra. Jeder Uhrkette wird eine Kavalier-  
Gelduhr, circa 5 M. Kleingeld fassend, gratis beigelegt. Versand nur  
per Nachnahme. 206/19\*

Katalog mit circa 3000 Gegenständen gratis und franco.  
**Gebr. Wolfertz, Versandhaus „Rotkäppchen“,** Wald bei  
Sollingen 1236.

**Hausfrauen**  
spart Geld, Zeit und schonet  
eure Wäsche  
durch den Gebrauch von  
**Kahn's Edelwei-Seifenpulver**  
bestes, billigstes Waschmittel der  
Neuzeit. 7111\*  
**Krone aller Waschmittel.**  
Ueberall zu haben.

3 P. Nr. 120/05.  
In der Strae  
gegen  
1. den Redakteur Arthur Kulo zu  
Tempelhof hat die neuente Straammer  
des Königlichen Landgerichts I in  
Berlin am 12. Dezember 1905 für  
Recht erkannt:  
Die Angeklagten werden wegen  
öffentlicher Beleidigung des Wirklichen  
Geheimen Legationsrats Dr. Studel  
Kulo zu einer Geldstrafe von 1500  
— fünfhundert — Mark ver-  
urteilt. Im Nichtbezugsfalle soll  
an Stelle der Geldstrafe für je fünf-  
zehn Mark ein Tag Gefängnis treten.  
Dem Reichsangler wird die Be-  
zugnis zugesprochen, die Urteilsformel  
binnen zwei Monaten nach Rechts-  
kraft des Urteils auf Kosten der An-  
geklagten je einmal im „Berliner  
Tageblatt“ und im „Vorwärts“ öffent-  
lich bekannt zu machen.  
Die Richtigkeit der auszugswerten  
Abdruck der Urteilsformel wird be-  
glaubigt und die Vollständigkeit des  
Urteils bezuglich des Angeklagten  
Kulo bezeugt.  
Berlin, den 4. April 1906.  
(L. S.) ges. Heide,  
Gerichtsschreiber des Landgerichts I.  
Straammer 9.  
Vorstehendes Urteil wird veröffentlicht.  
Berlin, den 30. April 1906.  
Der Erste Staatsanwalt am König-  
lichen Landgericht I.

**Einen** 10522\*  
**Selbstmord**  
an seinem Vermögen begeht ein  
jeder, welcher sich bei Neu-  
anschaffung v. Herrengarde-  
robe nicht an das Spezial-  
Herrn - Bekleidungs - Ge-  
schaft, fertig u. nach Ma,  
von J. Kurzberg, An der  
Jannowitzbrücke 1, wen-  
det. Es ist dies kein  
Waren - Kredit - Haus,  
und man erhält dort  
beste Qualitäten bei  
hilligen Preisen ge-  
gen Teilzahlung  
von 1 Mark an.

**Kraft-Rothwein**  
Fu-Blutarme  
u. Kranke  
arftlich  
empfehlen  
**Feurig-Susser**  
A.150  
u. 2M.  
Santalucia  
zu  
haben  
In Apotheken, Drogen- u. Delika-  
tessengesch., steht unter ständiger  
Kontrolle d. chem. Laboratoriums  
Dr. C. Bischoff.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1—5. Fernsprecher: Amt IV, 9679.  
Arbeitsnachweis: Zimmer 34. Amt IV, 3353.  
Montag, den 7. Mai 1906, abends 8 1/2 Uhr, im Kolberger Salon,  
Kolbergerstrae 23  
**Versammlung**  
aller in Eisengieereien beschäftigten Former und  
Berufsgenossen Berlins und Umgegend.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Kollegen Pawlowitsch über: „Kriminalrecht und  
Strafvollzug“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Dienstag, den 8. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause,  
Engel-Ufer 15, Saal 7:  
**Versammlung der Drahtarbeiter**  
Berlins und Umgegend.  
Tages-Ordnung:  
1. Branchenangelegenheit. Verschiedenes.  
Die Kollegen werden ersucht, zahlreich und puntlich zu erscheinen.  
118/11 Die Ortsverwaltung.

**Vereinigung der Musikinstrumenten-Arbeiter.**  
**Achtung! Werkstatt-Delegierte. Achtung!**  
Wir ersuchen die Delegierten, die Handzettel zur öffentlichen Ver-  
sammlung am Sonnabend im Verkehrslokal, Raunhauer, 78, ab-  
zuholen. Ferner findet die zum 14. Mai geplante General-Versammlung  
unabhängig von erst am 21. Mai statt. 141/10  
Der Vorstand.

**Verband der Schneider und Schneiderinnen**  
u. verw. Berufsgenossen Deutschlands. (Filiale Berlin.)  
**Militär- und Lieferungsschneider!**  
Sonnabend, den 5. Mai, abends 8 1/2 Uhr,  
in den „Arminhallen“, Kommandanten-Str. 20:  
**öffentliche Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
„Die Keimarbeiterfrage“. Referent: Kollege Sauring.  
Wir ersuchen die Kollegen, zu dieser Versammlung zahlreich  
und puntlich zu erscheinen. 156/17  
Der Einberufer.

**Muster - Konfektionsschneider**  
und -Schneiderinnen!  
Sonntag, den 6. Mai, mittags 12 Uhr,  
im „Englischen Garten“, Alexander-Str. 27c:  
**öffentl. Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
Der gegenwärtige Stand der Lohnbewegung in der Muster-  
konfektion. Referent: Kollege Knoop.  
Angelehnt der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht der  
Kollegen und Kolleginnen zahlreich und puntlich zu erscheinen.  
Der Einberufer.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
**Achtung! Beizer und Mobelpolierer! Achtung!**  
Dienstag, den 8. Mai, abends 6 1/2 Uhr, in Giesing's Gesellschafts-  
haus, Wasserlorenzstrae 68:  
**Versammlung**  
der in  
Mobelgeschaften beschäftigten Beizer, Mobelpolierer  
und anderen Hilfsarbeiter  
der Bezirke W., SW., S. und SO.  
Tages-Ordnung: 85/3  
1. Festsetzung über die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Beizer und  
Vollreter in den Mobelgeschaften. 2. Wie ist es möglich, dieselben zu ver-  
bessern? 3. Diskussion. 4. Verschiedenes. Die Kommission SO.

**Verband der Maschinisten u. Heizer sowie Berufsengenossen**  
Deutschlands.  
Verwaltungsstelle Berlin und Umgegend.  
Sonntag, den 6. Mai, nachm. 4 Uhr, bei Voigt, Ritterstr. 75:  
**Anherordentliche Generalversammlung.**  
138/14 Tages-Ordnung:  
1. Vierteljährlicher Rapportbericht. 2. Bericht der Revisoren. 3. Wahl  
des ersten Schriftfuhers. 4. Reuamahl der Mitglieder des Kuratoriums.  
Ohne Mitgliedebuch kein Zutritt. Die Ortsverwaltung.

**Zentral-Verband der Handels-, Transport-,  
Verkehrsarbeiter u. -Arbeiterinnen Deutschlands**  
Ortsverwaltung Köpenick und Umgegend.  
**Achtung! Maifeier-Ausgesperrte! Achtung!**  
Zur Kontrolle werden die Ausgesperrten ersucht,  
sich am Sonnabend, den 5. Mai, in der Zeit von  
12—5 Uhr bei Gelling, Schonherlinderstrae 5, ein-  
zufinden. Die Ortsverwaltung.

**W. Zapel,**  
Hut-Fabrik, Skalitzerstr. 131.  
Grotes Spezial-Geschäft  
für Seiden- und Filz-Hute.  
Grote Auswahl in Strohhuten.  
Lager in Schirmen und Hutzen. 264/2\*

**Zentral-Verband**  
der Zimmerer Deutschlands.  
Den Kameraden zur Nachricht,  
da unser langjähriges Mitglied,  
der in Charlottenburg recht gut  
bekannte Kamerad  
**Albert Meier**  
am Mittwoch, den 2. Mai, ver-  
storben ist.  
Eure seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Sonnabend, den 5. Mai, nach-  
mittags 6 Uhr, von der Leichen-  
halle des Luken-Richthofes in  
Charlottenburg, Juchterbunnen  
Weg, aus statt.  
Um zahlreicher Beteiligung ersucht  
254/9 Die Ortsverwaltung.

**Verband der Lederarbeiter**  
Filiale I. Berlin.  
Todes-Anzeige.  
Allen Kollegen zur Nachricht,  
da am 1. Mai, abends 8 Uhr,  
unser Kollege, der Weizer  
**Paul Rietz**  
verstorben ist.  
Die Beerdigung findet heute  
nachmittag 4 Uhr von der Leichen-  
halle des neuen Pauls-Richthofes  
aus statt.  
Um zahlreiches Beiseit bittet  
16385 Der Vorstand.

Allen Verwandten, Freunden  
und Bekannten die traurige Nach-  
richt, da mein lieber Mann  
**Adolf Holstinsky**  
nach langen Leiden am 3. Mai  
verstorben ist. 16515  
Die Beerdigung findet Montag,  
nachmittags 4 Uhr, von der  
Leichenhalle des Zentralfriedhofes  
in Friedrichshagen aus statt.  
Um stille Teilnahme bittet  
Die trauernde Witwe  
**Marie Holstinsky.**

**Verband der Buch- und**  
Steindruckerei-Hilfsarbeiter u.  
Arbeiterinnen Deutschlands.  
Ortsverwaltung Berlin.  
Zahlstelle II (Hilfsarbeiter).  
Am 1. Mai starb nach langen  
und schweren Leiden unser Mit-  
glied und Kollege  
**Martin Ulbrich**  
im 54. Lebensjahre. 36/16  
Ein ehrendes Andenken be-  
wahrt ihm  
Die Zahlstelle II Berlin.  
Die Beerdigung findet am  
Sonnabend, den 5. Mai, nach-  
mittags 5 Uhr, von der Leichen-  
halle in Wilhelmshagen aus statt.

**Deutscher**  
Buchbinder-Verband.  
Zahlstelle Berlin.  
Am 2. Mai d. S. starb nach  
schweren Leiden unser treues  
Verbandsmitglied  
**Hermann Matz**  
im Alter von 55 Jahren.  
Wir werden sein Andenken in  
Ehren halten.  
24/1 Die Ortsverwaltung.

**Köpenick.**  
Frauen- u. Mädchen-  
Bildungsverein.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
da unser Mitglied  
**Elisabeth Ackelbein**  
im Alter von 18 Jahren plötzlich  
verstorben ist. 202/13  
Eure ihrem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute  
Sonnabend, den 5. Mai, nach-  
mittags 2 Uhr, von der Leichen-  
halle des hiesigen Friedhofes  
aus statt.  
Die Mitglieder werden ersucht,  
sich recht zahlreich daran zu be-  
teiligen. Der Vorstand.

**Achtung, Lederarbeiter!**  
Filiale I Berlin.  
Sonnabend, 5. Mai, abends 8 1/2 Uhr,  
im „Wartenhof“, Badstr. 33:  
**Mitglieder-Versammlung**  
Tages-Ordnung:  
1. Abrechnung vom ersten Quartal.  
2. Bereinigungsangelegenheiten. 3. Ver-  
chiedenes. 16396  
Zahlreiches und puntliches Er-  
scheinen ermahnt. Der Vorstand.

**Anzüge**  
neuester Mode  
**Robert Bohn,**  
Berlin N., Invalidenstr. 135.  
Herren- u. Kauben-  
Garderoben  
fertig u. nach Ma.  
Streng reell!

**Jeder Arbeiter,  
Jeder Handwerker**  
sollte zur Arbeit  
die Lederhose **Herkules** tragen.  
Wein-Verkauf. Sehr starkes Leder in  
praktischen grauen u. braunen Streifen,  
auch einfarbig. Im Bund aus einem  
Stück gearbeitet. Sehr feste Rap-  
nähte. Halbbare Pilot-Löschen.  
Groe Halten unmont. Die Hose  
bei Einnahme von **4 M. 50**  
Kammetter-Hose Marke Gam-  
brunnd, Zwirnleiste . . . 5 M. 50  
Gefalteter Kammetter-Jadett 14,50, 8,75  
Schlauerer Kammetter-Jadett 1 M. 90  
Schlauerer Kammetter-Hose . . . 1 M. 50  
Schlauerer Kammetter-Jadett,  
prima Köper-Gewebe . . . 2 M. 50  
Schlauerer Kammetter-Hose,  
prima Köper-Gewebe . . . 2 M. 10  
Weie Jelken-Jadett 3,50, 2 M. 75  
Kammetter-Jadett, Krebzig . . . 4 M. 50  
Kammetter-Jadett . . . 3,—, 2,50, 2 M. 25  
Kammetter-Jadett (braun) 3,—, 2 M. 40  
Weie Leder-Jadett, Krebzig  
7,50, 3 M. 75  
Weie Lederhosen . . . 4,50, 2 M. 90  
Kammetter-Jadett, Krebzig, blau,  
nach Vorchrift . . . 5 M. 50  
Die Preise gelten für normale Groen.  
**Baer Sohn**  
En gros. Export. En detail.  
Chausseest. 2 in 25. Brückenstr. 11.  
Gr. Frankfurterstr. 20.  
Das 29. Haupt-Preisbuch 1906 wird  
kostenlos und portofrei zugesandt.  
Bei Bestellung von Hosen ist die  
Hundeweite und die Längenangabe, bei  
Jadett und Halten die Brustweite  
anzugeben. 7732\*  
— Versand von 20 R. an franco. —

**Ausflüglern**  
empfehlen wir folgende  
**Spezial-Karten**  
der  
**Umgebung Berlins.**  
Bernau-Biesenthal, Ranke-Liepnitz- und  
Wandlitz-See . . . 1 M.  
Sudow u. Umgegend mit angehängtem  
Fahrer . . . 75 Pf.  
Eberswalde und Umgegend . . . 75 Pf. und 1 M.  
Erfter und Umgegend . . . 75 Pf.  
Friedrichshagen, Köpenick, Granau,  
Schmoditz . . . 75 Pf.  
Grünewald und weiliche Vororte,  
2., 3., 5.-u. 8-jährig, 25, 50, 75 Pf.  
und . . . 1 M.  
Königs-Wusterhausen und Umgegend  
5-jährig . . . 1,50 M.  
Königs-Wusterhausen, Spanbau, Tegel  
u. . . 1 M.  
Potsdam und Umgegend . . . 75 Pf.  
Potsdam und Bieder . . . 1 M.  
Kubersdorfer Kalkberge, Umgegend  
von Wolfersdorf a. Erfter 75 Pf.  
Spreewald mit praktischem Touristen-  
fahrer . . . 75 Pf.  
Strandberg u. der Blumental 1 M.  
Tegel und Umgegend . . . 75 Pf.  
Ferner empfehlen wir:  
Wanderbuch für die Mark  
Brandenburg. 3 Bände. Zu-  
sammen . . . 6,00 M.  
I. Teil: Nähere Umgebung Ber-  
lins, umgibt die Gegend von  
Potsdam, Spanbau, Kranenbur,  
Königs-Wusterhausen . . . 1,50 M.  
II. Teil: Weliche Hafte der Um-  
gebung Berlins bis Branden-  
burg a. S., Stendal, Tangermünde,  
Neu-Ruppin, Neu-Streditz 2,00 M.  
III. Teil: Ostliche Hafte der Um-  
gebung Berlins bis Eberswalde,  
Brandenburg a. O., Saarnitz, Ratze-  
haben, Spreewald, Kuslau 2,50 M.  
Diese Wanderbucher bieten prak-  
tische Schilderungen der Mark, viele  
detaillierte Karten und Pläne und sind  
so dem Wanderer ein zuverlässiger  
Fahrer und Berater. 234/9\*

**Expedition des Vorwärts**  
BERLIN SW. 68  
Lindenstrae 69 (Laden).

**Pinol**  
An allen Orten werden Verkaufsstellen  
errichtet.  
Vertreter gesucht.  
Gebrüder Krayer, Mannheim.  
**Dobersteins**  
Cristall-Palast,  
Prinzenstr. 94.  
Täglich: Gesellschafts-Abend.  
Entree und Garderobe frei.  
Jeden Donnerstag u. Sonnabend  
Damen-Verein.  
Jeden Sonnabend: Extra-Ball.



Die Genossin Luxemburg und die Gewerkschaften.

Als ich am 18. April im „Vorwärts“ dagegen protestierte, daß ein Gewerkschaftsorgan die Genossin Luxemburg zu einer Gegnerin der Gewerkschaften stempelte und diesen Angriff zu einer Zeit gegen sie richtete, wo sie in einem russischen Kerker schmachtet, da war ich naiv genug anzunehmen, die Gewerkschaftspresse selbst würde die Entgleisung ihres Kollegen bedauern.

Weit gefehlt. Die beiden einzigen gewerkschaftlichen Organe, deren Urteil über den Fall außer der Antwort der beteiligten „Zeitschrift für Grubeure und Ziseleure“ selbst mit bisher bekannt geworden, wenden sich nicht gegen den Redakteur, der unsere gefesselte Genossin attackiert, sondern gegen denjenigen, der sie vertheidigt.

Zimmerer hat das eine dieser Organe, der „Zimmerer“, nicht das Verständnis für die Empfindungen verloren, die die Opfer des russischen Henkerregiments in uns wachrufen müssen. Er schreibt:

„In der deutschen Arbeiterschaft herrscht über die Schandthaten der russischen Schergen eine Erbitterung und Empörung, wie wir sie nur selten gefunden haben bei Anlässen, wo es sich um eigenes Leid handelt. Diese Erbitterung und Empörung hat durch den Fall der Genossin Luxemburg eine Steigerung erfahren. Es wird allgemein als Skandal empfunden, daß das starke Deutsche Reich eine Reichsangehörige in den Klauen der russischen Schergen lassen und daß von den Schergen und ihren Handlangern auch noch die Peripetie in der schamlosesten Weise eröffnet werden kann, daß das starke Deutsche Reich selbst dann nicht intervenieren werde, wenn die Genossin Luxemburg in Rußland bestraft, vielleicht gar gehängt wird für Tätigkeiten, die sie gar nicht in Rußland, sondern in Deutschland ausgeführt haben soll, wo sie mit Strafen nicht geahndet werden können.“

Das ist vortrefflich gesagt, aber wer so starke Erbitterung und Empörung schon darüber empfindet, daß unsere Gegner und ihr Haupt, die deutsche Regierung, es ablehnen, für unsere Genossin zu intervenieren, wie kann der so verständnislos gegenüberstehen der Erbitterung und Empörung, die wir empfinden, wenn gerade jetzt nicht Gegner, sondern Parteigenossen es für passend crachten, unsere gefangene Freundin aufs grösste zu verunglimpfen!

Merkwürdigerweise zieht der „Zimmerer“ nicht diesen Schluss, Er, der die Haltung der Regierung wegen ihrer Nichtintervention Skandalös findet, findet ebenso Skandalös meine Intervention zugunsten der Genossin Luxemburg. Er fährt fort:

„Da läßt es denn tief blicken, wenn der Genosse Kautsky mit dieser gesunden Empörung nichts weiter anzufangen weiß, als sie auf die Gewerkschaftsbewegung abzulassen.“

Verzeihung, tiefbildender Herr Kollege, aber was ich tat, war etwas ganz anderes: ein Versuch, die gesunde Empörung der Gewerkschaftsbewegung gegen Gewerkschaftsbeamte zu lenken, die nicht umhin können, selbst jetzt noch ihrem Haß gegen die Genossin Luxemburg Ausdruck zu geben und deren Ansehen durch Fälschungen zu untergraben. Dagegen bedauere ich die gesunde Empörung des „Zimmerer“ über die Mißhandlungen der Genossin Luxemburg, welche Empörung sofort gehoramt rechtsunmüde macht, wenn sie auf einen Kollegen stößt, dessen Persönlichkeit natürlich gleich zur „Gewerkschaftsbewegung“ erhoben wird.

Neben dem „Zimmerer“ ist es das „Correspondenzblatt der Gewerkschaften Deutschlands“, das wegen meiner Vertheidigung der Genossin Luxemburg gegen mich zu Felde zieht. Das wird mit diplomatischer Vornehmheit besorgt. Der „Zimmerer“ fühlte aus meiner Abwehr doch eine „gesunde Empörung“ heraus, das „Correspondenzblatt“ findet in ihr nur das „Schimpfbuch“ eines schlechten Tones, der zum Glück noch nicht der Ton der Gewerkschafts-presse ist:

Ungeheuerliches muß geschehen sein — nimmt wenigstens jeder Unbefangene an — wenn der als erster Theoretiker der Partei geltende Genosse Kautsky sich einer solchen Tonart befleißigt. Oder ist Schimpfbuch das Ergebnis akademischer Bildung? Wenn ja, dann wissen wir doppelt das Glück zu würdigen, daß wir akademisch gebildete Kräfte in der Gewerkschaftsbewegung noch nicht tätig haben, und hoffentlich auch nie zur Leitung und Führung der Gewerkschaften brauchen werden.“

Man sieht, gesunde Empörung gegenüber entwickelt die Anstandsdame des „Correspondenzblatt“ ein Zartgefühl, um das sie die Prinzessin auf der Erde beneiden könnte. Leider erstreckt sich aber das Zartgefühl nur auf die äußere Form des guten Tones, dagegen zeigt dieselbe Anstandsdame eine Wilmsche Rhinocerodermis, wenn es sich um eine Frage des wirklichen Anstandes handelt, um die Frage unseres Verhaltens gegenüber Genossen gegenüber.

Berwundert fragt das „Correspondenzblatt“, worüber ich mich eigentlich aufrege. Daß Genossin Luxemburg im Gefängnis sitzt? Das darf uns nicht kümmern.

„Genossin Luxemburg... sitzt im Gefängnis. Ja, zum Teufel, sind wir denn schon so weit gekommen, daß man in einer allgemeinen Polemik, ohne Namen zu nennen, nicht eine Verurteilung zitiern darf, die ein Genosse oder eine Genossin, die zurzeit im Gefängnis sitzt, getan hat oder getan haben soll, ohne sich des Parteiterrates schuldig zu machen? Es wäre geradezu ein Unfug, wenn solches Miß in der Partei werden sollte.“

In der Tat, und wenn Genossin Luxemburg gehängt werden sollte, wäre das ein Grund, zu verbieten, daß Worte von ihr zitiert werden? Um mehr als harmlose Zitate handelt es sich aber nicht, wenn man den „guten Ton“ des „Correspondenzblatt“ in Anwendung bringt.

Ich bin freilich dieses guten Tones nicht fähig und mein „Schimpfbuch“ drängt mich zu konstatieren, daß die „Zitate“, gegen die ich protestierte, nicht Worte der Genossin Luxemburg anführten, sondern sinnlosen Klatsch, der offenbar über die Genossin Luxemburg seit Monaten in Gewerkschaftskreisen kolportiert wird und den man jetzt öffentlich gegen sie anschlachtet, wo sie sich nicht wehren kann. Ein derartiges Verfahren „zitiern“ nennen, das entspricht jenem guten Ton, den schon Maccant de la Marlinière in die „plump deutsch Sprad“ einführen wollte, in dem er das Betragen ein Korrigieren des Glücks nannte. Wir Wilden, die noch nicht Europens überlästigte Höflichkeit akzeptiert haben, halten eine Polemik auf solcher Grundlage selbst einem in Freiheit lebenden Genossen gegenüber für nicht sehr erbaulich, einem verhafteten Genossen gegenüber, noch dazu einem in Rußland verhafteten, von der ganzen Welt abgeschnittenen Genossen gegenüber halten wir das polemische Pantieren mit anonymem Klatsch für eine Nothet und eine Unanständigkeit. Schlimm genug, wenn die Monopolisten des guten Tones jede Empfindung dafür verloren haben!

Das „Correspondenzblatt“ aber fährt fort zu fragen, wozu eigentlich der ganze Lärm sei.

„Genosse Kautsky war ebensowenig in der Versammlung am Mittwoch, 6. Dezember 1905, wie der Redakteur der „Grubeurzeitung“. Aus eigener Kenntnis weiß er also nichts und doch hält er sich für berechtigt, in dieser Weise sich zu äußern. Will

man schon aus der Sache eine Haupt- und Staatsaktion machen, so stelle man sie zurück, bis die Genossin Luxemburg in die Freiheit zurückgeführt ist, oder höre die Zeugen, die der Redakteur der „Zeitschrift für Grubeure“ stellen will. Wir legen der ganzen Angelegenheit eine so große Bedeutung nicht bei.“

Diese Mahnung wäre wohl eher für die Redaktion der „Grubeurzeitung“ am Platze als für mich. Wenn diese schon gegen die Genossin Luxemburg wegen der Versammlung vom 6. Dezember vorgehen wollte, hätte sie es tun müssen, solange unsere Freundin noch in der Freiheit war. Am 5. März wurde sie verhaftet. Also dreimonatlich hätte die stützliche Entrüstung der „Grubeurzeitung“ Zeit, sich anzutoben, ohne daß sie Gebrauch davon machte. Raum ist aber die Genossin Luxemburg verhaftet, da kann der Klatsch über sie nicht mehr warten, bis sie wieder in Freiheit ist, da muß er während ihrer Haft losgelassen werden. Uns, ihren Verteidigern, müht man aber zu, zu warten, bis die russischen Henker sie wieder freigegeben haben.

Diesen Gefallen können wir dem „Correspondenzblatt“ nicht erweisen. Erstickt ist es noch ganz unbestimmt, wann, wie und ob überhaupt unsere Vorkämpferin wieder die Freiheit zu sehen bekommt, ob ihr zarter Körper nicht den mörderischen Einflüssen unterliegt, für die die Warschauer Zitadelle berüchtigt ist. Freilich dürfen wir hoffen, daß ihr eiserner Wille alle Fährlichkeiten überwinden wird, aber trotzdem können wir nicht warten, bis sie wieder frei ist — denn es handelt sich dabei nicht bloß um das persönliche Ansehen unserer Genossin, sondern auch um unsere Partei, und das ist der Grund, warum ich mich überhaupt in die Polemik mittle.

Die beanstandeten Äußerungen der Genossin Luxemburg sollen in einer Parteiversammlung gefallen sein, in der sie unter allgemeinem Beifall sprach. Gätte sie wirklich geäußert, daß die Gewerkschaften ein Uebel seien, ohne daß sofort Protest erfolgte, so machte sich die Versammlung zum Mitschuldigen. Man durfte dann annehmen, daß in der Partei, wenigstens in Berlin, tatsächlich eine starke Strömung existiert, die den Gewerkschaften feindselig gegenüber steht.

Es ist also klar, daß, wer diesen Klatsch kolportiert, Unfrieden zwischen Partei und Gewerkschaft sät, das Verhältnis zwischen beiden vergiftet, Wasser auf die Mühle Rezhäufers liefert. Diesen Klatsch ohne weiteres für wahr halten, kann aber auch nur jemand, der von blindem Haß gegen die revolutionären Vertreter der Sozialdemokratie erfüllt, vom Geiste Rezhäufers angesteckt ist, wenn er es auch selbst vielleicht nicht merkt: den Teufel spürt ja bekanntlich das Völkchen nie, und wenn er es beim Stegen hätte.

Hier hat das „Correspondenzblatt“, nebenbei bemerkt, die Antwort auf seine Frage, welchen Gewerkschaftsbeamten und Redakteuren ich vorwerfe, daß sie nach dem Vorbild Rezhäufers das bisher bestehende Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft untergraben, dessen Aufrechterhaltung Genossin Luxemburg, wie wir alle, für unerlässlich halten.

An dieser Untergrabung hätte aber der in Rede stehende Klatsch über die Äußerungen der Genossin Luxemburg sehr stark mitgewirkt, wenn er öffentlich vorgebracht wurde, ohne daß er Protest erfuhr. Er wäre dann weitergetragen und glaubhafter gewesen. Deshalb hielt ich es für notwendig, ihm sofort entgegenzutreten und durch authentische Zitate zu beweisen, daß die Behauptungen der geheimnisvollen Zeugen den wirklichen Worten und Taten der Genossin Luxemburg völlig widersprechen.

Ob mir dieser Beweis gelungen, das ist die entscheidende Frage; sie ist wichtig, nicht bloß für das persönliche Ansehen unserer Freundin in der Partei, sondern auch für das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft. Erscheint der Beweis unzulänglich, so könnte ich ihn leicht verstärken. Aber merkwürdig, darüber, über den springenden Punkt, verlieren weder „Zimmerer“ noch „Correspondenzblatt“ ein Wort. Ich sehe darin ein stillschweigendes Zugeständnis, daß sie gegen meine Beweisführung nichts vorzubringen wissen.

Zu dieser Auffassung werde ich dadurch bestärkt, daß auch die Urheberin des Skandals, die „Zeitschrift für Grubeure und Ziseleure“ in ihrer Antwort zwar sehr wortreich über mich schimpft, sich aber hartnäckig weigert, die Zeugen des angeblichen Ausspruches der Genossin Luxemburg zu nennen. Ich habe behauptet, die Zeugen der Grubeurzeitung hätten unmöglich die Genossin Luxemburg richtig verstanden haben können. Verfügt sie über Fleisch und Bein, wie diese Zeitschrift behauptete, so sicher nicht über Hirn. Darauf erwidert das Blatt:

„Hier sehen wir, wo die „strahlende, selbstlichere Borniertheit“ zu finden ist: ein Mann, der als Parteischriststeller grau geworden ist, behauptet, daß Versammlungsbesucher kein Hirn haben, Parteigenossen können wohl in Versammlungen zuhören, aber ihr Hirn ist doch zu minimal begabt, um die Ausführungen des jeweiligen Referenten richtig abzuwickeln und würdigen zu können.“

Eine bessere Theorie von der bekannten „Hammelferde“ konnte auch ein Gegner unserer Weltanschauungen nicht aufstellen.

„Genosse Kautsky, ist das Ihre freie Meinungsäußerung? Nicht nur sie haben Hirn, sondern auch andere, gewöhnliche Sterbliche sind mit einem Hirn zum Nachdenken ausgerüstet und dazu rechnen auch wir unsere Zeugen.“

„Aber ein Genosse, der sich in bezug auf den „Streik“ der „Vorwärts“-Redakteure im Verein Arbeiterpresse hinstellt und behauptet: Wenn er angegriffen wird und merkt, daß man seine Arbeitseinstellung als Parteischriststeller nicht mehr gebrauchen will, da die Meinungen auseinandergehen, gehe er ohne Verteidigung von dannen, ein Genosse, der von seiner eigenen Auffassung so wenig durchdrungen ist und sie ohne Schwertstreich preisgibt, ein solcher Genosse hat kein Recht, und als Verbänderte der reaktionären Presse hinzustellen, hat auch kein Recht, ein Urteil über die Hirnsubstanz unserer Zeugen zu fällen.“

„Und ist das Hirn, die Denkfähigkeit der gesamten Arbeiter Deutschlands achtunggebietender, als manchen Genossen a la Kautsky.“

Es ist sehr edel von unserem Gewerkschaftsorgane, daß es sich gedrängt fühlt, gleich die Denkfähigkeit „der gesamten Arbeiter Deutschlands“ gegen mich zu verteidigen, weil ich die Urteilsfähigkeit seiner Zeugen beanstandet hatte. Aber es merkt gar nicht, wie bei dem Verächter der „Hirnsubstanz“ seiner Zeugen ihr „Fleisch und Bein“ in Rauch aufsteigt — ohne jegliche Leichenverbrennung! Die „Grubeurzeitung“ hatte sich erboten, für die Äußerung der Genossin Luxemburg Zeugen von Fleisch und Bein auf den Redaktionsstisch des „Vorwärts“ niederzulegen. Wenn sie, dazu aufgefordert, nichts anderes vorzubringen weiß als die obige stützliche Entrüstung, so ist damit wohl der Beweis geliefert, daß sie überhaupt keine Zeugen hat, daß die Sache noch schlimmer für sie steht, als ich erwartete. Ich nahm an, daß dem Klatsch gegen die Genossin Luxemburg das Mißverständnis einiger konfusier Zuhörer zugrunde liege. Jetzt aber bin ich davon überzeugt, daß die Grundlage des ganzen Klatsches nichts ist, als eine elende Erfindung. —

A. Kautsky.

Die Sozialdemokratie Nordbayerns

hielt am 28. und 29. April ihren diesjährigen Gantag in Bamberg ab.

Aus dem Bericht des Gantagsvorstandes ist hervorzuheben, daß die Zahl der Mitglieder der sozialdemokratischen Vereine Nordbayerns 18000 bereits überschritten hat. Die Steigerung im letzten Jahr beträgt 3500. Einige neugegründete Wahlvereine sind wieder eingegangen, weil die Genossen ihre Kräfte überschätzt hatten. Die Gemeindevahlen des letzten Jahres waren in Nordbayern vielfach von Erfolg, es gibt nun in 27 Orten sozialdemokratische Gemeindevetreter — nur in Kärnberg nicht! Dort hält der „Freisinn“ die größte und stärkste Partei, die Sozialdemokratie, vom Rathhaus in „freisinniger“ Weise fern.

Die Parteigenossen in Fürtth haben ganz besonders unter der Polizeiherrschaft des dortigen Bezirksamtes zu leiden. Dieser Tage lief von der Staatsanwaltschaft die Mitteilung ein, daß man den Vorkämpfer, der auf dem Postamt eines Provinzortes ein an den sozialdemokratischen Verein gerichtetes Paket öffnete und auf dem darin liegenden Zettel statt „Werte Genossen“ das Wort „Schuße“ setzte, nicht ermitteln konnte.“

Der Gantag beschloß, den Posten des Gaubeamten von dem des Sekretärs des sozialdemokratischen Vereins Nürnberg zu trennen und einen eigenen Gausekretär anzustellen.

Um die Agitation zu fördern, setzte der Gantag neben dem neungliedrigen Gantagsvorstand noch ein erweitertes Agitationskomitee ein, das sich aus dem Gantagsvorstand und Vertretern einzelner Kreisparteiorganisationen zusammensetzt.

Das Gehalt des neuen Gausekretärs wurde auf 2000 M. festgesetzt, steigend um jährlich 100 M. bis zu 3000 M. Der Parteivorstand in Berlin soll um einen entsprechenden Zuschuß zu dem Gehalt ersucht werden.

Bei der Abänderung des Gantagsstatuts, notwendig geworden durch die Änderung des Organisationsstatuts der Gesamtpartei, wurde der Ansicht Ausdruck gegeben, daß der Beschluß des Jenaer Parteitages betreffend Beitragszahlung der einzelnen Vereine nach Berlin recht unglücklich ist und daß er der erste sein wird, der wieder aus dem Statut verschwindet.

Zur Erleichterung der Arbeit zu den kommenden Landtagswahlen hat der Gantagsvorstand Beschlüsse, Karten herauszugeben, auf denen die einzelnen Wahlkreise hant gezeichnet sind.

Unser Parteiblatt für Unterfranken, die „fränkische Volkstribüne“, ein Ableger der „fränkischen Tagespost“, will sich von der letzteren abtrennen und sich selbstständig machen, um speziell den Kampf gegen das Zentrum wirksamer aufnehmen zu können, mit welcher Partei die „fränkische Tagespost“ direkt nichts zu tun hat.

Der Gantag beschloß, diese Zeitungsmöglichkeit in die Wege zu leiten.

Von den Genossen in Hof wird gewünscht, daß die Wahrenthe Genossen sich mit auf die „Oberfränkische Volkszeitung“ in Hof vereinen, womit beiden Orten gebient wäre. Bisher gehört Wahrenthe zum Verbreitungsgebiet der „fränkischen Volkstribüne“.

Der nächste Gantag findet in Würzburg statt. Der Sitz des Gantagsvorstandes ist noch wie vor Nürnberg.

Ueber die kommenden Landtagswahlen referierte Abg. Segitz, der dem Gantag die Mitteilung machte, daß man immer noch nicht die Gewißheit habe, ob tatsächlich der Landtag aufgelöst werde und im Frühjahr 1907 die Neuwahlen stattfinden, trotzdem dieser Landtag eigentlich nur zur Schaffung des direkten Wahlrechts gewählt worden ist. Die sozialdemokratische Fraktion wird die Regierung an ihr gegebenes Wort erinnern und wird auch dem Zentrum ins Gedächtnis rufen, daß es bindend erklärt hat, seinen ganzen Einfluß aufzubieten, um den Landtag nach Fertigstellung des Wahlrechtgesetzes zur Auflösung zu bringen. Wie groß die Erbitterung wäre, wenn das Volk tatsächlich beschwindelt worden wäre und der Landtag trotz des Ministerwortes nicht aufgelöst würde, beweist, daß ein Delegierter auf dem Gantag in Erwägung gab, eventuell die Auflösung des Landtages durch den politischen Massenstreik zu erzwingen.

Zu den Vorgängen in Breslau nahm der Gantag eine scharfe Protestresolution an.

Die Schopenstehtkrawalle in Hamburg vor dem Schwurgericht.

Hamburg, 3. Mai.

Nach siebenstündiger Verhandlung wurde in der Nacht zum Freitag der Prozeß gegen die „Schopenstehtler“, wie sie im Volksmunde kurzweg genannt werden, zu Ende geführt. Wie schon mitgeteilt, setzte der Staatsanwalt Jzmann in einer Scharfmacherrede den Geschworenen eingehend auseinander, weshalb auf hohe Strafen erkannt werden müsse; damit den Hunderten, ja Tausenden von nicht Gefangenen ein Schreck in die Glieder schre.

Die Geschworenen haben ein Verdikt gefällt, mit dem die beiden Vertreter der Staatsanwaltschaft zufrieden sein können. Von Milderung haben sich die Geschworenen nicht leiten lassen, sie haben ihren „Wahrspruch“ so abgegeben, daß um mit Staatsanwalt Jzmann zu reden, die Mehrzahl der Angeklagten die ganze Schwere des Gesetzes trifft. Sie gingen sogar noch weiter als die Staatsanwälte, indem sie hinsichtlich des Angeklagten Rittner, der von allen Zeugen als ein ordentlicher Mensch geschildert wird und gegen den Freisprechung beantragt wurde, die auf Unterschlagung lautende Hilfsfrage bejahen, so daß auch Rittner nicht ganz leer ausging. Mildernde Umstände zugebilligt wurden nur den Angeklagten Heinrich Rudolph, Elise Rudolph, Rittner, Ruds, Donath, Kloodt, Johannsen und Blum. Freigesprochen wurde nur Darioleds. Also 20 Angeklagten werden die milderen Umstände verjagt, darunter dem eben erst 19jährigen Schmiedelehrling Nehmers, ebenso dem 19jährigen noch nicht vorbestraften Hausdieners Dingelcher. Dem Angeklagten Stange, dem einzigen politischen organisierten Angeklagten, der, wie von mehreren Zeugen befundet wurde, ein sehr fleißiger und ordentlicher Mensch ist, aber wenig Spirituosen vertrugen kann (er hat am Abend des 17. Januar 23 Glas Bier getrunken), wurden gleichfalls keine milderen Umstände zugebilligt. Auch er muß ins Zuchthaus. Neben ihm soll Heinrich Rudolph die Nebenführerrolle gespielt haben, während die Angeklagte Elise Rudolph und Reed sich des qualifizierten Landfriedensbruchs schuldig gemacht haben sollen. Als Aufhänger und Plünderer kommen in Betracht: Dingelcher, Ruds, Donath, Kadner, Kloodt, Nehmers, Johannsen, Koch, Blum, Jauszins, Angelstorp, Lüne, Brand, Hardekopf und Brangel. Die weiteren Angeklagten sind nur der Unterschlagung bezügl. der Behälter für schuldig erklärt.

Das um 1/2 Uhr nachts gefällte Urteil lautet: Stange 2 Jahre Zuchthaus, H. Rudolph 15 Monate Gefängnis, Elise Rudolph 1 Jahr Gefängnis, Reed 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus, Dingelcher 1 Jahr Zuchthaus, Ruds 10 Monate Gefängnis, Donath 10 Monate Gefängnis, Kadner 2 Jahre 9 Monate Zuchthaus, Kloodt 1 Jahr Gefängnis, Nehmers 2 Jahre 9 Monate Zuchthaus, Johannsen 1 Jahr Gefängnis, Koch 2 Jahre Zuchthaus, Blum 10 Monate Gefängnis, Jörn 5 Monate Gefängnis, Warnke 5 Monate Gefängnis, Jauszins 2 Jahre Zuchthaus, Angelstorp 1 Jahr Gefängnis, H. Warneminde 2 Wochen Gefängnis, W. Warneminde 2 Wochen Gefängnis, Dreives 1 Jahr Zuchthaus, Lüne 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus, Brand 5 Monate Gefängnis, Heth 1 Jahr Gefängnis, Schröder 4 Monate Gefängnis, Pantin 4 Monate Gefängnis, Hardekopf 10 Monate Gefängnis, Brangel 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, Rittner 1 Woche Gefängnis, Darioleds Freisprechung.

Bei den Angeklagten Rittner und den Gebrüdern Warneminde gelten die erlassenen Strafen durch die erlassene Untersuchungsfrist als verbüßt.

Der fehnliche Wunsch der Schornacher, daß sich herausstellen möchte, die Janhagelexeise und Wänderrungee wären von Sozialdemokraten begangen, hat sich nicht erfüllt. Selbst der Staatsanwalt Jmann, hat erklären müssen, daß nur Stange politisch organisiert sei. Die Anklagebehörde hat mit peinlichster Gewissenhaftigkeit nach der politischen Richtung ihre Untersuchung geführt, um den Beweis für den Zusammenhang des Staatswals mit der Wahlrechtsdemonstration zu finden — sie vermochte jedoch nichts zu entdecken. Die sogenannte „politische Seite“ dieses Prozesses ist elend in sich zusammengebrochen. Jetzt hilft man sich mit der Argumentation, die Sozialdemokratie trägt demnach die moralische Verantwortung, denn hätte sie nicht zu so außergewöhnlicher Stunde die Versammlungen einberufen, dann hätten die Schornacherlexeise nicht begangen werden können, denn dann hätte die Polizei ihre Aufmerksamkeit nicht auf die Rathhausgegend zu konzentrieren brauchen. Die Logik dieses Arguments zu kritisieren, ist überflüssig.

## Aus der Partei.

### Ein Rembrandt-Album für die Arbeiterschaft.

Am 15. Juli d. J. wird die dreihundertste Wiederkehr von Rembrandts Geburtstag festlich begangen. Aus diesem Anlaß und geleitet von dem Bestreben, wenigstens einen Teil der Werke des großen holländischen Meisters auch dem arbeitenden Volke zugänglich zu machen, ist auf Veranlassung des Genossen **Gerhard Amsterdams** von dem Zentralkomitee für die Rembrandt-Feier in Amsterdam ein Rembrandt-Album herausgegeben worden, das künstlerisch ausgeführte Reproduktionen von sechs ausgewählten Werken des Meisters enthält. Die Blätter eignen sich zu gutem künstlerischen Wanderschmuck. Mit der Herausgabe des Albums werden keine geschäftlichen Zwecke verfolgt. Der Preis ist so berechnet, daß die Herstellungs- und Versandkosten gedeckt werden können.

Den Gewerkschaften, Gewerkschaftskartellen und sonstigen Arbeitervereinen wird das Album für 1 Pf. = 1,70 M. geliefert. Dazu kommt Emballage und Fracht. Bedingung ist, daß der Verkaufspreis nicht höher als 2 M. sein darf. Um zu diesem Preise das Album an die Arbeiter abgeben zu können, empfiehlt sich der Partienbezug durch die Gewerkschaften oder die Gewerkschaftskartelle.

Die Bestellungen müssen möglichst bis 1. Juni und spätestens bis zum 15. Juni an die Adresse **J. W. Gerhards, Amsterdam, 'sGravensandplein 25**, erfolgen, damit die Versendung so rechtzeitig erfolgen kann, daß jeder Besteller noch vor dem 15. Juli — dem Jubiläumstage — in den Besitz seines Albums gelangen kann. Die Genossen, welche Bestellungen entgegennehmen, werden auch für die rechtzeitige Auslieferung an die Besteller Sorge tragen.

Ein uns zugesendetes Probe-Album zeigt in künstlerisch vollendeter farbiger Ausführung Reproduktionen bekannter Rembrandtscher Werke, so der Steinernen Brücke, des Simon mit dem Jesuknaben im Tempel, des Tuchmachers, des Offiziers, der Jüdischen Braut. Wir können danach die Mappe angelegentlich empfehlen, wenn uns freilich die Auswahl der Bilder aus dem reichen Lebenswerk Rembrandts nicht in jeder Beziehung glücklich erscheinen will. Eine beigegebene Biographie des Meisters zeigt arge Verstöße gegen die deutsche Sprache. Sie trägt indes den Vermerk: „Vor der Korrektur“, so daß wir hoffen dürfen, daß die Fehler noch vor der endgültigen Drucklegung verschwinden werden.

**Agitationsliteratur.** Im Verlag der Buchhandlung **Borwärt** ist erschienen:

**Der Arbeiterschutz.** Mit besonderer Berücksichtigung der Verfassungsgesetze von **Dr. R. Epstein**. Preis 20 Pf. Die Abhandlung ist als Heft 10 der Arbeiter-Gesundheitsbibliothek erschienen. Die Arbeit Epsteins bildet gewissermaßen eine Fortsetzung und Ergänzung zu Jabels Einführung in die Gewerbehygiene. Sie behandelt die persönliche und öffentliche Gesundheitspflege des Arbeiters und von der Gewerbehygiene besonders eingehend die Verfassungsgesetze. Ein Schlusskapitel handelt von der Ueberwachung des gesundheitlichen Arbeiterschutzes durch Gewerbeaufsichtsbeamte, Ärzte und Arbeiter und verlangt, daß den Vertretern der Krankenkassen dasselbe Recht zugesprochen wird, welches die Organisationen der Arbeitgeber, die Berufsgenossenschaften, bei der Kontrolle der Unfallverhütungsvorschriften längt besitzen.

**Die Hamburger Buchdrucker und die Arbeitsruhe am 1. Mai.** Unsere neuerliche Meldung, daß die Hamburger Buchdrucker beschlossen hätten, den 1. Mai künftig durch Arbeitsruhe zu begehen und eventuell je nach dem Ausfall der Urabstimmung schon in diesem Jahre, wird durch eine Meldung hiesiger Blätter dahin ergänzt, daß bei der geheimen Abstimmung 500 Stimmen für, 800 gegen die Arbeitsruhe abgegeben worden, außerdem mehrere weiche bzw. unglückliche Stimmen.

Wir stehen nicht an, das Abstimmungsverhältnis in Anbetracht der Umstände als ein gutes zu bezeichnen. Hatte doch das Organ des Verbandes der Buchdrucker, der „Korrespondent“, die Bedeutung des 1. Mai für die Arbeiterbewegung in seiner Nummer vom 1. Mai mit keinem Worte gewürdigt.

Genosse **Robert Michels** teilt uns zu der in Nr. 96 des „Vorwärts“ erschienenen Erklärung der acht Genossen vom deutschen Resellub zu Paris über seine (M.'s) Vorträge in Paris mit, daß er auf das unbedingtste daran festhalten müsse, daß nicht nur seine Worte, sondern in noch höherem Grade die Gesamtintention seiner Vorträge auf das größtmögliche mißverstanden worden sei. Er könnte auch Gegenzeugen gegen die acht Pariser Genossen bringen, verzichte aber darauf, da auf solche Weise doch kein genügender Beweis zu führen sei, und werde deshalb den zweiten der Vorträge — den vor den Arbeitern gehaltenen —, demnächst in deutscher Sprache herausgeben.

### Aus der Schweizer Sozialdemokratie.

Unser Schweizer Korrespondent schreibt uns: Bei den kürzlichen Nachwahlen für den Großen Rat im Kanton **St. Gallen** wurden 6 Sozialdemokraten, 9 Demokraten, 84 Liberale und 68 Ultramontane gewählt. In der Stadt **St. Gallen** vollführten die Liberalen, die die Mehrheit haben, einen infamen Schelmstreich gegen unsere Partei. Bis her war einer der beiden sozialdemokratischen Vertreter der Genosse **Wöschstein**, der als Arbeiterssekretär den Ausbeutern am tiefsten verhaßt ist, zurzeit ganz besonders, da verschiedene Lohn- und Streikbewegungen im Gange sind, an demselben selbstverständlich als Vertrauensmann der Arbeiterschaft teilzunehmen hat. Um sich an ihm zu rächen, be-

schlossen die Liberalen, ihn nicht mehr auf die Liste zu nehmen, den Sitz jedoch der sozialdemokratischen Partei zu überlassen. Sie stellten nun den Genossen **Schmidt**, der Präsident der Arbeiterunion (des Gewerkschaftskartells) ist, als sozialdemokratischen Kandidaten auf, während unsere Partei an **Wöschstein** festhielt. Schmidt lehnte die ihm zugedachte Rolle ab und erklärte in der Presse: „Der Unterzeichnete protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die Zumutung, sich gegen den offiziellen Kandidaten der Partei in den Großen Rat wählen zu lassen. Ich erlaube die Mitsitzer und insbesondere meine Parteigenossen, ihre Stimme zu vereinigen auf die beiden offiziellen Kandidaten der sozialdemokratischen Partei: **H. Wöschstein** und **S. Müller**. Eine allfällige Wahl würde ich unter keinen Umständen annehmen.“

Trotzdem wurde Schmidt mit 2811 Stimmen gewählt, während der offizielle Kandidat, Genosse **Wöschstein**, nur 1289 Stimmen erhielt. Es wird nun die Partei zu entscheiden haben, was weiter geschehen soll.

Mit dieser politischen Gaunerei haben die meisten aus Kleinmeistern und Großunternehmern bestehenden Liberalen den Mehrheitsystem den Todesstoß verleiht, denn so korrumpiert man das öffentliche politische Leben. Bereits sind von den Sozialdemokraten, Demokraten und Ultramontanen 15.000 Unterschriften für die Einführung der Proportionalwahl gesammelt, die nun hoffentlich in der späteren Volksabstimmung beschloffen wird.

Ohne Gegenkandidat wurde in der Stadt **Winterthur** der Genosse **Friedenrichter Berner** mit 2008 Stimmen in den Kantonsrat gewählt. Vor einem Jahre bei den Erneuerungswahlen hatten die Würgerlichen durch einen infamen Wahlrechtsraub unserer Partei ihre drei Siege im Kantonsrat entrisen und alle 12 Siege für sich beschlagnahmt. Jetzt war eine Erntewahl zu treffen und da überließen nun die Würgerlichen von ihrem Raube gnädigst einen Sitz unserer Partei.

### Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

#### Eine Raifceier mit Hindernissen.

Mit welcher Kleinlichkeit eine große Sache belämpft wird, das sollten gelegentlich der diesjährigen Raifceier auch unsere Genossen in **Oberhausen-Alfaden** erleben. Wir haben in letzter Zeit bereits verschiedene Taten der Oberhausener wie der Alfadener Polizei mitgeteilt, doch die jetzige Raifceier ist geradezu ein Kapitalstück auf diesem Gebiete. Wie überall, so hatten auch die hiesigen Genossen für die Feiernden eine Demonstrationverammlung einberufen und zwar um neun Uhr morgens nach dem Raahischen Lokale in Alfaden. Etwa eine Stunde vor Beginn der Versammlung erhielt man plötzlich der Geschäftsführer des Wirtes **Raah** — dieser selbst wohnt in Düsseldorf — eine Verfügung der Polizei dahinlautend, daß der Vertreter des Wirtes dauernd seinen Schankbetrieb einzustellen habe, da er nicht im Besitze der Schankkonzession sei. Diese plötzliche Entdeckung der Polizei wirkte um so verblüffender, als sie bisher die Vertretung ruhig gebildet, die Abgaben für Lustbarkeiten ruhig eingestrichelt und auch sonst Einwendungen gegen die Vertretung des auswärtig wohnenden Wirtes nicht erhoben hatte. Gleichzeitig mit der Schanksperrung wurde auch das Versammlungslokale geschlossen! Darauf aufmerksam gemacht, daß die Abhaltung der Versammlung mit dem Schankbetriebe nichts zu tun habe und der regelmäßige Mieter des Versammlungslokals der Einberufer der Versammlung sei, vertiefte sich der Leiter der polizeilichen Ueberwachungsmanufaktur, die in einer Stärke von sechs Polizeibeamten und drei berittenen Gendarmen (1) vor dem Lokale auf und ab patrouillierte, auf eine Verfügung des Landratsamts, nach der er zu handeln habe. Ungläubig gegen polizeiliche Verfügungen und auf ihr gesetzliches Recht pochtend, wie die Sozialdemokraten nun einmal sind, gingen sie darauf spornstreichend nach der nächsten Telephonverbindung, um von dem lgl. preussischen Landratsamte zu erfahren, auf Grund welchen Rechts man uns das Versammlungslokale sperre, da die polizeiliche Verschleppung der rechtmäßigen Anmeldung in den Händen der Genossen und hauptsächlich gegen das Lokale nichts einzuwenden sei. Und nun erlebte man die zweite Ueberausung, indem der Herr Landrat mitteilte, daß er von der polizeilichen Anordnung nichts wisse, und dieserhalb Bericht einfordern werde! — Schade, daß in dem Augenblicke, als die Genossen mit diesem Bescheide zurückkamen, kein Amateur-Photograph unter der Menge war. Die verschiedenen langen Gesichter, die es gab, wären der Aufnahme wert gewesen. Die Genossen machten nun kurzen Prozeß, sie öffneten trotz des Verbots der Polizei das Lokale. Die inzwischen auf etwa 600 Personen angewachsene Menge strömte hinein und Genosse **Thielhorn-Duisburg** begann seine Raifceire, die nicht zum Schaden der Unterhaltung um einige pikante Episoden bereichert wurde.

Inzwischen hatte aber auch der Telegraph gespielt. Und noch bevor der Festredner mit seinem Referat zu Ende war, erschien schon der Wirt **Raah** aus Düsseldorf, übernahm selbst seinen Schankbetrieb und es konnte somit auch den Bedürfnissen auf diesem Gebiete Rechnung getragen werden. Die Polizei verhielt sich nunmehr auffallend still, der Herr Kommissar selbst kam mit noch einem Beamten in die Versammlung und überwachte und alles nahm nun seinen ordnungsmäßigen Verlauf. Doch da man es einmal auf ein Amüusement der Arbeiter abgesehen zu haben schien, so bekam der Herr Ueberwachende noch den Einfall, einige bestellte Nummern der „Maffest-Zeitung“, die in der Versammlung an die Besteller abgegeben wurden, zu konfiszieren! Selbstredend wurden die bestellten Zeitungen auf Reklamation der Besteller nachher wieder freigegeben.

Ob die Polizei in Alfaden mit ihrer neuesten Blamage wohl zufrieden ist? oder ob „Fortsetzung“ folgen wird? Wir erwarten das letztere.

## Aus Industrie und Handel.

**Preissteigerungen.** Die Aufhebung der Ausfuhrvergütung seitens des Kohlenhandels und des Roheisenhandels hat aufeinander eine weitere Preissteigerung auf dem Innenmarkt zur Folge. So werden bereits für Halbzeuge, Röhren, Rieten usw. Preisaufschläge gemeldet. Es scheint fast so, als seien die Großindustriellen von einem Fieber erfaßt, gleich dem Spieler, der im Zaumel des Glüdes zu den gewagtesten Einfügen sich hinreichend läßt, bis das Blatt sich wendet.

**Weizenerte der Welt im Jahre 1905.** Das Ackerbaudepartement der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hat kürzlich nachstehende Zusammenstellung der Weizenerte der Welt im Jahre 1905 im Vergleich mit den drei Vorjahren veröffentlicht. Von den Ergebnissen der Zusammenstellung ist hervorzuheben, daß die bisherige Höchsternte vom Jahre 1905 im Jahre 1905 noch um 118 1/2 Millionen Scheffel (a 27,25 Kilogramm) übertroffen wurde, und daß diese Steigerung lediglich die Ernten von Nord- und Südamerika, welche eine bisher nicht vorgekommene Höhe erreichten, sowie von Australien bewirkt haben. Die europäische Ernte war

größer als 1904, blieb aber hinter derjenigen vom Jahre 1903 erheblich zurück. Die Ernten in Asien und Afrika waren im letzten Erntejahr kleiner als in den beiden Vorjahren.

Die von der amerikanischen Regierung ermittelten Erntemengen sind die folgenden:

	1902	1903	1904	1905
Nordamerika . . .	777 194	783 279	637 827	808 074
Südamerika . . .	74 625	115 890	146 111	176 120
Europa . . . . .	1 795 398	1 831 193	1 726 084	1 790 698
Asien . . . . .	382 122	467 115	518 589	456 135
Afrika . . . . .	52 023	54 313	50 606	41 500
Australien . . . .	43 927	20 461	84 628	65 626
Zusammen . . . .	3 125 227	3 221 251	3 163 845	3 337 748

Die **Tabakarbeiter-Genossenschaft** konnte in ihrem Geschäftsbericht für 1905 über ein äußerst befriedigendes Resultat berichten. Die Entwicklung dieser Genossenschaft ist in den letzten Jahren eine durchaus erfreuliche gewesen. Der Umsatz betrug 1900: 207 100 M., 1901: 256 488 M., 1902: 348 054 M., 1903: 440 683 M., 1904: 537 855 M., 1905: 577 543 M.

An diesem Umsatze waren, wie die Großeinkaufsgenossenschaft mitteilt, die Konsumvereine beteiligt 1900 mit 24,6 Proz., 1901: 43,3 Proz., 1902: 49 Proz., 1903: 53 Proz., 1904: 56,4 Proz., 1905: 53,4 Proz. So erfreulich diese Steigerung ist, so geht aber doch aus diesen Ziffern hervor, daß ein erheblicher Teil der Produktion noch an andere Abnehmer abgesetzt werden muß. Soll die Genossenschaft eine Produktivabteilung der Gesellschaft werden, so muß der Abfall an die Konsumvereine noch bedeutend steigen, so daß die ganze Produktion bei den Vereinen untergebracht werden kann und die übrige Kundschaf nach und nach ausgeschaltet wird. Die Möglichkeit hierzu ist zweifelsohne gegeben, denn der Bedarf der deutschen Konsumvereine in Zigarren ist vorhanden. Im übrigen würde ja auch, wenn der Betrieb zur Großeinkaufsgenossenschaft gehörte, es nicht mehr möglich sein, an andere Abnehmer als an Genossenschaften zu liefern.

**Der Handel San Franciscos.** Die günstige Stimmung auf dem Wirtschaftsmarkt ist in den letzten Wochen sehr stark unterstrichen worden, durch die mutmaßlichen Bedürfnisse die der Wiederaufbau der zerstörten Stadt an die Industrie stellt. Baumaterialien, Eisen und Zement spielen dabei eine große Rolle. Da die Hoffnungen, die man in Europa nach dieser Richtung nährt, sich voll erfüllen, erscheint aber doch sehr fraglich. Zunächst werden die Eisenindustriellen Americas wohl dafür sorgen, daß der Löwenanteil ihnen verbleibt. Auch die Zementindustrie Deutschlands darf sich nicht allzu rosigem Vorstellungen hingeben. Man wird selbstverständlich in San Francisco alles daran setzen, die eigene Produktion wieder auf normale Höhe zu steigern. Und diese hat sich in den letzten Jahren ganz enorm entwickelt. Die Gesamteinfuhr an Zement, die für 1903 noch die stolze Ziffer von 177 372 Tonnen zeigte, war 1904 bereits auf 71 858 Tonnen zurückgegangen. Von großer Bedeutung ist die Ausfuhr San Franciscos. Sie betrug für die angegebenen Artikel dem Werte nach — in Pfd. Sterl.:

	1904	1903
Weizen und Mehl . . . .	1 110 325	1 558 538
Berste . . . . .	454 513	863 453
Lachs . . . . .	662 562	447 605
Obstkonferven u. Dörrobst	559 646	668 757
Holz . . . . .	155 643	134 808
Quecksilber . . . . .	138 279	98 949
Wein . . . . .	102 004	92 338
Hopfen . . . . .	20 974	25 640
Branntwein . . . . .	5 905	11 635
Uebrigere Artikel . . . .	4 384 087	2 457 700

Am lebhaftesten sind die Handelsbeziehungen San Franciscos mit China und Japan. Die Ausfuhr aus Japan z. B. belief sich 1904 auf 3,354 Millionen Pfund Sterling, die Ausfuhr nach dort auf 2,095 Millionen Pfund Sterling. China figuriert in der Außenhandelsstatistik mit 1,524 Millionen Pfund Sterling in der Einfuhr und mit 1,768 Millionen Pfund Sterling in der Ausfuhr. Dagegen importierte Deutschland aus San Francisco für 0,342 Millionen Pfund Sterling, die Ausfuhr belief sich auf 0,032 Millionen Pfund Sterling. In den Außenhandelsverkehr San Franciscos wird auf längere Zeit eine erhebliche Störung eintreten, doch hofft man später die alten Beziehungen wieder voll aufnehmen zu können.

**Hibernia.** Die Generalversammlung der Aktionäre, in der 58 1/2 Millionen Aktienkapital vertreten waren, wovon 27 1/2 Millionen auf den Fiskus entfallen, genehmigte entgegen den Anträgen der Regierungsvertreter die von der Verwaltung aufgestellte Bilanz und erteilte Entlastung. Die Vertreter der Regierung gaben einen Protest zu Protokoll gegen das Mitstimmen der 6 1/2 Millionen Mark junger Aktien und gegen die Abschlüsse, die mit deren Hilfe zustande gekommen sind.

## Aus der Frauenbewegung.

**Frauenbildung.** Eine vom Verein für Frauenbildung und Frauenstudium einberufene Versammlung beschäftigte sich mit den Grundsätzen der neuen sexuellen Ethik über Liebe und Ehe, und stimmte einer Kundgebung zu, in der gesagt wird: Der Persönlichkeit des Menschen darf im geschlechtlichen Leben nicht unbedingte Freiheit eingeräumt werden, sondern Mann und Frau müssen beim Eingehen einer ehelichen Vereinigung nicht nur an persönliche Gefühle, sondern an gesetzliche Formen gebunden sein. Der Bestand der Familie innerhalb eines geordneten Staatswesens, das sich auf der Familie aufbaut, muß auch durch staatliche Ordnungen gesichert sein. Die freie Liebe, auch im idealsten Sinne, wird von uns verworfen, weil sie eine Forderung nur derer sein kann, die sich ihrer Verantwortung der menschlichen Gesellschaft gegenüber nicht vollkommen bewußt sind. — Also das idealste, von Zwang und niedrigen Spekulationen freie Verhältnis wird verworfen, geheiligt bleibt der konfessionelle Heiratsvertrag. Vielleicht nimmt der Verein die Organisation des Fleischmarktes noch als besonderen Punkt in sein Programm auf.

**Friedenau.** Dienstag, den 8. Mai, findet bei Grube die Monatsversammlung des hiesigen Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins statt, zu welcher die Mitglieder dringend geladen sind. Herr **Dr. Vinus** spricht über „Unterleibsleiden“, was gewiß für die Frauen von höchster Wichtigkeit ist. Gäste sind freundlich willkommen. Der Vorstand.

**Wasserstand am 8. Mai.** Elbe bei **Mülla** + 0,43 Meter, bei **Dresden** - 1,03 Meter, bei **Magdeburg** + 1,52 Meter. — **Unstrut** bei **Straßfurt** + 1,60 Meter. — **Ober** bei **Ballhof** 0,00 Meter, bei **Breslau** Oberpegel 0,00 Meter, bei **Dresden** Unterpegel 0,00 Meter, bei **Frankfurt** + 1,51 Meter. — **Weichel** bei **Brabemünde** + 3,16 Meter. — **Wartje** bei **Toten** + 0,80 Meter. — **Rege** bei **Uch** 0,00 Meter.

# Turmstr. 76 Lachmann & Scholz. Ottostraße 1

## Besonders vorteilhaft!

Ringel-Herren-Socken . . . Paar 14 Pf.	Damen-Achsel- und Priesenhemd aus Hemdentuch mit Spitze . . . 98 Pf.	Conl. Damen-Zwirn-Handschuhe Paar 9 Pf.	Damen-Gürtel-Korsett mit Spitze 78 Pf.
Schweiß-Socken . . . . . Paar 10 Pf.	Wirtschafts-Schürzen . . . . . 48 Pf.	Damen-Stehkragen . . . . . 10 Pf.	Herren-Macchosen mit Satin-Bund 95 Pf.
Elegante Zephyrstoffe für Kleider und Blusen in neuesten Mustern . . . . . Meter 19 Pf.	Mousseline-Imitation in großen Farbensortimenten, hell und dunkel . . . . . 35 Pf.	Weiß-schwarz karierte und gestreifte Wollenstoffe . . . . . Meter 68 Pf.	Volle, reine Wolle, zirka 110 cm breit, in neuesten Saisonfarben . . . . . 98 Pf.

Doppelte Rabattmarken geben wir bis 11. Mai

wenige Artikel ausgenommen.

Eigene große Betriebswerkstätte Neue Hobrechtstraße 59-60.

# Tausende

von Herren können Geld sparen, wenn sie ihren Bedarf an gut sitzenden Bekleidungsstücken im

Spezial-Hause eleganter Herren- und Knaben-Bekleidung

□ □ □ fertig und nach Maß □ □ □

Bekleidung für sämtliche Berufe

der Firma

## LESKE & LEHRER

78 Kottbuser Damm 78

decken.

Da wir unsere sämtlichen Maßsachen in eigenen großen, der Neuzeit entsprechend eingerichteten Betriebswerkstätten anfertigen lassen, so richten wir an unsere werten Kunden die ergebene Bitte, uns Pflingstbestellungen schon jetzt zu machen.

Wir richten diese ergebnisreiche Bitte nur aus dem Grunde an das werbe Publikum, damit wir in die Lage gesetzt werden, die bei uns bestellten Maßsachen auf das Sorgfältigste verarbeiten zu können.

Die jetzt bestellten Sachen können auf Wunsch auch später abgenommen werden.

Sämtliche bei uns bestellten Maßsachen

werden unter Leitung erster Meister und nach dem

vom Verbands der Schneider und Schneiderinnen festgesetzten Lohns angefertigt.

Was Verarbeitung, Eleganz, Sitz und Auswahl an Stoffen anbelangt, steht unsere Spezial-Abteilung unerreicht einzig und allein da.

Unerreichte Auswahl an

Frühjahrs-Anzügen • Frühjahrs-Paletots  
Knaben-Anzügen • Knaben-Paletots

Unsere Grundsätze:

Wir verarbeiten nur gute, reelle, ausgeprobte Stoffe. Wir haben in sämtlichen Abteilungen enorme Auswahl. Wir achten auf tadellose Verarbeitung und guten Sitz. Wir werden stets das Neueste zum Verkauf bringen. Wir verkaufen zu billigen, aber streng festen Preisen. Wir haben auf jedem Gegenstand den festen Verkaufspreis mit Zahlen vermerkt.

Originalentwurf!  
Nachdruck  
verboten.

Bitte beachten Sie genau unsere Firma und Hausnummer.

Wir reparieren und bügeln jeden bei uns gekauften Gegenstand gratis.

Eigene große Betriebswerkstätte Neue Hobrechtstraße 59-60.

# Arbeiter Berlins

haben Gelegenheit, für wenig Geld sich in unseren drei Geschäften hochelegant einzukleiden. Jeder

## kauft

bei uns

Herren-Anzüge, hochelegant . . . . . von Mk. **6 80** an

Burschen-Anzüge, hochelegant . . . . . von Mk. **4 30** an

Herren-Paletots, in allen Ausführungen . . . . . von Mk. **5 90** an

Kinder-Anzüge, in allen Ausführungen . . . . . von Mk. **1 80** an

Herren-Hosen, in allen Mustern . . . . . von Mk. **1 75** an

## bei

Einkauf eines Herren-Anzuges eine Hose gratis. — Wir bitten genau auf die Firma

120/16

# Blitz

zu achten. Vor Täuschung wird gewarnt.

**137** Gr. Frankfurter Straße **137**  
zwischen Koppen- u. Fruchtstraße.

**9** Rosenthaler Straße **9**  
Ecke Auguststraße.

**80** Chausseestraße **80**

## Grösstes Specialgeschäft für Hüte und Mützen



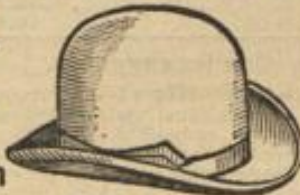
Weiche Herrenhüte  
von M. 1,50 — M. 7,00  
Nur fehlerfreie, moderne Ware!

Oscar Arnold

Dresdenerstr. 116  
Kein Laden (am Oranienplatz).

Filzhüte, Cylinderhüte,  
Strohhüte und Mützen

Engros! Export!  
aussergewöhnlich reich-  
haltige Auswahl!



Steffe Herrenhüte  
von M. 1,85 — M. 7,00  
Nur fehlerfreie, moderne Ware!

Einzelverkauf zu auffallend billigen, aber streng festen Preisen.

Alfred Bernhardt, NW., Alt-Moabit 84  
vis a vis der Heilandskirche

Spezialhaus größeren Stils für moderne

Herren- und Knaben-Bekleidung.

## Wollen Sie Geld sparen

schick und fein gekleidet gehen, reell bedient sein?

dann beachten Sie erst meine 5 Schaufenster und 5 Schaukästen bevor Sie Ihren Bedarf in Herren- und Knaben-Bekleidung für den Sommer decken.

Meine Grundsätze sind: Streng reelle Bedienung, Preise konkurrenzlos billig, aber streng fest.

Vorzeiger dieses Inserats gewähre beim Einkauf 5 Prozent Rabatt.

Monats-Garderoben-Haus

**6 Prinzenstraße 6**

Die schönsten Herren-Sommer-Paletots und -Anzüge in getragener, speziell Monats-Garderobe. Von Kavaliere getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell Bauanzüge, sind in großer Auswahl stets zu staunend billigen Preisen zu haben

im Laden **Paul Lowicki, Prinzenstr. 6.**  
983L\* Hochbahnstation: Prinzenstraße.

# TUMA-ZARI

Beste 2 Pfg.-Zigarette.

Englischen, französischen, deutschen Unterricht erteilt 1866b\*  
G. Swienty,  
Schöneberg, Sedanstraße 57 III.

Damen-Konfektion direkt aus der Fabrik. Kein Laden.

Nach beendeter Engros-Saison

auch Einzelverkauf

enorm

billig

Staubmäntel

Capes

Jackets

Havelocks

Kostüme

Kostüm-Röcke

Mädchen-Paletots

Robert Baumgarten,

Hausvogel-Platz 11, II. Etage

(an der Jerusalemstraße).

Bei Vorzeigung dieses Inserats an der Kasse werden

= 5 Proz. Rabatt vergütet =

Auch Sonntags geöffnet!



# Zum Total-Ausverkauf

kommen von heute ab aus meinem früheren Geschäft Manteuffelstr. 108:

Große Posten

Herren-Anzüge und Paletots **S 75**, 11-, 12- u. 14<sup>50</sup> Mk.

Anzüge und Paletots, Extra-Größen für korpulente Herren passend, von **12-18** Mk.

Burschen- und Knaben-Anzüge für **2<sup>25</sup>**, 3-, 4<sup>50</sup>, 7<sup>25</sup> u. 9- Mk.

Große Posten Herren-Hosen für **1<sup>95</sup>**, 2<sup>25</sup>, 2<sup>95</sup>, 3<sup>50</sup> u. 4 Mk.

Selten günstige Gelegenheit zum billigen Einkauf.

S. Littmann, Zentrale für Herrenmoden,

jetzt nur Oranienstraße 2. Nahe Station Hochbahn Oranienstraße. Fahrgehd wird vergütet.

## Wirtshaus Schloß Woltersdorf

empfiehlt sich den geehrten Bewertern etc. zu seinen Ausflügen. Große Säle, großer schattiger Garten und alter Park, herrlich am Platansee. Billige möblierte Zimmer mit auch ohne Pension, per Kopf von 3 Mk. täglich an, auch für die Pfingstferien. Ebenso habe noch Himmelstafel, Zumi, Quilt und August einige Sonnabende und Sonntage frei. 9102\* Um recht zahlreichen Besuch bittet Friedrich Saewert.



Begründet 1873.

Spezial-



Hut-Engros-Lager  
in Filzhüten, Jagdhüten, Zylinderhüten, Chap.-clagues u. Strohhüten.  
Größte Auswahl  
Einzelverkauf zu außergewöhnlich billigen Preisen.  
Neue Königstr. 48, 1 Treppe,  
drittes Haus vom Alexanderplatz (Sonntags geöffnet).

**SPREE HAVEL Stern GESELLSCHAFT**

**Sonntag, den 6. Mai 1906:**

### Zur Baumblüte nach Werder!

Von Berlin, Weidenhammer Brücke (Friedrichstr.) 9 Uhr  
 Charlottenbrücke (Café Gärtners) 9<sup>30</sup> Fahrpreis  
 Spandau, Charlotten-Brücke 11 Uhr  
 Potsdam, Lange-Brücke (Eisenbahnhotel) 11<sup>30</sup>, 1<sup>30</sup>, 2<sup>30</sup>, 3<sup>30</sup>, 4<sup>30</sup>  
 Surtut v. Werder: 1<sup>30</sup>, 2<sup>30</sup>, 3<sup>30</sup>, 4<sup>30</sup> b. Potsdam, 5<sup>30</sup> b. Spandau-Berlin.

Von Spandau: 11<sup>30</sup>, 2<sup>30</sup>, 3<sup>30</sup>  
 Wannsee von 10<sup>30</sup>—7<sup>30</sup> stündlich bis Potsdam.  
 Potsdam: 10—7 stündlich bis Wannsee, 2 u. 5 bis Spandau.  
 Zwischen Spandau-Gatow eingelegte Dampfer.

Ab Berlin, Jannowitz-Brücke, früh 9 Uhr:  
**Sonderfahrt nach Woltersdorfer Schleuse** Einf. Fahrt 60 Pf.  
 Auf der Oberspree von 10 Uhr ab halbstündlicher Verkehr.  
 Ab Oranien, Eisenbahnhotel, von 10 Uhr ab stündlicher Verkehr auf der Lücknitz bis Alt-Buchhorst.

Vereinen und Gesellschaften empfehlen wir unsere Dampfer und Motorboote jeder Größe zu Ausflügen.

### Wo? Pichelswerder alten Freund.

Partien bis 1500 Personen haben bei schönem Wetter bequem Platz.  
 Es laßt ganz ergeben ein Fernsprecher Spandau: 814.

Küche stets in altbekannter Güte.

### Jedes Wort 10 Pfennig.

Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pf. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

### Verkäufe.

**Gardinen** - Versandhaus Neu-Isenrothstr. 11/12. Günstigste Preise für Gardinen, Stores, Bettdecken, Portieren, Tischdecken. Reste enorm billig. 1511R\*

**Interieur** - Ausverkauf. Gardinen Stores, 10 Prozent Rabatt. Fenster Vorhänge (Schal) 140, 155, 225, 285, 355, 455, 575, 665 usw. 1488R\*

**Interieur** - Ausverkauf. Vorhänge Gardinen mit überaus schönem Muster. Fenster Vorhänge (Schal) 140, 155, 225, 285, 355, 425 usw. goldfarbig und rot 265, 285, 325, 450 usw. 1459R\*

**Tischdecken**, weiß, creme, 195, 225, 285, 375, 450—790. Weissenberg Teppichhaus, Große Frankfurterstr. 125. 1490R\*

**Interieurpreis**. Teppdecken, Simile-Seide, rot, grün, blau, gelb 160 breit, 200 lang, Handarbeit (Wert 10.50) jetzt 5.85.

**Teppdecken**, Gelegenheitsverkauf, nur so lange Vorrat, 285, 365, 425, 585, 675, 785 usw. Weissenberg Teppichhaus, Große Frankfurterstr. 125. \*

**Interieur** - Ausverkauf. Tischdecken mit feinen Stickereien in allen Farben, Größen, 1.85, 2.25, 2.75, 3.50, 4.25 usw. 1493R\*

**Wäsche** - Gelegenheitsverkauf, mit feinen Stickereien, nur so lange Vorrat, 4.85, 5.85, 6.35, 7.50, 8.45, 9.55, 10.35. 1494R\*

**Wäsche** - Gelegenheitsverkauf in Wolle und buntem Woll, zu Solabedingen ausverkauft, in allen Preislagen. Weissenberg Teppichhaus, Große Frankfurterstr. 125. 1495R\*

**Interieur** - Ausverkauf. Abfall-Teppiche in allen Größen zu Spottpreisen. 1496R\*

**Teppiche**, imitiert Japaner und Perser, 2 Meter lang, nur 3.25. Weissenberg Teppichhaus, Große Frankfurterstr. 125. 1497R\*

**Interieurpreis**. Portieren (zwei Schals, ein Landrequin) Garnitur 3.85, in allen Farben. 1498R\*

**Günstige Wäsche** und Tischdecken enorm billig. Weissenberg Teppichhaus, Große Frankfurterstr. 125. 1499R\*

**Gardinenhaus** Große Frankfurterstr. 9, parterre. 1500R\*

**Teppiche!** (schlechteste) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Potsdamer Str. 4, Bahnhofstr. 283/3. 283/3

**Herrenfahrpad**, Damenfahrpad, wie neu, 45.00. Holz, Blumenstr. 36b. 1427R\*

**Möbel**, Gelegenheitskäufe, neue und gebrauchte billig. Lindenstr. 247 I. 1427R\*

**Hochwertige Herrenanzüge**, Sommerpaletots, die aus feinsten Stoffen gefertigt wurden, 18 bis 38.00. Herrenhosen 7—12.00 verkauft täglich, Sonntag. Deutsches Versandhaus, Jägerstr. 63, 1. Trepp. 1427R\*

**Fahrräder**, Teilsahlungen, Bergstr. 28, Stallstr. 40. 1500R\*

**Teppiche** mit Farbenfeldern Gebrauchtbedarfe Große Frankfurterstr. 9, parterre. +1

**Abfallerumpfen**, 8.00 bis 100.00, alte 5.00, Sauger, Gartenpumpen, Schläuche, Sechshöcker umsonst. Pumpenwerk, Jägerstr. 61. 711R\*

**Reifenlager**, Opernrollen, Kleingüter, Regulator, Kesselschwinger, Harmonikas, Geigen, Zithern, Klavier, Teppiche, Sportbillig. Lude, Dranienstr. 131. 1509R\*

**Gelegenheitskäufe**: Galanterie, Kugeln, Dolche, Koffer, Revolver, Leinwand, Uhren, Goldschmuck, Koffer, Sportbillig. Lude, Dranienstr. 131. 1509R\*

**Kanarienvögel**, Seidenfische, Quackenten, junge, sprechende Papageien, auch Tauben, Kommandantenstr. 52, 1. Stock, Bognerstr. 1509R\*

# Eine Neu-Auflage des Anti-Verpfändungs-Flugblattes,

welches vollständig vergriffen war, ist unter der Presse und kommt morgen an die Besteller zur Versendung.

## Freunde des freien Geistes,

welche noch Flugblätter gratis und franko wünschen, mögen schleunigst schriftlich dem Unterzeichneten mitteilen, wie viel sie wünschen, unter Beifügung der genauen Adresse (deutlich schreiben), an welche dieselben gesandt werden sollen.

**Der Agitations-Ausschuß der Berliner Freireligiösen Gemeinde.**  
 I. A.: A. Hoffmann, Berlin O., Blumenstraße 14. 62/16

**Müggelschlößchen** (Friedrichshagen), Direkt am See gelegen, dichter, schattiger Wald und Garten. Familien können Kaffee kochen, Alter 30 J., 1/2 Alter 40 J. — Vorzügliche billige Küche. — Gute Biere. — Gute Weine. [16109]

**Dr. Simmel**, Pringan-Str. 41, Spezialarzt für Haut- und Harnleiden. 10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

### Greift zu!

Monats-Anzüge . . . v. 10.— an  
 Abonnement-Anzüge . . . 12.50  
 Monats-Paletots . . . 9.—  
 Partie-Anzüge, teils mit unmerklichen Rechten 10.50  
 Anzüge, Glatz für Robe 20.—  
 Kammer-Hof-Of-Paletots 2.—  
 Alles auch für formale Anzüge! Betrag Kleidungsstücke v. Kanalle: ent. Kleider, aus den feinsten Stoffen Berlin, teils von Hofliefer. Joseph Dillig. Straßenbahn-Vergütung! Bitte Zentral-Keller, Berlin, 35 Neanderstr. 35, am der Köpenickerstr. 5 Minut. v. Stadtbahn Zionskirchstr.

**Nathan Wand**  
 129 Stallstr. 129. Die schönsten Herren-Sommer-Paletots und Anzüge in neuem Schnitt. Monats-Garderobe von Kanallern getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend. Spezial-Bauchanzüge sind in großer Anzahl stets zu staunend billigen Preisen zu haben.

**Nathan Wand**  
 129 Stallstr. 129. Hochbahnstation Kottbuser Tor. Bitte auf Hausnummer zu achten.

## Kleine Anzeigen

**Wohnungen.**  
 Cubenarderstraße 36, 37, 38 sofort Kleinwohnungen von 19 Mark an. 1634R\*

**Schlafstellen.**  
 Schlafstelle für Herrn. Köhlerstr. 14/15. 721R\*

**Freundliche Schlafstelle** vermietet Bismarckstr. 11, Hof III. 712R\*

**Mietsgesuche.**  
 Gesucht kleines möbliertes Zimmer einen Herrn. Nähe Moritzplatz. Offerte H. S. Postamt S. 14. 1646R

**Vermietungen.**  
 Wohnung. Cubenarderstraße 36, 37, 38 sofort Kleinwohnungen von 19 Mark an. 1634R\*

**Schlafstellen.**  
 Schlafstelle für Herrn. Köhlerstr. 14/15. 721R\*

**Freundliche Schlafstelle** vermietet Bismarckstr. 11, Hof III. 712R\*

**Mietsgesuche.**  
 Gesucht kleines möbliertes Zimmer einen Herrn. Nähe Moritzplatz. Offerte H. S. Postamt S. 14. 1646R

**Parteisekretär**  
 für den Gaubezirk Nordbayern gesucht. Der Antritt kann sofort, muß aber spätestens am 1. Juli erfolgen. Anfangsgehalt 3000 Mark. Bewerbungen mit kurzer Angabe über die bisherige Tätigkeit werden bis 20. Mai unter Beifügung einer Probearbeit über die Aufgaben eines Parteisekretärs erbeten. 293/2\*

**Der Gauvorsand.**  
 H. N.:  
 Martin Treu, Nürnberg, Eggenplatz 22.

**Achtung! Wagenfabriken!**  
 In den Wagenfabriken von E. Rüdiger, Leuschner, Gröpl. 6, Gebr. Wendt, Pantow, Gottschalk, Rotowagenfabrik in Reimdenborn, befinden sich die sämtlichen Arbeiter im Streik.

**Achtung! Rohrleger und Helfer!**  
 Die Firma Gorke, Pantow, Jägerstr. 37, und folgende Bauern sind gesperrt:  
 In Pantow, Krantenhaus, Breitestr. 49, Bauherr.  
 In Schönberg, Wartburgstr. 22, Bauherr.  
 In Tegel, Seegasse, Bauherr.  
 In die Bauhandwerker appellieren wir, uns zu unterstützen.  
 Die Ortsverwaltung.

**Ringelstichchen.** Bobbin, Schnellnäher, ohne Anzählung, Woche 1,00, gebraucht 12,00. Schnellste Lieferung. Vollkarte genügt. Vorkaufbestellung. Köpenickerstr. 60/61, Große Frankfurterstr. 43, Grenzauerstr. 59/60. 789R\*

**Nähmaschinen.** Nähle bis 15,00, mit Teilsahlungen kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Woche 1,00. Vollkarte. Drauser, Lützowstr. 90. 721R\*

**Teppdecken** billig! Großes Frankfurterstr. 9, parterre. 711R\*

**Pianino**, 60.00, goldgrüner (kein Tafelklavier) Lutzowstr. 8. 120/17\*

**Panelbrett**, elegant, 9 Mark, Straußengasse 6a, II. 120/30

**Federbetten**, 120 breit, 2 Stück 20 Mark, Daunendecken 45.—, auch 5 Zimmer Nippbaumöbel verkauft Dresdenstr. 38, vorn II links.

**Fahrräder**, verleihe, am billigsten Leihhaus, Neue Schönhauserstr. 11. (Näheres Hausnummer.) Größtes Fahrradlager Berlins, Kleinauswahl sämtlicher Fahrradmarken zu Preisen, welche keine Konkurrenz bieten kann. Täglich günstige Gelegenheiten feinsten Qualitätsmarken. Regelmäßige Fahräder, hochpreisige Strochrenner 45.00. Gebrauchte Fahräder „keine Preisfragen“. Ran achte genau auf Firma und Streifennummer. Leihhaus Rohmann, Neue Schönhauserstr. 11. 263/1\*

**Elegante Damenkleider** in Seide für Hochzeiten, leichte Batist-Sommerkleider, wenig getragen, billig. Engels, Brunnenstr. 3. 1643R\*

**Haarverleiher** für Leihrenten, Latten, Stiele, Spalierleisten, Dachbänke, Anton Galatz, Charlottenburg, I. Platz Bismarckstr. 89, II. Platz Sommeringstr. verlängerte Sprossstr. 1522R\*

**Wiederkauf** von alten, neuen und gebrauchten Wollstoffen 81: Wollschleier, Bettstoffe 28 Mark, Kuchentuch 27, Ausziehbüchse, Seidenschal 17, Wollstoffe, Kommode 21, Bettstoffe mit Federmatratze und Kissen 29, Hochstuhl 3, Anstaltstisch 12, Säulenkreuz, gelblich 30, Herrenkleider 50, Garderobenschrank 39, englische Schlafzimmern, moderne Küchenmöbel. Auch Teilsahlungen, Transport in Berlin und Vororten frei. 120/13\*

**Arbeitsmarkt.**  
**Stellengesuche.**  
 Blinder Schriftsetzer bittet um Arbeit. Stelle werden abgeholt und juristisch geprüft. H. Gläser, Rulandstr. 27. 1468R

**Stellenangebote.**  
**Automobilfahrer!** Jedermann wird schnellstens zu erstklassigem Chauffeur ausgebildet. Lehrpläne kostenlos. Günstigste Erfolge. Automobiltechnikum, Berlin, Spichernstr. 11/12. 207/2\*

**Zeichner** für Holzfabrikation, Berufsjahre, allereinste Kraft, gesucht. L. 3, Vorkurs-Expedition. 1615R

**Korbmacher**, Gestellarbeiter, verlangt. Reiner, Neue Bahnhofsstr. 5. 1611R

**Wäscher** verlangt. Vebach u. Co. Nachfolger, Knopfabrik, Reimdenborn, West, Ende Müllerstr. 1528R

**Schlosser** auf Brüstungen und Ofenstüren verlangt. Rixdorf, Bergstr. 23.

**Zusammenleger** auf Verputz verlangt. Großstadt, Köpenickerstr. 154. 1630R\*

**Einleger** auf Naturfelle verlangt. Goldbach, Alexandrinenstr. 119/20.

**Grundrißer** verlangt. Goldbleistiftfabrik, Rixdorf, Wälderstr. 18.

**Farbmacher** sucht. Parthel, Michaelstr. 17. 1640R

**Töpfer**, eingearbeiteter, für circa 14—15 Stellen, kann sofort anfangen. Wäldig, Töpfermeister, Karpfenerstr. 4. 1640R

**Glaser** und Schlosser auf Blecharbeiten werden sofort eingestellt. Brenzlager Allee 34, sowie Schleier und Kollner. 121/2\*

**Zieländerer** sucht einen tüchtigen Fertigmacher. Joelle u. Wittmer, Große Frankfurterstr. 16.

**Wäsen** - Arbeiterinnen mit Probearbeit verlangt. Grünwald, Leipzigstr. 109. 121/1\*

**20** Wollschleierinnen verlangt. Galdenpflanz, Comenius-Platz 3. 1631R

**Oberbühnenführer**, höchsten Lohn, Aufnahmestunde, Aufnahmestunde 10, Abraham. 744R

**Zeitungsfrauen** finden lohnende und dauernde Beschäftigung. Meldungen Schützenstr. 22. Louren Schützenstr. 22. Reimdenborgerstr. 22.

**Zeitungsfrauen** verlangt. Kronenstr. 68. 1506R\*

**Rutscher.**  
 Zur Durchführung der Verklärung der Arbeit unserer Angehörigen suchen wir zum sofortigen Eintritt Rutscher.  
 Dieselben erhalten monatlich:  
 Anfangsgehalt und bis zu zwei Jahren . . . 105.— R.  
 im 3. bis 5. Jahre . . . 110.—  
 6. 10. . . 115.—  
 11. 15. . . 120.—  
 16. 20. . . 125.—  
 21. 25. . . 130.—  
 26. 30. . . 140.—  
 vom 31. Jahre an . . . 150.—  
 Die besonderen Anwendungen an Dienstleistung, Verknüpfung anstation und Gewinnbeteiligung werden un- verändert bestehen. 1054/2\*

**Werber**, welche sich nicht un- unterbrochen während der letzten zwei Jahre in Berlin aufgehalten haben, müssen für die außerhalb verbrachte Zeit ein polizeiliches Führungsbüchlein vorlegen. Meldungen von 9—2 Uhr.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
 Zahlstelle Charlottenburg. In der Bauhölzerei von Alton- dorf (früher Sommer) sind sämtliche Verbandskollegen wegen Feiern des 1. Mai gemindert worden. Die organisierten Kollegen werden ersucht, in diesem Betriebe keine Arbeit anzunehmen.  
 Die Ortsverwaltung.

**Deutsch. Buchhändlerverband**  
 (Zahlstelle Berlin).  
 Folgende Firmen haben wegen der Arbeitsruhe am 1. Mai das Personal ausgespart:  
 Wübben & Co. Sperrling. Lüderitz & Bauer. Bleistein. Reib. Rickmann. Thomas. C. F. Walter. Schneider & Ziegler. Fritsche-Baumbach. Schubert. Ludwig. Naucksch. Wenk. Pinkert & Co. Schob. Metschke.  
 Vor Arbeitsaufnahme in obigen Be- trieben wird gewarnt!  
 Zugang ist heranzustellen!  
 28/30\* Die Ortsverwaltung.

**Verschiedenes.**  
**Parentant** Wessel, Göttinger- str. 9a. 973R\*

**Wandbilder**, Gelegenheits 67, täglich 8—8, Sonntag bis 2. 1429R\*

**Kunststoffserei** von Frau Koloditz, Charlottenburg, Göttingerstr. 84, I. \*

**Geschäfte** jeder Branche und in jeder Preislage verkauft und kann man am besten durch die Geschäfts- Verkaufsstelle Zimmer- str. 30. Eine Karte genügt und unter Vertreter spricht vor. \*

**Wäsen**, alle Goldschmuck, Druck- gold, Silber, Gebirge, Blatgold, Nebergold, alte Uhren, sowie sämtliche gold- und silberhaltige Wäsen kauft Gold- und Silber-Schmelze Drob, Drangelstr. 4, Leipzig 4, 635R.

**Vereinsfeste** (auch Bänke) für Gemeindefeste, Vereine, Versamm- lungen, Festlichkeiten usw. Sonnabend und Sonntag noch frei. Komman- dantenstr. 72 (Klubhaus). 1501R\*

**Wäsche** wird sauber, schonend ge- waschen, trocken getrocknet, Leibwäsche 0,10, drei und vier Handtücher 0,10, vier Taschentücher 0,10. Abholung Montags. Frau Oder, Köpenick, Schloßstr. 27. 1527R

**Handwäscher**, Frau Händlitz, Köpenick, Gartenstr. 9a, wäscht schonend Wäsen, Leibwäsche, 4 Hand- tücher, Taschentücher 10. Abholung Montags. 1638R

**Wohnungen.**  
 Wohnung. Cubenarderstraße 36, 37, 38 sofort Kleinwohnungen von 19 Mark an. 1634R\*

**Schlafstellen.**  
 Schlafstelle für Herrn. Köhlerstr. 14/15. 721R\*

**Freundliche Schlafstelle** vermietet Bismarckstr. 11, Hof III. 712R\*

**Mietsgesuche.**  
 Gesucht kleines möbliertes Zimmer einen Herrn. Nähe Moritzplatz. Offerte H. S. Postamt S. 14. 1646R

**Schiffsmieter!**  
 Tüchtige Schiffsmieter und Segen- halter finden sofort Arbeit bei Aktienselskabel Burmeister & Wainz Maskin- og Skibsbyggeri, Kopenhagen. 1046R\*

**Arbeiter**  
 gelucht 119/14\*  
**Zementfabrik Eichwald,**  
 Höxter L. Westf.  
**Arbeiter-Gesangverein**  
 sucht Dirigenten (Klavier) für Son- nerstag. Meldungen mit Gehalts- ansprüchen an F. Krause, Wilhelm- berg, Berlinstr. 60. 66/1\*

**Stukkateure!**  
 Infolge Tarifvertragbruches haben unsere Kollegen bei der Firma Oskar Thiele, Friedmann, am Güterbahnhof, die Arbeit niedergelegt. Der Betrieb sowohl wie die nachfolgenden Bau- stellen sind daher 173/14\*

**für Stukkateure gesperrt!**  
 1. Reubau Fr. Schell, Güterbahnhof, Mainschtr. — 2. Reubau Fr. Schell, O., Dolzigstr. 33. — 3. Reubau P. Arnold, O., Vestf. Str. 14. — 4. Reubau H. Dorsch, Friedmann, Schwanenbühlstr. — 5. Reubau F. Rango & Co., Friedmann, Staben- ranchstr. — 6. Reubau M. Rosen- kranz, Schöneberg, Mengellstr. 26. — 7. Reubau M. Stückel, Schöneberg, Vesterstr. 173/14\*

**Private Berlin des Zentral- verbandes der Stukkateure Deutschlands.**

## Schiffthauer W. Sipperling.

für Granit verlangt 1635R

**Goldbleistiftfabrik** sucht zu baldigem Antritt einen erfahrenen, durchaus tüchtigen, selbständigen **Grundrißmeister** an erste Stelle bei gutem Lohn. Offerten unter M. 3 an die Ex- pedition des „Vorwärts“. 1086R

## 50 Mk. Wochenlohn

über 50—60 Proz. Provision erhält jeder, der die Vertretung von Aluminium-Schildern übernimmt. Brauchkenntnis nicht erforderlich. **Schilderfabrik Erbach** (Westerwald).

## Rohrer

verlangen F. W. Schrewe & Co. SW., Luckenwalderstr. 2. 1612R

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalkasse! Folgende Lokale stehen der Arbeiterschaft zu den bekannten Bedingungen zur Verfügung: „Alte Spinnmühle“ bei Strausberg, Jnh. E. Wöhrle; in Lichtenow bei Herzfelde das Restaurant von Louis Jaendche und in Bantow das Lokal „Neuters Volksgarten“, Schloßstr. 2.

Unter Nieder-Schöneweide ist richtig zu stellen: „Hasseltwerder“, Jnh. Alb. Scheruch, nicht Scharlich. Die Lokalkommission.

Charlottenburg. Die Genossen des Wahlvereins werden nochmals ersucht, sich an der Beerbidung des Genossen Albert Meyer zahlreich zu beteiligen. Diefelbe findet heute nachmittags 6 Uhr von der Halle des Luisen-Kirchhofs aus statt. Der Vorstand.

Wilmsdorf. Am Sonntag früh 7 1/2 Uhr findet eine Flugblattverteilung von den bekannten Lokalen aus statt. Zahlreiche Beteiligung der Genossen erwünscht. Der Vorstand.

Reinickendorf-Öst. Morgen Sonntag früh 7 1/2 Uhr findet von den bekannten Stellen aus Handzettelverteilung statt. Jeder Genosse hat die Pflicht, sich daran zu beteiligen. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Die Arbeiterkolonie des Pastors Bodelschwingh

Wird aus Anlaß der Debatten in der letzten Stadtverordnetenversammlung in der bürgerlichen Presse über den grünen Aee gelobt und Gift und Galle ausgegossen über die vermaledeiten Sozialdemokraten, die diesem Unternehmen keinen Geschmack abgewinnen können. Schon in der Stadtverordnetenversammlung machten es sich die Herren Sonnenfeld, Cassel und Friedemann zur Aufgabe, sich und Herrn Bodelschwingh als wahre Wohltäter der Menschheit zu preisen, und wenn man alles dort Gefagte für bare Münze nähme, müßte man meinen, unsere Stadtväter mit dem Magistrat könnten kein anderes Ziel, als den Opfern unserer privatkapitalistischen Produktionsweise wirklich zu helfen. In Wirklichkeit handelt es sich um nichts weiter als um eine Entlastung des städtischen Obdachs und Unterstützung einer Anstalt, die sich ihrem ganzen Wesen nach von einem Arbeitshaus oder einer Korrektionsanstalt nur durch die Form des Eintritts unterscheidet. „Freiwillig“ treten die Kolonisten in die Anstalt ein; diese Freiwilligkeit wird aber am besten durch die Tatsache illustriert, daß die Besucher des städtischen Obdachs, die in einer bestimmten Zeit keine Arbeit finden, dem Richter vorgeführt werden und Aussicht haben, wegen Arbeitsscheu bestraft zu werden.

Interessant bei der ganzen Behandlung der Angelegenheit ist, daß erst in ganz letzter Zeit sich im Magistrat und in der Stadtverordneten-Versammlung solche eifrige Verfechter der Bodelschwinghschen Ideen fanden; früher war das anders. Da wollte man mit dem frommen Herrn Pastor nichts zu schaffen haben. Aber bei den Beziehungen, die der fromme Herr bis in die höchsten Kreise hat, fiel es ihm nicht schwer, hochgestellte Personen für seine Pläne zu gewinnen und, wie es scheint, unter diesem Drucke schließlich auch Vertreter der Stadt Berlin. Es ging nun nicht mehr anders, und auf einmal entdeckte man sein warmes Herz für die Arbeitslosen. Als unsere Fraktion seinerzeit bei der großen Arbeitslosigkeit von der Stadt Berlin etwas Positives verlangte, da wurden wir schroff abgewiesen. Der Koffstand so gar geäußert. Aber damals hätte man etwas tiefer in die Tasche greifen müssen, jetzt glaubt man billiger davon zu kommen und so ist auch die ganze Stellung der Freisinnigen zu erklären. Wasch mir den Pelz, aber mach ihn nicht naß! ist ja immer die Parole dieser Herren gewesen. Und wenn man obendrein das Bewußtsein hat, oben gut angeschrieben zu werden, so stimmt man doppelt freudig solchen Projekten wie den Bodelschwinghschen zu. Dabei merken diese Leute gar nicht, daß sie der Stadt Berlin und somit sich selbst ein großes Armutzeugnis ausstellen. Denn es mußte erst der Pastor Bodelschwingh aus Viefelfeld kommen, um die Vertreter der Stadt Berlin daran zu erinnern, daß sie auf dem Gebiete der Sorge für die Arbeitslosen bisher nichts getan haben und ihren Pflichten nachkommen mögen. Daß die Pflicht in so verkehrter Weise ausgeübt wird, ist eine andere Sache.

Stadtschulrat Dr. Gerstenberg vom Schlag getroffen. Als gestern früh in der ersten Morgenstunde der Sohn eines Tischlermeisters nach der elterlichen Wohnung in der Wallner-Theaterstr. 12 zurückkehrte, hörte er nach dem Aufschließen der Haustür auf der Treppe ein verächtliches Geräusch. Er glaubte, Einbrecher vor sich zu haben und zündete ein Wachsstrichholz an. Zu seiner Ueberraschung fand er den Stadtschulrat Dr. Gerstenberg stöhnend auf der Treppe liegen. Da er auf die an ihn gerichtete Frage keine Antwort gab, benachrichtigte der junge Mensch die Angehörigen des Schulrats, die ihn sofort in die Wohnung schafften und nach einem Arzte schickten. Es stellte sich heraus, daß Dr. Gerstenberg beim Treppensteigen von einem schweren Schlaganfall betroffen worden war. Die ganze rechte Körperseite war gelähmt, auch fehlte ihm jede Kraft zum Sprechen. Im Laufe des Tages trat auch noch eine Bewußtseinslähmung ein, die indes in den Nachmittagsstunden wieder nachließ.

Auf die Klagen der Fernsprechernehmer über die Wahrnehmung des Vermittlungsdienstes nimmt eine Verfügung des Reichspostamtes Bezug, die heute an sämtliche beteiligten Verkehrsanstalten ergeht. Von Fernsprechernehmern, so heißt es darin, ist darüber Klage geführt worden, daß sie die Antworten der Vermittlungsstellen vielfach nicht deutlich verstehen können. Insbesondere wäre dies der Fall mit der Wiederholung der verlangten Nummer. Oft würden auch die von den Teilnehmern gegebenen Verichtigungen der Nummer von den Beamten nicht beachtet werden. Die im Fernsprech-Vermittlungsdienste beschäftigten Beamten werden deshalb von neuem aufgefordert, sich im Verkehr mit den Teilnehmern einer besonders deutlichen Aussprache zu befleißigen. Schon früher wäre die Aufweisung ergangen, daß dabei nicht zu laut gesprochen werden darf. Im Verkehr mit Teilnehmern des eigenen Ortes genüge es vollkommen, daß die Beamten mit gedämpfter Stimme sprechen, wenn sie nur den Mund unmittelbar an die Schallöffnung des Mikrophons herandrängen. Ferner beeinflussen die vom Teilnehmer gesprochenen Worte dessen eigenen Fernhörer und wirken noch kurze Zeit nach Beendigung der Mitteilung nach. So kann es vorkommen, daß dem Teilnehmer die Zahlen entgegen, die in unmittelbarem Anschluß an die Anmeldung von dem Beamten wiederholt werden. Zwischen der Anmeldung und der Wiederholung der Nummer muß deshalb eine kleine Pause liegen. Ebenso muß vor der Ausführung der Verbindung einen Augenblick gewartet werden, ob etwa der Teilnehmer die Nummer, die vom Amte wiederholt worden ist, berichtigt. Die Amtsvorsteher und die Aufsichtsbekannteten der Vermittlungsstellen werden angewiesen, dauernd darüber zu wachen, daß diese Bestimmungen sorgfältig beachtet werden.

Eine größere Betriebsstörung entstand gestern morgen im Straßenbahnverkehr. Gegen 1/9 Uhr schlug plötzlich der Hauptautomat in der Kraftzentrale an der Mauerstraße aus, wodurch die sämtlichen von dieser Station gespeisten Speiserunten stromlos wurden. Es stellte sich heraus, daß im Bezirk des Speiserunkens 10 ein Kabelbrand stattgefunden hatte. Nachdem der Defekt beseitigt war, konnte um 9 1/2 Uhr der Verkehr wieder aufgenommen werden. Das Störungsgebiet erstreckte sich von der Leipzigerstraße bis nach Mariendorf und auf die städtische Straßenbahnlinie Wehnenstraße-Zeppow.

Ein aufregender Vorfall spielte sich gestern morgen kurz vor 8 Uhr in der Prenzlauerstraße ab. Als zur genannten Zeit ein aus dem Motorwagen Nr. 2404 und Anhängewagen Nr. 1168 bestehender Straßenbahnzug der Linie 81 (Weihensee-Schöneberg) an dem Hause Prenzlauerstr. 8 vorbeifuhr, warf sich plötzlich, kaum einen halben Meter vor dem Motorwagen, der Arbeiter Franz Fischer, Prenzlauerstr. 9 wohnhaft, auf die Straßenbahnschienen. Der Wagenführer gab zwar sofort Gefahrbremse und brachte den Sandstreuer in Anwendung, konnte aber bei der kurzen Entfernung den Zug natürlich nicht zum Stehen bringen. F. geriet unter die Vorderplattform und wurde unter den Schuttrahmen geflemmt. Der Waggon wurde mittels Winden angehoben und F. noch lebend unter dem Wagen hervorgezogen. Der Schwerverletzte, der einen Schädelbruch und Quetschung des Brustkastens erlitten hatte, wurde mit dem Mannschaffswagen der von Passanten alarmierten und inzwischen eingetroffenen Feuerwehr nach der Unfallstation in der Keibelstraße gebracht, verstarb jedoch auf dem Transport dorthin.

Ein Kriminalbeamter, welcher auf der Vorderplattform des Motorwagens gestanden und den Vorgang genau beobachtet hatte, stellte fest, daß F. hinter einem vor dem Hause Prenzlauerstr. 8 haltenden Rollwagen sich versteckt hatte. Als der Straßenbahnzug herannahte, bückte sich der Arbeiter und warf sich dann ammittellbar vor demselben auf die Schienen. Hiernach trifft den Wagenführer an dem entsetzlichen Vorfall keine Schuld.

Kuß Stätte geführt. In der Versammlung der anarchistischen Föderation teilte der Vorsitzende mit, daß die Mannheimer des „Revolutionär“, eines Berliner Anarchistenorgans, beschlagnahmt sei. Die Polizei habe sich gelangt bemüht, um die Verbreitung der verbotenen Nummer zu verhindern. Da habe sich nun ein interessantes Zusammentreffen abgespielt. Am Abend, als einige der „Genossen“ die Expedition des „Revolutionär“ mit einem großen Paket verließen, wurden sie von vier Kriminalbeamten angehalten und zur Wache geführt, weil sie im Verdacht standen, verbotene Schriften fortzuführen. Auf der Wache in der Kammerstraße habe man das riesengroße Paket geöffnet und — darin Papierschmigel gefunden. Die Anarchisten hatten sich den Spott gemacht, die Polizei zu täpiieren, das sei ihnen vollständig gelungen.

Eine eigenartige Entdeckung wurde gestern auf dem Begräbnisplatz der Soppien-Gemeinde gemacht. Auf einem Grabhügel in der Nähe der Friedhofstafel fand man die Leiche eines neugeborenen Kindes. Der tote Körper war nur nordwärts beiseite. Ob es sich hier um einen Kindesmord oder nur um die Entledigung einer Leiche handelt, dürfte die Obduktion ergeben. Die Leiche ist polizeilich beschlagnahmt und nach dem Schauhaufe gebracht worden.

Bei der Berliner Feuerwehr werden jetzt die Moskiniten und andere Mannschaften als Chauffeure ausgebildet. Fast täglich werden Versuchsfahrten auf dem Tempelhoferfelde und den dorthin führenden Straßen unternommen.

Wenn Frauen plaudern. Ein unglaublich dreistes Diebstückchen ist einem Einbrecher in einem Zigarrengeschäft in der Fallstraße gelungen. Während die Geschäftsinhaberin vor ihrer Ladentüre stand und mit einigen Nachbarinnen plauderte, wurde die von dem Korridor nach dem Geschäftsraum führende Hintertür mit einem Diebstich geöffnet und aus der unverriegelten Kasse eine Doppel-Lassette mit 12,50 M. Wechsel geraubt. Der dreiste Diebsturche ließ sich durch die vor dem Schaufenster schwebenden Brauen keineswegs stören. Als er mit seiner Beute davonstief, entfiel ihm der unterste Teil der Kasse, die Geschäftsinhaberin hörte das Geräusch, doch glaubte sie, es sei eine Zigarrenliste herabgefallen — und plauderte weiter. In aller Gemütsruhe ging der Einbrecher an den Frauen vorüber. Als die Besizerin nach einiger Zeit ihren Laden wieder betrat, sah sie die Bekleiderung, und die offenstehende Korridortür zeigte ihr den Weg, den der Einbrecher benutzte hatte.

Maiflässerjagden finden jetzt in den Parkanlagen und in der Umgebung Berlins statt. In Scharen ziehen die „Keinen Jäger“ mit Zigarrenstiften und den sonstigen nötigen „Jagdgeräten“ versehen nach den Laubwaldungen. Der Ausfall der Maiflässerjagden ist in diesem Jahre kein günstiger. Zum Glück für den Baumwuchs, doch zum Unglück für die Schuljungen treten die schädlichen Käfer diesmal nicht so stark auf als dies in den letzten Jahren der Fall war.

Verhängnisvolles Kaffeelöcher. Auf dem Grundstück Heidelbergerstraße 30-31, auf dem zurzeit ein Neubau errichtet wird, befindet sich eine mächtige Baubude. Der Wächter August Scholz, Cuvrystraße 24 wohnhaft, wollte sich nun am gestrigen Morgen auf einem eisernen Dien etwas Kaffee löcher und währenddessen flogen Feuerfunken aus dem Abzugrohr auf das Zierdach des Bauwerks, und im Verlaufe weniger Minuten stand das ganze Dach in hellen Flammen. Scholz veruchte noch zu retten, was zu retten war, doch zog er sich dabei so erhebliche Brandwunden im Gesicht zu, daß er seine Absicht aufgeben mußte. Der Brand war durch die eintreffende Feuerwehr nicht mehr einzuhalten.

Inentgeltlicher Unterricht in Säuglingspflege für unbemittelte Frauen und Mädchen findet von jetzt an einmal wöchentlich statt. Meldungen dazu am Montag, den 7. Mai, von 2-4 Uhr, im Kinderhaus, Blumenstr. 78, Hof rechts porterre.

Bei der Malzeier, die auf dem Gesundbrunnen im Lokale von Hofe stattfand, ist ein Spazierstock zurückgelassen worden, der bei Anid, Wollinerstr. 36, abgeholt werden kann.

In der Versammlung der ausgesperrten Metallarbeiter am 3. Mai in der Neuen Welt wurde eine silberne Remontoiruhr mit Turnerband als Kette gefunden. Abzuholen im Bureau der Metallarbeiter, Engel-Ufer 15 I, Zimmer 2.

Im Passage-Theater unter den Linden bringt die russische Truppe Grehniess mit vielem Temperament die verschiedenen Längen ihres Heimatlandes zur Vorführung. Als ein geschickter und humorvoller Improvisator erweist sich der Humorist Paul Härtner. Auf dem Gebiete der Equilibristik leisten die Gebrüder Njlander recht anerkennenswertes, während der Komiker Contradini mit seinen drahtigen Kunststücken stürmischen Beifall erregt. Außer Radfahrern, Tänzerinnen, Militärrevolutionen ist das Auftreten des Rossignol-Quintetts erwähnenswert, das aus fünf Damen besteht, von denen eine mit ihrem Variton einem Manne erfolgreich Konkurrenz machen dürfte.

Das Passage-Theater dürfte wohl am längsten als Variété existiert haben. Es soll im Sommer zu einem Theater umgebaut werden, in dem dann die Poffe und der Schwanf eine Stätte finden soll.

Arbeiter-Samariterkolonne. Der neue Kursus beginnt in der 1. Abteilung am Montag, den 7. Mai, im Lokal Dresdener Garten, Ledeborstr. 45; in der 3. Abteilung am Donnerstag, den 10. Mai, in Schöneberg bei Obst, Reiningenstr. 8. Der erste Vortrag lautet über Anatomie (Bau des menschlichen Körpers) mit Erklärungen an Bildern und Präparaten. Außerdem steht den Mitgliedern die Bibliothek zur freien Verfügung. Um zahlreiche Beteiligung an den Kursen wird gebeten. Der erste Abend steht jedem als Gast frei. Alles weitere Inserat in der Sonntagsummer.

Die Mitglieder versammelten sich am Sonntag um 12 1/2 Uhr im Lichthof des Museums für Naturkunde zur Führung durch die zoologische Schaulammlung.

Feuerwehrbericht. Gestern früh wurde die Feuerwehr nach der Prenzlauerstraße gerufen, wo vor dem Hause Nr. 9 ein Mann von der elektrischen Straßenbahn überfahren worden war. Nachdem der Mann, dessen Rationale noch nicht festliegt, befreit worden war, wurde er nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gefahren, wo man schwere innere und äußere Verletzungen feststellte. In der Mantelkeller, 80 entstand durch Fahrlässigkeit eine Spiritusexplosion, wobei die Frau Reich schwere Brandwunden erlitt, die ihre Lebensführung nach dem Krankenhaus am Urban erforderlich machten. Die Flammen konnten halb gelöscht werden. Wegen einer Leuchtgasvergiftung wurde die Wehr nach der Lysnarstraße 5/6 gerufen. Durch Anwendung von Sauerstoff wurde ein bewußtloser Mann wieder ins Leben zurückgerufen. — Auf dem Hofe Köpenickerstr. 124 mußte ein Brand gelöscht werden, der durch Will entstanden war.

Feuer kam gestern in der Turbinenfabrik der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft in der Verlichingenstr. 36 aus. Als die Feuerwehr an der Brandstelle ankam, brannte dort bezw. Gutterstraße 12/16 das Dach über dem Vergaseraum. Von der Hausleitung wurden zwei Schlauchleitungen vorgenommen und damit der Brand gelöscht.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Kommunale Angelegenheiten. Sein Mandat als Stadtverordneter niedergelegt hat Herr Dr. Rommelen, ein Sohn von Theodor Rommelen. Er war im ersten Bezirk der ersten Wählerklasse für die Periode 1904/09 ernannt worden und gehörte der liberalen Fraktion an. Herr Rommelen wohnte schon seit Jahren nicht mehr in Charlottenburg, trotzdem haben seine Freunde ihn abgeraten, sein von Rechtswegen längst erloschenes Mandat niederzulegen. Das ist erst jetzt geschehen, wo eine öffentliche Besprechung des Falles bevorstand. Bei den Liberalen geht nun einmal Macht vor Recht. —

Nicht bestätigt als Mitglied der Schuldeputation ist der Stadtv. Dr. Penzig. Die Angabe von Gründern hat die Regierung verweigert. Herr Dr. Penzig ist Mitglied der liberalen Fraktion, hat aber in vielen wichtigen Fragen, namentlich in Fragen des Schulwesens, des Wahlrechts und der kommunalen Sozialpolitik sich von seinen Freunden getrennt und gemeinsam mit der Sozialdemokratie gestimmt. Es ist eine bittere Ironie der Geschichte, daß gerade ein Mitglied der liberalen Fraktion, deren Mehrheit bei dem bekannten Charlottenburger Schulsonst vor der Regierung zu Kreuze gekrochen ist, um sich oben links zu machen, von derselben Regierung nicht bestätigt ist. Das wird die liberalen Mannesgeelen natürlich nicht abhalten, auch in Zukunft jeden Wunsch der Regierung gehorfsamst und demütig zu erfüllen.

Die Charlottenburger Waldschule ist wieder eröffnet worden. Bisher war die Waldschule für 120 Kinder eingerichtet, jetzt werden, sobald die Baulichkeiten fertig sind, 240 Kinder Aufnahme finden, die von 6 Lehrern und von 3 Lehrerinnen unterrichtet werden. Die wirtschaftliche Leitung wird wieder vom Roten Kreuz beziehungsweise Vaterländischen Frauenverein ausgeübt. Die in der Nähe befindliche Kindererholungsstätte ist bereits am 17. April mit 32 Kindern eröffnet.

Schöneberg.

Der Unglücksfall einer Weißkranke rief am Donnerstagabend in der Golystraße in Schöneberg Kuffchen hervor. Eine etwa 75 Jahre alte geisteskrante Dame, die aus dem Irrenhause gekommen war, stürzte vor dem Hause Golystr. 2 auf den Bürgersteig und blieb beunruhigt liegen. Passanten brachten die Bedauernswerte, welche sich stark blutende, lassende Wunden im Gesicht und anscheinend auch innere Verletzungen zugezogen hatte, nach der Unfallstation in der Herderstraße.

Nigdorf.

Ein folgenschwerer Zusammenstoß im Straßenbahnbetriebe hat am Donnerstagnachmittag in der Hermannstraße stattgefunden. In der Nähe des Hermannplatzes kreuzte ein Geschäftswagen der Firma Wegig, Berlinerstr. 104, den Fahrdrum der Hermannstraße; da der in diesem Augenblick herankommende Straßenbahnwagen Nr. 1530 der Linie 20 nicht mehr rechtzeitig zum Stehen gebracht werden konnte, so erfolgte der untermeidliche Zusammenstoß. Durch den heftigen Anprall wurde der Führer des Motorwagens und der auf der Vorderplattform stehende Restaurateur B. aus Weig auf dem Straßenbahn geschleudert und nicht unerheblich verletzt. An dem Straßenbahnwagen wurde die Schutzweste beschädigt.

Groß-Lichterfelde.

Der Kampf gegen das Ortsstatut, die Aufbringung der Kosten der Straßenunterhaltung betreffend, wurde in der Gemeindevertreter-Sitzung vom Montag mit unerwarteter Schärfe fortgeführt. Seit der letzten Beratung wurde die Verständigungskommission in Betrieb gesetzt mit der Aufgabe, eine den Wünschen der Grundbesitzer entsprechende Fassung des Statuts zu erfinden, d. h. den Zweck desselben möglichst zu vereiteln. Als die beste Frucht ihres geistigen Ringens präsentierte sie der Versammlung den § 8 in folgender Form:

„Werden bei einer Veranstaltung im Sinne des § 2 hinsichtlich des Pflasterungsmaterials Aufwendungen gemacht, welche über das in der jeweils bestehenden polizeilichen Vorschriften festgesetzte Mindestmaß hinausgehen, so findet eine Beitragsleistung nur insoweit statt, als die ausgerechneten Kosten auf Verstellung des diesem Mindestmaß entsprechenden Zustandes erforderlich gewesen wären. Die Mehrkosten sind aus allgemeinen Mitteln zu befreiten.“

Wenn also z. B. durch Polizeiverordnung als Mindestmaß schlechtes Schotterpflaster, von dem vielleicht der laufende Meter 5-6 M. kostet, vorgeschrieben ist und bei einer Neupflasterung erstklassiges schwedisches Reihenpflaster verwendet wird, das ungefähr 60-70 M. kostet, so würden in letzterem Falle nach diesem neuen Kommissionsparagrafen unsere Grundbesitzer nur den obigen Preis von 5 bis 6 Mark bezahlen brauchen, die Allgemeinheit aber die enorme Restsumme! — Aber selbst dieser den Grundbesitzer-Interessen dienende Paragraf wurde abgelehnt aus Mistranen gegen den Gemeindevorsteher, von dem sie offenbar — ganz ohne Grund — befürchten, daß er in seiner Eigenschaft als Amtsvorsteher durch Erlaß einer anderen ortspolizeilichen Vorschrift das Mindestmaß für Pflasterungsmaterial qualitativ heraufsetzen und dadurch den Wertanteil des Grundbesitzes aus der allgemeinen Kasse schmälern könnte. Die tollste Jagd entspann sich dann um Erlegung des § 8, der gestattete, die einzelnen Anlieger bis zu fünf Sechstel der Gesamtkosten heranzuziehen. Mit Zähnen und Nägeln wehrten sich die Gemeindevertreter Graf Doensbroeck, Häbler, Jäger, Delbrück und Schirmer gegen die Annahme dieses Paragrafen und suchten durch Bedingung desselben mit allen möglichen geschäftlichen Zusätzen dessen Wirkung aufzuheben. Der Antrag, durch Anhängung des eben erst abgelehnten § 8 an den § 8 diesen gewissermaßen zu sprengen, fiel mit 15 gegen 13 Stimmen. Ehe es zur Gesamtbestimmung über das Statut kam, griff die Grundbesitzer-Opposition zum Mittel der Obstruktion. Gemeindevorsteher Schirmer beantragte, die Abstimmung über das Statut auf vier Wochen zu verlagern, bis die „Interessenten“ — Herr Schirmer ist immer sehr offenerzig —

Stellung dazu genommen hätten. — Am wurde die Sache selbst dem Gemeindevorstand zu hant.

Gemeindevorsteher Schulz wies darauf hin, daß die Bürger-schaft nicht nur aus Grundbesitzern bestehe. Zweidrittel der Gemeindevorstellung müsse nach dem Gesetz aus Grundbesitzern bestehen, obwohl der Ort mit einer „Landgemeinde“ nicht das geringste zu tun habe, sondern städtischen Charakter trage. Es gebe noch einen Faktor der in Rechnung gezogen werden müsse — die Mieter, von denen nur ein einziger in der Gemeindevorstellung vorhanden sei. Angesichts dieser Verhältnisse könne es draußen den Anschein erwecken, daß hier nur Interessenpolitik getrieben werde. Die „Öffentlichkeit“, die Gemeindevorsteher Schürmer meinte, sei eben diejenige, die die Interessenpolitik treibe. Daran sei nicht zu denken. Während er sich daraufhin der Oberregierungsrat verführte, erklärte er für unparlamentarisch, daß der Gemeindevorsteher von Interessen- und Klassenpolitik in der Gemeindevorstellung gesprochen und behält sich vor, bei der vorgelegten Behörde eine Korrektur des Gemeindevorsteher wegen seiner Äußerungen herbeizuführen. Nach verschiedenen weiteren Einzelzügen und nach Ablehnung einer späteren zweiten Sitzung erfolgte endlich die Annahme des ganzen Statuts. — Diese Verhandlungen zeigen wieder einmal in ganz hervorragendem Maße die Widerständigkeit des Grundbesitzersprivilegs mit seinen in jeder Beziehung hemmenden und schädlichen Folgen. Groß-Lichterfelde kann in dieser Beziehung geradezu als Schulbeispiel bezeichnet werden. Wir können nach Lage unserer Verhältnisse behaupten, daß dieses Grundbesitzprivileg bereits die Grenze der Kulturwidrigkeit überschritten und anfängt, gemeingefährlich zu werden.

### Wilmersdorf.

Die Lokalfrage beginnt für unsere Bewegung in Wilmersdorf immer brennender zu werden. Die Sozialdemokratie am Orte Lokale freizugeben. Nachdem der Inhaber des „Luisenpark“ dem „Vorwärts“ die Mitteilung gemacht hatte, auf die Parteigenossen verzichten zu wollen, wandten sich dieselben an den Besitzer, um auf diese Weise die Freigabe des Lokales zu ermöglichen. Die Antwort, die eintraf, ging ungefähr dahin, daß es bürgerlichen Vereinen nicht genehm sei, mit Sozialdemokraten unter einem Dache zu beraten! Eine solche Antwort war geeignet, die von den Genossen eingeschlagene Taktik zu verstärken und nur den Kampf in intensiverer Form zu führen. Aus diesem arbeiterfeindlichen Verhalten der Sozialdemokraten haben die Genossen Wilmersdorfs nun die Konsequenzen zu ziehen. Gleichzeitig erühen wir die Parteigenossen von auswärts, uns in diesem Kampfe zu unterstützen. Solchen Leuten noch einen Groschen hinterlassen, heißt die Interessen der Arbeiter-schaft schmählich verraten. In solcher Schandtat wird die Arbeiter-schaft Wilmersdorfs sicher nicht fähig sein. Es kann deshalb nur eine Lösung geben, und zwar, den Herren Degreiflich zu machen, daß sie von den Spielern allein nicht leben können. Ist die Sozialdemokratie nicht nur bei ihrer sorgfältigen Vorbereitung auf Lokale angewiesen, so wird sich das Fehlen von Versammlungsräumen anläßlich der nächsten Stadtverordnetenwahlen als ganz besondere Kalamität erweisen. Dieser Kalamität entgegenzuarbeiten, muß sich die Arbeiter-schaft Wilmersdorfs zur höchsten Aufgabe machen; sie kann es nur, wenn sie einmütig die Lokale meidet!

### Rummelsburg-Vorhagen.

Eine Massenpetition wird demnächst aus Rummelsburger Einwohnerkreisen an den Minister der öffentlichen Arbeiten gerichtet werden, um die Einrichtung eines Fernverkehrs herbeizuführen. Die Station Stralau-Rummelsburg nimmt ständig an Verkehr zu und sie dürfte sich mit der Zeit zu einer der umfangreichsten Stationen ausgestalten, die den Verkehr nach jeder Richtung hin ermöglicht. Leider fehlt es an der so außerordentlich stark frequentierten Haltestelle an dem geradezu unentbehrlichen Fernverkehr. Die Einwohner von Stralau-Rummelsburg und der Umgebung sind gezwungen, bei Fernfahrten jedesmal nach dem Schlesienschen Bahnhof zu fahren. Die Anschlüsse an die Fernzüge sind keineswegs die günstigsten und müssen die Passagiere oft lange Zeit auf dem Bahnsteig verharren, ehe der Fernzug eintrifft.

Von einem Schöpfer totgefahren wurde auf der Alkanalage in Rummelsburg der 32-jährige Kutischer Ernst Wittern aus der Reuen Bahnhofstr. 29. M. lenkte einen mit 6 Pferden bespannten Wagen, der mit Schlammrücken beladen war; bei einer Wiegung stolperte er über einen Schlammhaufen und kam so unglücklich zu Fall, daß der Kopf unter die Räder des schweren Gefährts geriet und vollständig zermalmt wurde. Der Verunglückte war auf der Stelle tot.

Ein bedauerlicher Vorfall hat sich am Donnerstag am Bismarplatz ereignet. Vor der Tür eines dortigen Wohnhauses sah eine junge Frau und neben ihr ein kleines Stinbündchen. Als sie das Tier streichelte, kam ein großer Schlächterhund hinzu und um das Tier wegzujagen, schlug die Frau mit ihrem Pantoffel, den sie aus-gezogen, nach dem Hund. Gerecht schnappte das Tier nach dem Fuß und biß den Fuß glatt ab. Auf den Schmerzensruf der Schwerverletzten eilten mehrere Nachbarn hinzu und nahmen sich ihrer an.

### Lichtenberg.

Die Gemeindevorstellung genehmigte in ihrer letzten Sitzung das Projekt für einen Schulbau in der Scharnweberstraße nebst den hierzu erforderlichen Mitteln von 345 000 M. Die im letzten Augenblicke vorgeschlagenen Abänderungen des Projektes führten zu längeren Auseinandersetzungen, wurden jedoch abgelehnt. Das neue Schulhaus nimmt alsdann die zehnte Gemeindegemeinde auf. Die Turnhalle, die gleichzeitig als Aula dienen soll, wird in das Dachgeschoss verlegt. Die Baustufen sind per Klasse mit etwa 11 000 M. berechnet. Auch Badeeinrichtung usw. wird in diesem Neubau vorhanden sein. Des weiteren soll eine eigene Reparaturwerkstatt für die Gemeindegemeinde errichtet werden. Für Maschinen, Werkzeuge usw. werden 15 000 M. verlangt und bewilligt. 16 000 M. erfordert die Legung eines neuen Gasdruckrohrs für den westlichen Ortsteil, um endlich den vielen Bewohnern über nicht genügenden Zutritt von Gas in bestimmten Stunden des Abends zu begegnen. Der Ankauf eines Grundstücks in der Herzbergstraße zu Gemeindegeworden wurde in geheimer Sitzung genehmigt.

Die Uebergabe des Amtsgerichtsgebäudes Lichtenberg an den Justiziskus hat am Freitag durch die Bauverwaltung im Weissen des Gemeindevorstandes stattgefunden. Während die Gefängnis-gebäude schon seit längerem im Gebrauch sind, wird das neue Geschäftshaus, das nördlich der Frankfurter Chaussee seinen Platz gefunden hat, mit dem Beginn der neuen Gerichtsenteilung im Juni seiner Bestimmung zugeführt.

### Notwales.

In der letzten Kartell-sitzung erstattete Gewerkschaftssekretär W ö n i n g Berlin einen ausführlichen Jahresbericht über die Tätig-keit des vom hiesigen Gewerkschaftskartell geschaffenen A u s k u n f t s -bureaus. Danach wurde das Bureau von 73 Personen in Anspruch genommen, und zwar betreffend Arbeiterversicherung in 38 Fällen, Arbeits- und Dienstvertrag in 28, Bürgerliches Recht in 5 und Strafrecht in 4 Fällen. Vertretungen in Unfallsachen machten sich notwendig: vor dem Schiedsgericht elfmal, vor dem Reichsversicherungsamt fünfmal; in Kranken-versicherung vor dem Amtsgericht viermal; fast sämtliche Fälle wurden zugunsten der Beteiligten erledigt. Klageschriften betreffend Arbeits- und Dienstvertrag wurden 8 angefertigt; die Zahl der angefertigten Schriftstücke beträgt 33. 17 Fälle aus dem Arbeitsverhältnis wurden auf schriftlichem Wege erledigt. — Die Kosten für das Bureau betragen zuzü 100 M. pro Jahr. Die Auskunftserteilung findet jeden ersten Dienstag im Monat von 8 bis 10 Uhr abends im Lokale des Genossen Grub, Prieserstraße, statt; dieselbe ist unentgeltlich und wird nur an Organisierte erteilt. Aus dem vorstehenden Bericht

ergibt sich, daß das Kartell mit der Errichtung des Auskunfts-Bureaus eine für die hiesige Arbeiter-schaft bedeutende Einrichtung geschaffen hat. Aufgabe derselben muß es sein, diese Einrichtung immer mehr auszubauen. — Hierauf erstattete Lange den Kassenericht pro 1. Quartal: die Einnahme betrug inklusive Bestand von 250,88 M. 344,53 M., die Ausgabe 118,84 M., somit verbleibt ein Kasienbestand von 230,80 M., hiervon sind 200 M. auf der Sparkasse des Konsumvereins angelegt.

## Gerichts-Zeitung.

Kritik gegen einen Pastor.

Eine Kritik der kirchlichen Zustände in dem Dörfchen Zehle-dorf bei Bernau hat zu einem Brechprozeß geführt, der vor der 1. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichts-direktors Oppermann I stattfand. Wegen Verleumdung des Pastors Bamberg in Zehle-dorf war der Redakteur Grünwaldt von der „Vossischen Zeitung“ angeklagt, in der ein Artikel erschienen war, der sich gegen die kirchlichen Zustände in dem Dörfchen Zehle-dorf richtete. In diesem Artikel wird auf den Verfall des kirchlichen Sinnes und des kirchlichen Lebens hingewiesen, der vielfach auch in der Streitsucht und dem Eigennuß des betreffenden Geistlichen seinen Grund finde. Ein besonders trauriges Beispiel dieses kirchlichen Verfalls wären zurzeit die Verhältnisse in Zehle-dorf bei Bernau. Der dortige Geistliche stehe seit längerer Zeit mit seiner Gemeinde auf dem Kriegsfuß, so daß die Kirche fast leer sei. Die Gemeinde selbst bemühe sich seit langer Zeit einen anderen Geistlichen zu erhalten, da die Zustände an das Unertägliche grenzten und schon viele Einwohner aus der Kirche aus-gewichen seien infolge dieser Widerwärtigkeiten. Dieser Fall des kirchlichen Unfriedens werde der Heilsarmee, die für den folgenden Sonntag schon eine Versammlung in Zehle-dorf anberaumt hatte, wieder zahlreiche Anhänger zuführen. — Dieser Artikel war die Veranlassung, daß der Pastor Bamberg gegen mehrere Redakteure Verleumdungsprozesse in die Wege leitete, die zum Teil durch ein-getretene Verjährung erledigt sind. Vor Gericht trat der Angeklagte den Beweis dafür an, daß tatsächlich in Zehle-dorf unhaltbare Zu-stände in den kirchlichen Verhältnissen beständen. Nachdem der Vor-gänger des Herrn Bamberg, von dem besten Wünschen der Einwohner begleitet, sein Amt aufgegeben hatte, wäre Herr B. bald durch seine reformatorischen Ideen unliebsam aufgefallen. Wie der Vorstehende bemerkte, hat sich der Kläger über seinen Amtsvor-gänger in nicht gerade anerkennender Weise ge-äußert. Die Verhältnisse ipseien sich immer mehr zu, so daß schließlich der Amtsvorsteher Hauser wegen Verleumdung des Pastors Bamberg zu 150 M. Geldstrafe verurteilt wurde. Später wurde der lampfurnige Geistliche vom Schöffengericht Uranienburg selbst zu 50 M. Geldstrafe verurteilt. Dieses Urteil wurde jedoch in der Berufungsinstanz wieder aufgehoben. In Zehle-dorf wurden von Einwohnern Zettel mit den schlimmsten Schmähungen gegen den Pastor B. an Pflanze und selbst an die Kirche geklebt. Ein „Wiß-halt“ setzte sogar eine Belohnung von 30 M. aus für den, der den Pastor „verhauen“ würde. Die Uebelthäter selbst wurden nicht er-mittelt und zur Verantwortung gezogen, wohl aber die Redakteure, die über diese eigenartigen Zustände berichtet hatten. Seitens der Behörde war schon an den Kläger mit dem Ersuchen herangetreten worden, die Klage zurückzugeben, wenn die Betroffenen die Er-klärung abgeben würden, die Worte Eigennuß und Streitsucht nicht auf den Kläger bezüglich gemeint zu haben. Das Gericht publizierte gestern das Urteil:

Das Gericht ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß dem Pastor ein unmorales oder sträflicher Eigennuß nicht nach-gewiesen worden ist. Es könne bei ihm aber auch nicht von Streit-sucht als einer Charaktereigenschaft gesprochen werden, wenn auch nicht verkannt worden sei, daß er — wohl infolge seines galligen Leidens — es nicht verstanden habe, sich in ein gutes Einvernehmen mit den Ortsinwohnern und besonders mit der dortigen Heilsarmee zu setzen. Der Redakteur sei aber das Opfer falscher Berichterstattung geworden. Er habe annehmen können, daß ihm über das angebliche Verhalten des Pastors die Wahrheit mitgeteilt würde. Deshalb habe das Gericht nur auf eine Geld-strafe von 50 M. erkannt. Dem Kläger, der eine Jurisdiktions-bezweifelung abgelehnt hatte, wurde auch die Publikationsbefugnis des Urteils in der „Vossischen Zeitung“ zugesprochen.

Eine neue Ausdehnung des § 153 der Gewerbeordnung. Aus den Tagen des Lohnkampfes im Gebiete der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft stammt die Anlage wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung und Verleumdung, die gestern den Richter Friedrich Robert vor die 3. Strafkammer des Landgerichts I führte. Unter den durch die brutale Aussperrung der meisten Arbeiter der Elektrizitätsgesellschaft ausgeprägten An-schuldigungen befand sich auch der Richter Speer. Dessen soll der Angeklagte in unzulässiger Weise versucht haben, zur Nieder-legung der Arbeit zu bewegen. Nach den Behauptungen der An-klage, die der Gerichtshof für erwiesen erachtete, soll er dem Zeugen eines Tages mündlich Vorwürfe darüber gemacht haben, daß er den Ausgesperrten in den Rücken falle. „Reibe Dich krank, dann gehst Du allem Kerger aus dem Wege. Wenn wir wieder reinkommen, hast Du keinen Holt mehr!“ Ein zweites Mal soll er gesagt haben: „Wenn Du nicht ins Streikbureau kommst, bist Du ein feiger Hund!“ Dann wieder soll er bei einer Begegnung mit dem Zeugen gesagt haben: „Du bist ein Schlump und ein Lump“ und, auf zwei Männer zeigend, die sich auf der anderen Seite der Straße befanden, soll er hinzugefügt haben: „Sieh mal hin, die beiden werden mit Dir noch ganz besonders abrechnen.“ Speer hat sich schließlich an einen Schuhmann gewandt und der Angeklagte wurde arretiert. — Der Staatsanwalt beantragte 2 Monate Gefängnis. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Behrend, plädierte auf Frei-sprechung und bestritt daß überhaupt eine Verabredung zur Erlangung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen vorlag. Wenn die ausgesperrten Arbeiter in Berlin, die mit dem ursprünglichen Streik nichts zu tun hatten, die weiter arbeitenden Kollegen auch zur Arbeitsniederlegung zu bewegen suchten, so lag auf ihrer Seite nicht eine Verabredung zur Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen vor, sondern sie handelten nur in Abwehr der Aussperrung. Ihnen sei es nicht darauf angekommen, den Streik auf den Arbeitern durch eine Sperre der anderen Werke zu unterstützen, sondern sie wollten nur selbst wieder zu den alten Bedingungen in Arbeit genommen werden. — Das Gericht kam zu einer Verurteilung des Angeklagten, indem es annahm, daß ein Zusammenhang zwischen den Streikenden des Kabelwerks Ober-schöneweide und den Werken in der Brunnenstraße bzw. dem Vor-gänger der letzteren bestanden habe. Die Forderungen der mit der Fabrikleitung verhandelnden Obmannen hätten sich nicht darauf be-schränkt, daß die Arbeiter wieder eintreten sollten, sondern sie hatten auch zum Ziel, die Forderungen der Lagerarbeiter und Packer mit durchzubrühen. Bei Abmessung der Strafe hat der Gerichtshof er-wogen, daß der Angeklagte schon wegen Verleumdung vorbestraft ist und daß er hartnäckig den Zeugen Speer zur Niederlegung der Ar-beit zu bewegen versucht habe, obgleich er gewußt, daß Speer lange Zeit krank gewesen und eine große Familie zu ernähren habe. — Das Urteil lautete auf 2 Monate Gefängnis. Wäre die Deduktion des Gerichts zutreffend, so müßte nunmehr die Elektrizitätsgesellschaft auf Grund des § 153 angeklagt werden, weil ja nach Annahme des Gerichts die Aussperrung und die durch diese verursachten Folgen Zweck Erreichung besserer Lohn-bedingungen erfolgt ist. Die Begründung des Urteils ist logisch un-haltbar. Welche Gründe das Gericht zu der unbedingten Verur-teilung geführt haben, beweist die außerordentliche Höhe der Strafe: das Gericht sieht in der gesetzlich gewährleisteten Ausübung des Koalitionsrechts offenbar ein „strafrechtliches Privilegium“. Allein von dieser falschen Grundannahme aus, die eine der Grundlagen der bestehenden Gesellschaftsordnung — die rechtliche Freiheit des Inzeratenteil veranlaßt: Th. Gluck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts

Arbeiters — untergebt, ist eine Verkräftung von Arbeitern, die von ihrem Recht Gebrauch machen, erklärlich. Eine derartige juristische Nabelstichpolitik muß erbitern wirken. Dringend notwendig ist eine gesetzliche Sicherstellung des Koalitionsrechts und seiner Aus-übung.

## Vermischtes.

Eisenbahnunglück. Stargard i. Pomern, 4. Mai. Amtlich. Heute früh kurz nach 5 1/2 Uhr fuhr der von Kreuz kommende Per-sonenzug 702 infolge falscher Weichenstellung auf den bereits in der Haltestelle Kollin haltenden Güterzug 6203, wobei beide Maschinen und mehrere Waggons entgleisten. Die beiden Maschinen, ein Radwagen und der Postwagen sind stark beschädigt, ein Gültwagen verbrannt. Das durchgehende Gleis ist unbeschädigt, das Kreuzungs-gleis stark beschädigt. Die Aufräumungsarbeiten sind in Angriff genommen und werden in zwei bis drei Tagen beendet sein. Bei dem Zusammenstoß sind verletzt: Lokomotivführer Haensch - Posen, geprüfter Heizer Schiefer leicht, Zugführer Kuntzow leicht verletzt, zwei Postassistenten und zwei Postkaffierer aus Posen leicht verletzt, ein Postkaffierer aus Stargard leicht verletzt, Malergeselle Hermann Kaufmann, Higdorf bei Alceberg, leicht verletzt, Schnitterin Bronis-lawa Koslowska, Gut Barnimskum, leicht verletzt. Der Lokomotiv-führer ist dem Stargarder Krankenhaus zugeführt, die übrigen ihren Wohnungen. Die Schlußfrage ist noch nicht festgestellt.

Ueber die Verhaftung eines Berliner Gattenmörders werden aus Thorn folgende Einzelheiten berichtet: Der Arbeiter Wilhelm Tiede aus Berlin lebte mit seiner jungen Ehefrau, die aus Schilow bei Thorn stammt, in stetem Unfrieden. Die Frau verließ infolgedessen vor einigen Tagen die gemeinsame Wohnung und lehrte nach Schilow zu ihren Angehörigen zurück. Tiede reiste seiner Frau nach und forderte sie auf, mit ihm nach Berlin zurückzukehren. Als das Ansuchen von seiten der Frau entschieden abgelehnt worden war, ergriff Tiede ein Küchenmesser und stieß es seiner Frau mit voller Wucht in den Rücken. Die Betroffene brach mit lautem Auf-schrei sofort blutüberströmt zusammen und starb nach kurzer Zeit. Hierauf flüchtete T. nach Thorn, wo er bald darauf von der Gendarmerie in einem Gasthause ermittelt und verhaftet wurde. Bei seiner vorläufigen Vernehmung gab er an, daß er nicht die Abicht gehabt habe, seine Frau zu töten; er wollte ihr nur einen „Denkstich“ verabfolgen. Tiede wurde gefesselt dem Untersuchungs-gefängnis in Thorn zugeführt.

Ein neues Gehändnis des angeblichen Massenmörders. Die aus Dresden telegraphisch berichtet wird, hat der Lederarbeiter Mag Dittrich eine neue Mordtat eingestanden, die er vor vier Jahren in der Nähe von Kiel verübt haben will. Was die von Dittrich in Sachsen verübten und von ihm eingestandenen zwei Mordtaten an der Privatiers Witwe und an dem sechs-jährigen Mädchen Schönherr betrifft, so erklärt die Dresdener Kriminal-polizei, daß sie von der Täterschaft des Dittrich vollkommen über-zeugt sei, da sie durchaus beweiskräftiges Material gegen ihn in Händen habe. Dittrich hat in Berlin bei einem Schneidermeister in der Sebastianstraße gewohnt und verschwand von dort unter Hinter-laffung verschiedener Schulden.

Die „Vorussia“ - Opfer. Dortmund, 4. Mai. Auf der Jech „Vorussia“ wurden gestern von den Angehörigen 16 Leiden re-gistrieret. Man erkannte sie an den Kleidern, Bart und Haar.

Ein Ausbruch des Stromboli. Rom, 4. Mai. Der Stromboli gibt seit einigen Tagen Zeichen erneuter Tätigkeit.

Öffentliche Bibliothek und Lesehalle zu unentgeltlicher Be-nutzung für Jedermann. SW., Alexanderstr. 26. Geöffnet täglich von 5 1/2-10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9-1 und 3-6 Uhr. In den Lesesälen liegen zurzeit 515 Zeitungen und Zeitschriften, deren Art und Richtung aus.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 6. Mai er, vormittags 8 1/2 Uhr im Rathaus, Saal 100, Eingang Rüdenstraße, Versammlung: „Freireligiöse Vorlesung“. — Am 10 1/2 Uhr vorm. in der Schulaula, Kleine Frankfurterstr. 6: Vortrag des Herrn C. Bogherr-Stettin über: „Lohnst und Magin Werk“. Herren und Damen als Gäste sehr willkommen. — Montag, den 7. Mai, abends 8 1/2 Uhr, Sebastianstr. 39: Beschließende Versammlung. Wichtige Tagesordnung: Zahlen der Kommissionen und der Ordner u. a. m. — Zutritt nur für wahlberechtigte Mitglieder (weiße Eintrittskarte).

Sozialdemokratischer Distriktklub „Freie Zusammenkunft“. Sonnabend, den 5. Mai, im Gesellschaftshaus, Zimmer 16: Sitzung, Tagesordnung: Vortrag des Genossen Hiebel über: „Kolonialpolitik und Proletariat“.

Berein der Buchdrucker und Schriftsetzer für Rixdorf-Brick. Sonntag, den 6. Mai, nachm. 2 Uhr, im Restaurant Bolmer, Hermannstraße, Ude Ziergenstraße: Versammlung.

Der Bund der sozialdemokratischen Les- und Distriktklubs veranstaltet an folgenden Sonntagen, den 13., 20., 27. Mai einen Rundzug durch das Museum für Naturkunde. Als Führer wurde ist der Genosse Dr. Grünspan gewonnen worden. — Zu diesem Zwecke findet von seiten des Bundes am Sonntag, den 6. Mai, nachmittags Punkt 2 Uhr, im „Engl. Garten“, Alexanderstr. 27, eine öffentliche Versammlung statt, in der eben-falls Genosse Dr. Grünspan einen Vortrag über „Naturwissenschaften“ halten wird. Zu dieser Versammlung sind nicht nur Klubgenossen, sondern auch Gäste höchst willkommen.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Marktstellen-Direktion. Rindfleisch Ia 62-66 pr. 100 Pfund, IIa 52-58, IIIa 48-52, IVa 40-46, engl. Bullen 00-00, dan. Bullen 00-00, holl. Bullen 00-00, Kalbfleisch, Doppelländer 105-120, Ia 80-90, IIa 66-78, IIIa 52-64, Hammelfleisch Ia 60-70, IIa 54-60, Schweinefleisch 58-64, Kaninchen 0,90-1,05, Hühner, alte, Stck 1,50-3, alle per Pfd. 0,90, junge, per Stck 0,80-1,10, Tauben, junge 0,50-0,60, alte 0,90, Enten, junge, per Stck 0,90-1,00, per Pfd. 0,90-0,90, Hamburger per Stck 3,00-3,75, Gänse, junge, per Pfd. 0,95-1,00, per Stck 4,00-5,00, Hechte 96-117, Schleie, 102-118, Riehe 48-61, mott 00-00, Kalle, groß 100, mittel 101-106, klein 00-00, unsortiert 93, Hühner 40,00, Plumben, pom. I. v. Schod 4-8, Kieler, Stiege Ia 4-7, do. mittel, per Riste 2-4, do. klein, per Riste 00-00, Badinge, schwed. per Ball 0,90, norw. 0,90, holländ. 1,50-2, Rieher 1-3, Stralunder 3,50-4, Kalle, groß, per Pfd. 1,10-1,30, mittel 0,80-0,90, klein 0,50-0,60, Spalten, Rieher, 2 Ball 1-1,50, 6B, per Riste 0,90-0,90, Carbellin, 1902er, per Riste 7,00, 1904er 7,00, 1906er 7,00, Schottische Vollreinge 1,00 00-00, largo 40-44, full 35-38, mod. 33-35, deutsche 37-44, Perlinge, neue halbes, per 1/2, Tommen 60-120, Nummern, IIa, 100 Pfd. 00-00, Krebse, per Schod, große 00-00, mittelgroße 00-00, kleine 00-00, unsortiert 00-00, Eier, Hamb., per Schod 00-00, frische 3,00-3,15, Butter per 100 Pfund, Ia 115, IIa 110-114, IIIa 107-110, ab-laufende 105-108, Saure Gurken, Schod 3,50-4 M., Pfefferkörner 3,50-4 M., Kartoffeln per 100 Pfd. wagen, bon. 2,10-2,35, rote Daberische 2,00-2,20, runde weiße 1,50 2,00, Hirsingboh., holl., per Schod 8,00-24,00, Weizen, holl., per Schod 7,00 9,00, Rostf., holl., per Schod 00,00-00,00, Grünf., per 100 Pfd. 00-00, Röhren, weiße 00-00, Zeltower 00-00, Rostf., per Schod 2,50-4,50, holl., 5-6.

Witterungsbericht vom 4. Mai 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometrische Höhe über Meer	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad Celsius	Stationen	Barometrische Höhe über Meer	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad Celsius
Seinende	767 50	3 wolklos	11	11	Nabaranda	765 50	4 bedeckt	9	2
Omndura	765 50	3 holl. dd.	12	12	Veitersburg	771 50	2 wolklos	14	14
Cerita	767 50	1 wolklos	13	13	Schiff	760 50	4 wolklos	10	10
Frank a M	765 50	1 heiter	12	12	Aberdeen	754 50	1 wolklos	8	8
Bräuker	766 50	4 wolklos	9	9	Varis	764 50	3 bedeckt	11	11
Wien	767 50	1 wolklos	9	9					

Wetter-Vorhersage für Sonnabend, den 5. Mai 1906. Etwas kühler bei möglichen südwestlichen Winden und anfänglich zunehmender, später wieder abnehmender Bewölkung; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.